

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Verbandsmarkt 20 Pfg. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Ansprechbar: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 7. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Der Dresdener Mai-Aufstand.

Wir sind jetzt wieder in der Zeit der Halbjahrhundert-Gedenktage.

War der März 1848 heiß, der Mai 1849 war noch heißer — nicht so viel Fieber, nicht so viel Hoffnungen, nicht so viel Worte und nicht so viel Jubel — aber mehr Kampf — heißerer Kampf. Die Revolution, im Juni 1848 zu Paris niedergeschossen, im November 1848 zu Wien gestandrechtigt und zu Berlin unter das Kriegsrecht gestellt, hat im Mai 1849 sich noch einmal aufgerafft, zum Kampf auf Leben und Tod — zum letzten Kampf.

Seute vor 50 Jahren, da krachten die Flinten und donnerten die Kanonen in Dresden, der barrikadenbesetzten Hauptstadt Sachsens. Drei Tage schon tobte die Schlacht — die blutigste Straßenschlacht der deutschen Revolution — blutiger noch als der 18. März von Berlin. Wohl nicht so blutig und nicht so opferreich und nicht so entscheidend wie der Kampf in Baden und der Pfalz — allein das war ein Kampf, der sich über weite Flächen erstreckte — das war keine Schlacht — das war ein Feldzug. Und das Beides nicht zusammenfiel, daß das Handeln des empörten deutschen Volkes kein einheitliches war, daß die Einen zum Schlagen immer erst kamen, nachdem die Anderen geschlagen waren, das eben ist das Verhängnis, geboren aus der deutschen Zersplitterung und Zerfahrenheit, der ein Ende zu machen das eigentliche Ziel der jetzt vor dem letzten Kampf, vor dem Todesgang stehenden Revolution war.

Die meisten Schlachten sind gewonnen oder verloren, ehe sie beginnen. Das gilt auch von der Märschlacht in Dresden, dessen sechstägige Volkschlacht ein ruhmvolleres Blatt deutscher Geschichte füllt, als die dreitägige Völkerschlacht von Leipzig. Diesmal war es das deutsche Volk, das aus eigenem Antrieb gegen seine einheimischen Unterdrücker kämpfte, — damals deutsche Soldaten und auch einige Freiwillige, die auf Befehl ihrer Fürsten gegen einen fremden Eroberer kämpften. Diesmal war's eine Freiheitschlacht — damals nur eine Befreiungsschlacht.

Um die deutsche Freiheit und Einheit wurde gekämpft — wohlgerne auch um die Einheit! Denn das war jedem Deutschen, der für die Wirklichkeit ein Auge hatte, durch die hundertjährige Leidensgeschichte unseres Vaterlandes klar geworden, daß mit der dynastischen Vielstaaterei ausgeräumt werden müsse. Doch noch nicht allen war es klar geworden und namentlich der Mehrheit des Frankfurter Parlaments nicht: daß das Uebel nur dadurch zu heben war, daß die dynastischen und ihrer Natur nach volks- und reichsfeindlichen Interessen den nationalen Interessen untergeordnet wurden. Hierzu gehörte eine überlegene Macht, und diese konnte nur die Nation selbst sein. Das begriffen die Volkswandler des Frankfurter Parlaments nicht. In ihrer Verblendung ließen sie die dynastischen Interessen, die der März 1848 gebengt hatte, sich wieder erheben und kräftigen, bekämpften dagegen die freiheitlichen und nationalen Elemente, auf die allein ein deutsches Einheitsreich hätte gebaut werden können. Am

27. März des Jahres 1849 gruben sie der Märzrevolution das Grab, indem sie die deutsche Reichsverfassung, die statt des Fundaments nur den windigen Luftsteinbau der „Grundrechte“ hatte, mit einem Erbkaifer beschloßen; und am folgenden Tage, den 28. März 1849, krönten sie — die „praktischen Realpolitiker“ eigener Titulatur — ihr Werk, indem sie (allerdings mit winziger Mehrheit: 290 Stimmen gegen 248 Enthaltungen) den grimmigsten Feind der deutschen Freiheit und Einheit zum Erbkaifer wählten. Denselben Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, der 1 1/2 Jahre vorher gesagt hatte: „Ich will nicht, daß „ein Blatt Papier“ zwischen mir und meinem Volk sei, — das Blatt Papier eine Verfassung. Und war auch der Brief an Bunsen noch nicht bekannt, so wußte doch jeder, der wissen wollte, daß die Wut über die Märzrevolution, die am 18. und 19. März des „tollen Jahres“ sein Königtum von Gottes gnaden in ein Königtum von Volkes gnaden verwandelt hatte, ihm das Herz zertraß und den Unglücklichen später unnachtete.

Eine Deputation, mit dem vor einigen Tagen verstorbenen und schon längst toten Präsidenten Simon an der Spitze, fuhr von Frankfurt gen Berlin, um die Kaiserkrone feierlich zu überreichen. Am 3. April erteilte der König der Deputation eine Audienz — und eine Lektion, wie sie politischen Putschern, aber auch Völkern noch niemals eindringlicher erteilt worden ist. Revanche für den 18. März — das war die Lösung.

Simon und seine Leidensgefährten gelobten sich, die schmählichen Einzelheiten jener Audienz nie zu verraten — ein Eid, der selbstverständlich gebrochen ward — und kehrten bei Nacht und Nebel wie begossene Pudel nach Frankfurt zurück, von wo sie unter Blödenklang wie Welteroberer ausgezogen waren.

Im Volk gewaltige Bewegung. Sollte dies das Ende der Märzrevolution sein? Abgesehen von der erblichen Kaiserwürde enthielt die Reichsverfassung viel Gutes — alle Forderungen des liberalen Bürgertums waren in sie übergegangen, und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gab, durch Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität dem Gemeinwesen eine demokratische Basis. So kam es, daß die demokratischen Elemente sich für die Reichsverfassung aussprachen, und, zusammen mit dem liberalen Bürgertum, deren Durchführung verlangten. Auf die kleineren Regierungen blieb das nicht ohne Einfluß. Teils aus Abneigung gegen die allgemein verhaßte preussische Regierung, teils aus Schwäche erkannten sie, 28 an der Zahl, am 14. April die Reichsverfassung an, darunter auch die badische Regierung. Alle Regierungen der größeren Staaten: Hannover, Württemberg, Sachsen, Bayern weigerten sich aber: die preussische Regierung hatte den Zutritt, den der König den Frankfurter „Kaisermachern“ verabreicht, in einer Note an die „Reichsregierung“ noch verschärft, und die österreichische Regierung ging ihre eigenen Wege, obgleich sie ihre Ansprüche in und auf Deutschland sich ausdrücklich vorbehielt.

Inzwischen wuchs die Aufregung: in den Kammern und in Hunderten von Volksversammlungen wurden Beschlüsse zur Durchführung der Reichsverfassung angenommen. Die preussische Regierung, gegen welche der Sturm sich hauptsächlich richtete, jagte am 27. April die Nationalversammlung auseinander und sicherte den andern reichsfeindlichen Regierungen militärischen Beistand zu. Die Antwort des Volkes blieb nicht aus. Am 1. Mai erklärte eine Landesversammlung der bayerischen Pfalz in Kaiserslautern — nicht weit vom Hambacher Schloß — der bayerischen Regierung den Gehorsam auf und proklamirte den Kampf zum Schutze der Reichsverfassung. Ueberall regte es sich nun. In Breslau, Königsberg, im preussischen Rheinland, in Westfalen, Thüringen und in Baden und Sachsen, den beiden vornehmsten Brennpunkten des politischen Lebens in Deutschland. Der Versuch, eine demokratische Organisation für ganz Deutschland zu schaffen, war nicht gelungen, in Sachsen und Baden war aber die Organisation vortrefflich. Nur fehlte die einheitliche Gesamt-Vertretung. Sachsen stand mit Baden nur in loser, mit den übrigen Centrum der Bewegung so gut wie in keiner Verbindung.

Während in Baden sich eine Erhebung des Militärs vorbereitete, brach in Sachsen der Aufstand unaufhaltsam los. Die Kammer, welche die Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung zwingen wollte, ward aufgelöst und ein reaktionäres Ministerium: Beust, Rabenhorst, eingesetzt. Sofort trat der Ausschluß der demokratischen Vereine nebst der Kammerlinken zusammen und erließ einen Aufruf an die Bürger des ganzen Landes zum Schutze der Reichsverfassung. Das war am 3. Mai. Am 4. Mai flüchtete der König mit seinen Ministern auf den Königstein; der Barrikadenbau begann in Dresden und eine provisorische Regierung, bestehend aus den drei angesehensten Führern der demokratischen Partei in und außerhalb der Kammer: Tschirner, Lodi und Heubner, wurde an die Spitze der Bewegung gestellt. Aus allen Teilen des Landes strömten Freischaren nach der Hauptstadt. Die militärische Leitung war tüchtig. Was unter den vorhandenen Umständen geschehen konnte, geschah. Die Männer des Volks kämpften mit Begeisterung, Kühnheit und zäher Ausdauer. Hätten sie es mit den sächsischen Truppen allein zu thun gehabt, der Sieg wäre ihnen geworden. Allein der „Staat des deutschen Berufs“, das heißt des Berufs, in Deutschland der Reaktion zur Herrschaft zu verhelfen, beherrschte seinen „Beruf“. Preussische Regimenter wurden nach Dresden geschickt und an den sächsischen Freiheitskämpfern die preussischen Gewehre probiert. Und immer neue Regimenter. Die alte, Jahrhunderte lang systematisch gezielte Abneigung der Preußen gegen die Sachsen bewährte sich. Am 9. Mai waren, trotz heldenmütigen Widerstandes, die Freiheitskämpfer besiegt.

Und am Tage, wo die letzten ihren Rückzug bewerkstelligten, brach der Aufstand in Baden los. Zu spät! Das Verhängnis hatte sich erfüllt. In Sachsen herrschte die Ruhe des Standrechts. Doch noch nicht die Blutarbeit des Standrechts. Baden mußte erst überwunden sein. —

Die Ruhe des Standrechts und des Zuchthauses.

### Dresden vor fünfzig Jahren.

I.

In Dresden loderte der Aufstand zuerst empor, als sich im Sommer 1849 das Volk für die Durchführung der Reichsverfassung erhob. Die beiden sächsischen Kammern hatten, der Strömung des Landes folgend, die Annahme der Reichsverfassung beschloßen. Das Ministerium, das ebenfalls dem König die Zustimmung zur Verfassung empfahl, wurde entlassen und durch reaktionäre Männer ersetzt. Im Lande entstand eine Bewegung. Deputationen aus den sächsischen Städten, Abordnungen der Bürgerwehren, die Universität Leipzig und viele andere Korporationen bestürmten den König, ohne jedoch die Anerkennung der Reichsverfassung zu erreichen.

Auch die Arbeiter traten, wenn auch mit einigen Vorbehalten, für die Durchführung der Reichsverfassung ein. Der Dresdener Arbeiter-Verein ließ am 2. Mai eine Erklärung an die Häuser anschlagen, in der es hieß:

„Obgleich die von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschloßene und publizierte Reichsverfassung nicht der Art ist, daß wir derselben in allen ihren Punkten beizustimmen vermöchten, — obgleich wir den Wunsch nicht unterdrücken können, daß unsere Vertreter in Frankfurt in dem langen Jahre ihres Weilsamenseins dem allgemeinen Volkswillen hätten besser Rechnung tragen sollen — obgleich im Hinblick darauf, und in Bezug auf die materielle Wohlfahrt des Volkes für die Zukunft viel, sehr viel zu thun bleibt: so können wir doch auch nicht gleichgültig ansehen, wenn an dem Wenigen, was uns die Frankfurter Professoren-Weisheit hat, noch gemäkelt und gemarkert werden soll, wenn uns die Herren von Gottes Gnaden dieses Wenige ganz vorenthalten wollen, wenn auf diese Art der glorieichen Erhebung des vorigen Jahres offen ins Gesicht geschlagen, der Contrerevolution die Krone aufgesetzt wird. Wir erklären uns daher, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen unserer Vertreter in den deshalb aufgelösten sächsischen Kammern, in Uebereinstimmung mit den Erklärungen von politischen Vereinen der verschiedensten Farbe aus allen Ecken des Vaterlandes, in Uebereinstimmung endlich mit der Uebereinstimmung jedes ehrlichen Deutschen, für unverweilt und unverzagt Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und werden in Gemeinschaft mit unsern Mitbürgern alles anbieten, diesen ersten Grundstein der deutschen Einheit vor den zerstörenden Eingriffen despotischer Willkür zu wahren und — wenn es sein muß — selbst unsere einzigen und höchsten Güter, unser Blut und Leben auf dem Altare des Vaterlandes und der Freiheit zu opfern nicht scheuen.“

Die Erregung stieg in Dresden von Stunde zu Stunde. Die Annahme, daß eine von der Bürgerwehr beschloßene, aber von dem verräterischen Kommandanten verweilte Parade zu Ehren der Verfassung stattfinden werde; die Weisung mehrerer Punkte der Stadt durch Militär; das fortwährende Kommen und Gehen der Deputationen; die Neuigkeiten, die man zu vernehmen hoffte: das alles war die Ursache, daß am 3. Mai eine große, allerdings unbewaffnete Menschenmenge auf den Strahlen hin und her wogte.

Die Stimmung, die auf den Straßen Dresdens herrschte, schildert anschaulich eine in der von Morz herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ abgedruckte Korrespondenz. Wir lesen da in der Nummer vom 8. Mai 1849:

„Dresden, 8. Mai, mittags 11 Uhr. Heute ist alles in großer Aufregung. Auf der Schloßgasse und auf dem Markt stehen dichte Menschengruppen, welche von einzelnen Sprechern haranguirten werden. Man sieht selbst einzelne Gewehre und andere Waffen umhertragen. Der König hat diesen Morgen die Deputation der Bürgergarde und der städtischen Behörden empfangen, die betr. Adressen entgegengenommen, aber eine abschlägige Antwort erteilt. Nur wenn Preußen und Bayern die Reichsverfassung anerkennen würden, könne und würde auch er sie anerkennen, soll der König geigt haben. Er könne von seiner Weigerung nicht abgehen, denn die Reichsverfassung werde Deutschland nicht groß, einig und stark machen, sondern zersplittern und zerkleinern. In diesem Augenblick befanden sich die Leipziger und die Freiburger Deputationen auf dem königlichen Schloße. Es verbreitete sich das Gerücht, daß diese Nacht zwei Regimenter Preußen in Sachsen einmarschirt seien und bereits bei Großenhain stehen sollen. Dieses Gerücht trägt vielleicht dazu bei, die Aufregung zu vermehren, die aber noch keine bestimmte Richtung angenommen hat.“

Nun, die politischen und militärischen Machthaber sorgten dafür, daß diese bestimmte Richtung, in der sich die Aufregung entlud, bald geschloßen wurde. Am Junghaus ereignete es sich, daß ein leichtes hölzernes Gitterthor von der Menge eingedrückt wurde. Man drang nicht einmal in das Gebäude hinein. Aber die im Hofe stehende Infanterie gab ohne weiteres Feuer, und vier Leichen eröffneten die lange Reihe von Opfern der Dresdener Revolution.

Die anfängliche Bestürzung der Menge wich schnell der Wut. Ein Steinhaugel, sowie das Büchsenfeuer der von der vereitelten Parade her bereitstehenden Turner nötigten das Militär, sich mit einem Toten und mehreren Verwundeten in die inneren Höfe zurückziehen. Vom Rathaus wurde die Bürgerwehr ausgeschickt, um die Menge zu zerstreuen. Das unter Trommelschlag ankündende Bataillon war jedoch kaum zur Stelle, als aus dem mittleren Thor

des Junghauses ein Kartätschenschuß hervorbrachte und zwanzig Menschen tot oder verwundet zu Boden streckte, während die Infanterie aus den Fenstern auf die Kommunalgarde feuerte.

Als der Kartätschenschuß tönderte, befand sich gerade eine Deputation beim König. Auch im Schloß herrschte Aufregung und Unentschlossenheit. Der König schien einen Augenblick zu schwanken und zog sich in sein Kabinett zurück. Aber bei der Rückkehr erklärte er: „Ich kann nicht anders. Ich habe mein Wort gegeben.“ Es war der König von Preußen, dem er hatte versprochen müssen, der Durchführung der Reichsverfassung Widerstand entgegenzusetzen.

Das Volk ging nun an eine ersthobte Verteidigung. Zum Kommandanten der Bürgerwehr wurde der Rittergutsbesitzer und frühere griechische Offizier Heinz gewählt. Am 3. Mai fanden keine Feindschritte mehr statt. Aber das Volk suchte sich in Eile zu bewaffnen und warf eine Reihe von unüberwindlich scheinenden Barrikaden auf.

Nach am Abend desselben Tages gingen von Dresden Offiziere ab, um preussische Hilfe ins Land zu rufen. Die preussischen Befehlshaber rings an der sächsischen Grenze hatten bereits früher Befehl erhalten, den Requisitionen aus Sachsen, auch wenn dieselben nur mündlich überbracht werden sollten, sofort Folge zu leisten.

Am Morgen des 4. verbreitete sich die Kunde in der Stadt, daß der König, die Königin und die Minister von Beust, Rabenhorst und Sghinsky in der Nacht auf einem Dampfer geflohen seien und sich auf der sächsischen Festung Königstein an der Elbe befänden. Wie verbittert die Stimmung im ganzen Lande war, geht daraus hervor, daß die Bewohner des am Fuße des Königsteins liegenden Städtchens sich der Hinanschaffung von Lebensmitteln für die königliche Hofhaltung widersetzen und es erst der Drohung bedurfte, die Stadt bei fernerer Widerständigkeit zusammen zu schleien.

In Dresden war von der Regierung niemand zurückgeblieben, mit dem verhandelt werden konnte. Nur das aktive Militär war da, und diese Sprache der Regierung war deutlich genug. Bald kam es denn auch wieder zum Kampfe. Aber nach einigen Stunden wurde zwischen dem Militär und der Stadideputation, allerdings gegen den Willen der Barrikadenkämpfer, eine Waffenruhe abgeschlossen. Die keinen anderen Erfolg haben konnte, als daß sich die Position des Militärs durch preussische Zugänge verklärte.

Da man vergeblich nach einer verantwortlichen Regierung suchte, so wurde von Mitgliedern der aufgelösten Kammer eine provisorische Regierung aus dem Beheimen Regierungsrath Lodi, dem Kreisamtmann Heubner und dem Advokaten

Ein Schuß in den Nebel.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Hier können allein der preussische Landtag und der Einfluss der öffentlichen Meinung helfen.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

Die „Nölnische Zeitung“, die nicht selten der lohnenden Aufgabe der Ministerjurerei dient, bringt einen auffälligen Artikel über den „Mangel an Entschlußkraft“.

persönliche noch eine private Meinung. Es giebt keine persönlichen Äußerungen des Kaisers, die nicht privater Natur wären.

Die einfache Bestimmung zeigt, daß die Einführung des mystischen Zwischengliedes, die das Frankfurter Gericht versucht hat, ins Befehlose führt.

Daß aber die Thronrede keine private Meinungsäußerung ist, sondern eine Regierungskundgebung, darüber kann füglich kein Zweifel möglich sein.

Es ist also klar, daß die Thronrede, hinter der ja außerdem nicht nur der Kaiser, sondern auch alle anderen Bundesfürsten stehen, staatsrechtlich denselben Charakter einer Regierungshandlung hat.

Die „unrichtigen“ staatsrechtlichen Anschauungen sind diejenigen, die jeder Staatsrechtslehrer vertritt. Es sind jene allein möglichen allgemein herrschenden Anschauungen, die das Gericht wunderbarerweise durch anderweitige haltlose Theoreme zu beseitigen sucht.

Die Anwendung des Eventualbolsus wäre unzulässig, selbst wenn das Publikum die von dem Gericht vorausgesetzten staatsrechtlichen Meinungen hätte, und wenn diese Meinungen zutreffend wären.

Der Spruch der Frankfurter Kammer erreicht an formaler Unklarheit, an logischer Unmöglichkeit eine Höhe, bei der die Vegetationsgrenze des Rechts erreicht ist.

Es wird Sache des Reichsgerichts sein, die gefährdete Einheit von Recht und Logik wiederherzustellen.

Es wird Sache des Reichsgerichts sein, die gefährdete Einheit von Recht und Logik wiederherzustellen.

Dritthalb Monate später begann in Baden die Blutarbeit des Scharrechts, nachdem Rastatt gefallen.

Und nun, da der gemeinsame Feind: das deutsche Volk, zu Boden lag, entbrannte der dynastische Kampf zwischen Preußen und Oesterreich.

Und in diesem Oesterreich, das mit der Revolution sich selbst besiegt hat, ist heute die socialistische Partei die einzige, die das zerfallende Reich noch zusammenhalten kann.

Und Breshen? Es ist noch das alte Breshen. Und doch nicht mehr.

Und die Socialdemokratie die stärkste Partei im deutschen Reich.

Remesis.

Die beleidigte Thronrede.

Vor einigen Wochen kritisierten wir das Urteil der Frankfurter Strafkammer, das unseren Genossen Cuard zu vier Monaten Gefängnis verurteilte.

Das Gericht findet es „unerheblich, daß bei der Besprechung des Angeklagten ebenso wie in den der Thronrede vorausgeschickten einleitenden Worten die Person des Kaisers ganz unerwähnt bleibt“.

Nach Art. 12 der Verfassung des Deutschen Reiches steht es dem Kaiser zu, den Reichstag zu eröffnen und zu schließen.

Diese Ausführung bewegt sich in einem unlöslichen Widerspruch. Es wird der Begriff einer persönlichen, aber nicht privaten Meinung des Kaisers konstruiert.

Die Kaiserin erwählt. Der letztere war unter den drei Männern der radikalste und entschiedenste Republikaner.

Der König und die Minister sind entflohen. Das Land ist ohne Regierung, sich selbst überlassen worden.

Mitbürger! Die große Stunde der Entscheidung ist gekommen. Jetzt oder nie! Freiheit oder Sklaverei! Wählt! Wir stehen zu Euch, steht Ihr zu uns!

Die provisorische Regierung. Soldaten! Die provisorische Regierung, welche nach der Flucht des Königs und der Minister in der Stadt Dresden niedergelassen worden ist, ruft Euch zu.

Brüder! Die provisorische Regierung, welche nach der Flucht des Königs und der Minister in der Stadt Dresden niedergelassen worden ist, ruft Euch zu.

Ein Schlußartikel folgt.)

Käm." Der Minister hatte wenig Glück mit seinen Ausführungen; fortgesetzt wurde er unterbrochen, so daß er schließlich die Tribüne verließ, ohne seine Rede beendet zu haben.

Am Sonnabendmorgen überlieferte Freheine dem Ministerpräsidenten seine Demission ein. In nationalistischen Kreisen wird behauptet, daß Freheine sich bereits seit längerer Zeit mit Rücktrittsgedanken trage, da er als Chef der Armee sich nicht mit einem Ministerium solidarisch erklären wolle, welches offen mit den Anhängern der Revision partiiere. Dupuy hat sofort einen Ministerat zusammenberufen, welchem Freheine nicht beizuhören. In seinem Nachfolger ist der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten R r a n h ernannt. In die Stelle des Ministers der öffentlichen Arbeiten ist der Senator R o n e s t i e r getreten.

Gestern sind übrigens ungünstige Nachrichten über das Befinden des Glapitans Drehs in Paris eingetroffen. Da Drehs seit mehreren Monaten keine Nachricht über den Gang der Revision erhalten hatte — eine durch nichts zu rechtfertigende Grausamkeit seitens der Regierung — habe sich seiner die Meinung bemächtigt, der Antrag sei abgelehnt. Vorläufig bleibt abzuwarten, was an diesem Gerücht wahr ist.

In den Wandelgängen der Kammer ging gestern mit Bestimmtheit das Gerücht, der Minister des Innern, Delcassé, habe in letzter Zeit mehrere Besprechungen mit dem deutschen Botschafter Grafen Münster gehabt, worin dieser die Erklärung wiederholte, daß Drehs niemals in Beziehungen zu deutschen Beamten stand. Oberst von Schwarzenberg sei bereit, im Interesse der Wahrheit der zuständigen französischen Behörde die Briefe anzuhändigen, welche er mit dem Oberst Henry gewechselt. Delcassé habe geantwortet, er werde seinen Kollegen über diese Rücksprache Bericht erstatten. Es läßt sich nicht bezweifeln, daß die Regierung dieses Zeugnis nicht ab schlagen wird. Delcassé wird jedenfalls die Briefe annehmen und dem Kassationshofe übermitteln.

## Deutsches Reich.

### Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat.

Der Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1890 ist dem Bundesrat zugegangen. Es werden im ganzen **8 439 990 M.** gefordert, und zwar 940 866 M. an fortwährenden Ausgaben, sowie 1 911 932 M. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen und 5 567 192 M. des außerordentlichen Etats. — 1 642 250 M. sind angelegt zu Zwecken der Unterbeamten. Auf das Reichsamt des Innern entfallen 5400 M., auf das Reichsbeamt 100 800 M. (Brennholz 84 500, Sachfen 11 000, Württemberg 4200, Bayern 12 682 M.), auf die Marineverwaltung 6000 M., auf die Post- und Telegraphenverwaltung 1 355 530 M., auf die Reichs-Eisenbahnverwaltung 175 000 M. Im Etat des Küstlichen Amt werden u. a. gefordert 220 000 M. zum Ankauf eines Hauses für die Zweigstation des Archäologischen Instituts in Athen; 70 000 M. zu Reparaturarbeiten an den Gebäuden des Sommerhofes der kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel, in Thera und 50 000 M. zur Verringerung der Hungersnot im ostafrikanischen Schutzgebiet, welche infolge andauernder Dürre und des Auftretens der Heuschrecken eingetreten ist. 100 000 M. sind angelegt zur Entschädigung der Gebirgs-Dehner für den nach Abschreibung des Sultanats Witu an Großbritannien ihnen erwachsenen Schaden. — Im Reichsamt des Innern werden 7500 Mark Gehalt gefordert für einen neuen Vortragenden Rat. Die auf dem Gebiet der Arbeiterfürsorge dem Reichsamt obliegenden Aufgaben machen es erforderlich, einen technisch gebildeten, mit der Praxis der Gewerbe-Aufsicht vertrauten älteren Beamten einzustellen. Im Patentamt soll ein zweiter Vertreter des Präsidenten angestellt werden. — Zur Errichtung einer eigenen Anlage zur Erzeugung des elektrischen Stromes für das Reichsamtgebäude des Reichsamts des Innern 94 000 M., zur Erweiterung des Dienstgebäudes des Reichsamts des Innern 56 000 M., zur Aufhebung der Kosten der Ausrüstung einer Südpolar-Expedition werden als erste Rate, zum Schiffbau, 200 000 M. angelegt. Im ganzen werden 1 200 000 M. gefordert, die sich auf fünf Jahre verteilen sollen. Nach der beigefügten Denkschrift erscheint die Expedition, deren Dauer auf 2 Jahre in Aussicht genommen ist, unter Leitung des Professors Erich v. Drygalski für das Jahr 1901 gesichert. — Ferner sind gefordert an Kosten für die Beteiligung an der Weltausstellung zu Paris im Jahre 1900 a) der Normal-Ausstellungskommission, des Gesundheitsamts, des Reichsversicherungsamts und der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt 160 000 M. Es sollen die Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und der öffentlichen Gesundheitspflege in übersichtlicher Weise zur Darstellung gebracht werden. Ferner ist eine Beteiligung der Normal-Ausstellungskommission und der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt an der Kollektivausstellung auf dem Gebiete der Feinmechanik und Optik vorgezogen. b) Die Beteiligung anderer europäischer Landesverwaltungen an der Weltausstellung läßt es — so wird in den Erläuterungen gesagt — geboten erscheinen, daß auch das deutsche Meer in würdiger Weise vertreten ist. Es liegt daher in der Pflicht der deutschen Landesverwaltungen, durch Darstellungen aus dem Gebiete des Seebau- und Ausrüstungswesens, sowie durch Vorführung von Gegenständen, welche sich auf das Militär-sanitätswesen, auf die Verpflegung und Unterkunft der Mannschaften beziehen, sich an der Ausstellung zu beteiligen. Zu diesem Zweck sind 294 000 M. angelegt. — Im Postetat sind zu Unterhaltungen für Wägen und Waffen von vor dem 1. April 1897 verstorbenen Beamten 160 000 M., für Umlegung und Unterhaltung der Telegraphen- und Rohrpostlinien 800 000 M., für Vervollständigung der Telegraphenanlagen 1 500 000 M. angelegt. —

### Im Kampf wider den Umsturz.

Im Februar dieses Jahres hatten sich im Restaurant zum Goldenen Schiffchen zu Halle eine Anzahl hervorragender Stützen der Gesellschaft zusammengefunden, um Waffen wider den Umsturz zu schmieden. Die Waffen wurden dem ausgedienten, da sich aber der Umsturz nicht bliden ließ, veranstalteten die Herren, um die Waffen nicht ungenutzt liegen zu lassen, unter sich eine höchst lebhaft Generalprobe.

Die diese Generalprobe verließ, das enthielt eine Schöffengerichtssitzung, in der sich Genosse Swienty vom „Halleischen Volksblatt“ wegen eines Kampfbereichs über die Geschehnisse im Goldenen Schiffchen zu verantworten hatte.

Die Ordnungsmänner waren nämlich nicht ganz einig in ihren Weltanschauungen. Die einen waren mehr konservativ, die anderen mehr antisemitisch-agrarisch. Den reinen Konservatismus vertrat die Partei der „Halleischen Zeitung“, vertreten durch den Vorkämpfer der Ziele — der sich durch den Bericht des „Volksblattes“ beleidigt fühlte —, die antisemitische Arbeitergemeinschaft repräsentierte ein Dr. Kreudel.

Die Vereinbarungen begannen mit der Verrechnung des Kaufmanns R e m m l e r, der den Geschehnissen im Goldenen Schiffchen mit beigewohnt hatte. Im konservativen Verein sei zwischen ihm, Dr. Kreudel und noch einem Herrn antisemitischer Richtung auf der einen und Mitgliedern der sogenannten Halleischen Zeitungspartei auf der anderen Seite eine gewisse Spannung eingetreten. Er, Remmler, sei Geschäftsmann, abhängig, und habe sich deshalb, obwohl er früher die Vereins-Versammlungen fleißig besucht habe, vier bis fünf Monate dort nicht sehen lassen. Als ihm aber zur Kenntnis kam, daß man Dr. Kreudel, ihn und noch einen Herrn zum Verein hinarufen wollte, habe er sich bewegen gefühlt, wieder hinzugehen. Dr. Kreudel hatte dem Bund der Landwirte fünf Jahre gedient, sich der „Halleischen Zeitung“ gegenüber verdientlich gezeigt, indem er bei seiner Agitation stets jene Zeitung empfohlen hatte. Am betreffenden Abend sagte man sich noch, wenn wir nicht hinkommen, dann denken die von der „Halleischen Zeitung“, wir fürchten uns. Bei dem Eintritt in die Sitzung merkte man schon, daß etwas in der Luft lag. Ein in der „Halleischen

Zeitung“ erschienenen Vorkämpfer von Bankier Schönlicht hatte besonders bei den Antisemiten Mißfallen erregt. Dr. Kreudel äußerte sich darüber, und als dann Tischlermeister Juch kam, dieselbe Frage berührte und dann in Erwägung gezogen wurde, wer denn zu der künftig stattfindenden konservativen Versammlung eingeladen werden soll, schlug Dr. Kreudel aus Eberz den Bankier Schönlicht mit vor. Darauf machte Herr Thiele eine abfällige Bemerkung und sprach von „unabhängigen Menschen“. Ein Wort gab das andere und die Folge davon war eine große Unruhe. Thiele sprach dann von aufzudeckenden Privatverhältnissen des Dr. Kreudel, und letzterer entgegnete, wenn Thiele von ihm etwas wolle, so möge er mit ihm in ein anderes Zimmer kommen und ihm dort die Privatverhältnisse erzählen. Thiele sagte dann: „Das ist unter Handwechsellern Mode“, und erzählte dann eine Geschichte von einem Antisemiten, der ihn angepöbelt habe. Dr. Kreudel verlangte den Namen des Betreffenden zu nennen, und als Thiele dem nicht folgte, fiel aus Kreudels Munde das Wort Lump. Dann ergriff Herr Ostermann, der Socius Thieles, einen Stuhl, um auf Dr. Kreudel einzuhauen. Hieraus lief im Lokale alles zusammen, und die Streitenden aufeinander zu bringen. Ob sich Herr Thiele an den Mobau thätlich beteiligt habe, wisse er nicht. Auf Verlangen des Genossen Swienty, ob er Zeuge gehört habe, daß sich Herr Ostermann schon 14 Tage vor jenem Abend zu der Versammlung einen Knüttel besorgt habe, erklärt Zeuge, daß ihm von demartigen Vorbereitungen Ostermanns Mitteilungen gemacht worden sei.

Zeuge Dr. Kreudel äußert sich zunächst über einige Ausritte mit Herrn Thiele wegen der Haltung der Halleischen Zeitung. Der Kampf gegen die Socialdemokratie in jener Zeitung sei zu persönlich und gehässig geführt worden. Er bekämpfe die Socialdemokratie auch, aber man könne doch nicht bestreiten, daß diese Partei auch Ideale habe. Ständig die Herren Thiele und Ostermann in den Verein eingetreten seien, habe eine Antipathie gegen die Richtung, die auf dem Boden des Tiboliprogramms steht, Platz gegriffen. Man hatte Abneigung gegen die Antisemiten. Der Antrag, dieselben aus dem Verein hinaus zu thun, sei lediglich aus persönlichen Gründen gestellt worden. Ostermann sei am betreffenden Abend furchtbar wütend gewesen und hatte sich, wie ihm mitgeteilt worden, schon lange vorher einen Knüttel besorgt. Als er mit Remmler das Lokal verließ, steckten die Männer von der Partei der „Halleischen Zeitung“ sofort die Köpfe zusammen. Er, Zeuge, habe den Bankier Schönlicht zur Einladung in Vorschlag gebracht, weshalb er von Thiele als unaufrichtiger Mensch bezeichnet worden sei. Mit 9 gegen 5 Stimmen sei ihm dann das Wort entzogen worden. Dann habe sich Herr Thiele hingestellt und gesagt: „Meine Herren! was meinen Sie, was die Antisemiten für Menschen sind? Kommt da ein antisemitischer Reichstags-Abgeordneter zu mir und sagt: Herr Thiele, Sie haben einen hübschen Pöbel, den Sie mir zur Agitation borren können. Bei den Bauern macht es nämlich einen besseren Eindruck, wenn man im Pöbel erscheint. Dann hat mir der Mensch 100 M. abgepömpelt, wovon ich nichts wieder gesehen habe.“ Auf diese Erzählung habe er, Zeuge, verlangt, den Namen des betreffenden antisemitischen Reichstags-Abgeordneten zu nennen, und als Herr Thiele dann den Namen nicht nannte, habe er dann gesagt: „Wenn Sie so etwas erzählen und keinen Namen nennen, dann sind Sie ein Lump.“ Darauf habe Ostermann einen Stuhl erhoben, so daß er, Zeuge, gedacht, er wolle ihn toschlagen. Es entstand ein allgemeines Geklärr und dann gab es eine sehr erregte Scene; der wütende Ostermann wurde schließlich auf das Sofa „gebändigt“. Geflügel sei er, Zeuge, nicht, er hätte das aber auch keinen raten wollen. Herr Thiele hat den ganzen Krach hervorgerufen. Es sei aber auch richtig, daß Ostermann, als er Zeuge, einmal geraten, man möge doch die Socialdemokraten „mit geistigen Waffen“ bekämpfen, gesagt habe: „Man muß die Socialdemokratie mit Knütteln bekämpfen.“ Zeuge erklärt weiter auf Verlangen des Genossen Swienty, daß man seitens der „Halleischen Zeitungspartei“ versucht habe, ihn aus seiner Stellung herauszubringen. Bei dem Direktor der Union in Weimar, einer Versicherungs-Gesellschaft, sei er schriftlich denunziert worden, und an dem Schreiben sei Herr Thiele beteiligt gewesen. Als Leiter des Bundes der Landwirte habe er eine Zeit lang monatlich 100 M. Gehalt bekommen; die Leute vom konservativen Verein hingegen sprangten aus, er bekomme 3000 M. und noch mehr jährlich. Weiter haben die konservativen Herren ein Gerücht ausgebreitet, wonach er in dem Schuhwarenhaus von Sternberg einen Pump von 10 000 M. angelegt haben sollte. Dieses alles sei geschehen, um ihn zu schädigen.

Zeuge Ostermann, Socius des Privatklägers, stellt den Vorgang im Goldenen Schiffchen wesentlich anders dar, als die vorgenannten Zeugen; er wird vom Vorsitzenden streng ermahnt, bei der Wahrheit zu bleiben mit den Worten: Herr Ostermann, überlegen Sie Ihre Worte ja genau.“ Den Stuhl gegen Dr. Kreudel habe er aber „nur zur Abwehr“ erhoben, da Kreudel auch nach einem Stuhle griff.

Auf Ostermann folgte Diebermann, Hauptmann a. D. Zeuge gehört zur „Halleischen Zeitungspartei“ und ist mit der Diskussion Dr. Kreudels gegen die „Stimmeln“ nicht einverstanden gewesen. Eine Stunde nach der Eröffnung der Versammlung seien Remmler und Dr. Kreudel in auffälliger Weise erschienen. Aus dem lauten Begrüßungsstöhnen „Guten Abend“ habe man so viel entnehmen können, als: „Jetzt kann es losgehen!“ Zeuge hat ebenfalls einiges von Thiele überhört und sagt aus, er habe an dem betreffenden Abend Thieles Langmut gegen Dr. Kreudel bewundert. Es sei eine sehr erregte Scene gewesen, aber eine Schlägerei habe nicht stattgefunden.

Genosse Swienty wurde schließlich wegen Beleidigung Thieles zu sechs Mark Strafe verurteilt. Dafür wissen wir nur aber wenigstens, wie sich unsere Ordnungsmänner unter persönlicher Lebensgefahr zum Kampf wider den Umsturz vorbereiten.

### Ein Schlag ins Wasser. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns:

Die seitens der Colmarer Staatsanwaltschaft mit so großem Plomb in Scene gesetzten Action gegen die derzeitige Landesorganisation der socialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens ist nunmehr als definitiv gescheitert zu betrachten. Sie war, wie I. B. mitgeteilt, eingeleitet worden durch eine Reihe von Hausdurchsuchungen, Konfiskationen u. d. bei den Vorstandsmitgliedern unserer Lokalorganisation in G e h w e i l e r, auf welche am 18. Februar d. J. dieselben polizeilichen Maßnahmen beim geschäftsführenden Ausschuss des Landeskomitees, den Genossen Hoffmann, Martin und Böhle in Straßburg und Emmel in Saargemünd, folgten. Der Zweck derselben war, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die in den verschiedenen Landesstellen bestehenden socialistischen Klubs (von nicht mehr als 20 Mitgliedern) eine mit dem Landeskomitee zusammenhängende einheitliche Organisation bildeten, welcher die erforderliche polizeiliche Genehmigung fehlt. Am 10. März wurde, wie seiner Zeit ebenfalls mitgeteilt, den beteiligten Gewerkschafts Genossen ein Beschluß der Strafkammer des Landgerichts Colmar zugestellt, wonach das Verfahren gegen sie mangels genügender Verachtungsgründe“ eingestellt und die Angeklagten unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse außer Verfolgung gesetzt seien. Nunmehr forderte auch Genosse Hoffmann, bei dem seiner Zeit einige Rassenbächer, Postabschnitte, Briefe u. d. beschlagnahmt worden waren, diese Sachen von der ausführenden Polizei in Straßburg zurück. Nach Verlauf von nahezu zwei Monaten erhielt er nun dieser Tage eine Vorladung von der Straßburger Staatsanwaltschaft, die ihn nach Abnahme einer protokollarischen Erklärung über die Organisationsform der socialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens die konfiszirten Papiere wieder zurückgab. Eine förmliche Mitteilung, daß das gegen sie eingeleitete Verfahren eingestellt sei, erhielten die seiner Zeit von der Hausdurchsuchung betroffenen Mitglieder des Landeskomitees nicht. Im Lande der besten Rechtsgarantien! — So bemerkt zu diesem Verfahren der Behörde unser Straßburger Partei-Organ — sind solche Formalitäten natürlich überflüssig. Es genügt, daß die Bürger

da sind, wenn sie von der Polizei gebraucht werden, um ihre Wohnungen und Taschen einer hochnotpeinlichen Untersuchung zu unterwerfen. Es ist nämlich, sich diese Situation jederzeit genau gegenwärtig zu halten. Man weiß dann wenigstens immer gleich, was man von gewissen bombastischen Reden im Reichstag zu halten hat. —

### Die Rentabilität der Unternehmer-Intelligenz.

Vor uns liegt der 1898er Geschäftsbericht der „Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb“. Die Lage der Gesellschaft wird als befriedigend bezeichnet und auch die Aussichten auf das neue Jahr sind günstig. Der Ausschuss hat in der That alle Ursache, mit den Resultaten seiner Thätigkeit zufrieden zu sein. Nach den Abrechnungen für Effekten-Conto, den Reservefonds im Betrage von über zwei Millionen Mark, bleibt immer noch das hübsche Säckchen von 4285 220 Mark, das als Dividende (18 Proz.) unter die Aktionäre zur Verteilung gelangt. Vorstand, Aufsichtsräte, deren geschäftslundiger Sinn und aufopfernde Arbeit diese Erfolge erzielt haben, müssen natürlich auch eine besondere Entschädigung erhalten. Die Herren erhielten an Lantime 419 376 Mark. Die Summe dürfte auch nicht gering bemessen sein, denn es sind hochnoble Leute, die sich hier der Aufgabe unterzogen, Geschäfte in Kohle und Eisen zu machen. Als Vorsitzender des Ausschusses figurirt Herr Guido Graf H e n d e l von Donnersmarck, an diesen hoch-aristokratischen Namen reihen sich andere, wie Herzog von Gramont, Marquis de Beauvoir, Heinrich Prinz Schönaich-Carolath und von anderen Gründungen her bekannte Herr von Harbors, der die schwere Bürde nur auf sich nimmt, um sich die Unkosten seines parlamentarischen und unparlamentarischen Aufenthalts in Berlin zu verdienen.

Aber auch die gewöhnlichen Aktionäre haben im Laufe der Jahre recht gut verdient. Seit dem Jahre 1872, als das Gesellschaftskapital auf 23 529 000 M. erhöht wurde — seitdem ist es auf dieser Höhe geblieben, — sind bis zum Schluß des Berichtsjahres 254 Proz. Dividende verteilt worden. Das eingezahlte Stammkapital wurde also über 2 1/2 mal heranzugewirtschaftet und noch haben die Aktionäre ihre Aktien in der Hand und behalten damit auch für die Zukunft die Anwartschaft auf fette Dividenden. Jedermann weiß aber, daß die im schlesischen Bergbau üblichen Löhne die niedrigsten in Deutschland sind. Und jede, auch die geringste Lohnerhöhung müssen die Arbeiter, die unter steter Lebensgefahr die hohen Profite schaffen, den Unternehmern abtrotzen.

Die „Intelligenz“ der Arbeiter ist eben von der Natur weniger rentabel geschaffen als die von Aktionären. —

Ober-Staatsanwalt Drehscher ist vom Landgericht I in Berlin nach Breslau versetzt worden, wo er Ober-Staatsanwalt am Ober-Landgericht sein wird. Daß Herr Drehscher von Berlin weg avancieren würde, ist längst vermutet und wiederholt angekündigt worden. Drehscher war der Arrangeur des Tausch-Prozesses, den er begann, als die Regierung die Pflicht in die Öffentlichkeit für opportun hielt, und den er zu seinem im Sinne der Auflage „ungläublichen“ Ende weiterführen mußte, als man bereits an den entscheidenden Stellen zu der Ansicht gelangt war, wie wenig förderlich der frühere Meinungs- und Aufklärungsseifer für die Aufrechterhaltung der Autorität, für die Konservirung der Rimbuss-Politik sei. Seitdem wurde Drehscher Verlinmüde, jetzt avanciert er in die Provinz.

Herr v. Marzschall ist in Konstantinopel, Herr Drehscher in Breslau, Herr v. Lützow missionirt in Hamburg, siegreich in Berlin hat sich nur einer begaunert: Herr v. Tausch.

Mag Herr Drehscher in Breslau Ruhe finden, seine Memoiren zu schreiben. Das Kapitel vom Tausch-Prozess wird sicher allgemeines Interesse finden.

Der Nachfolger Drehschers in Berlin kommt aus Posen. Es ist der erste Staatsanwalt H e n d e l vom dortigen Landgericht. —

Erzbischof K r e m e n z †. Dr. Philipp K r e m e n z, Kardinal-Erzbischof von Köln, ist in der Nacht zu Sonnabend, 80 Jahre alt, verstorben. Er ist besonders bekannt aus den Zeiten des Kulturkampfes. Im Mai 1871 verhängte er als Bischof von Ermland Suspension über einige Geistliche, die das Unfehlbarkeitsdogma nicht anerkannten. Die preussische Regierung erklärte die Suspension für ungültig, es kam deshalb im preussischen Abgeordnetenhaus zu lebhaften Debatten. K r e m e n z ließ es nicht zum äußersten kommen, schloß dann Frieden mit dem Staat und wurde zum Lohn später als Erzbischof von Köln bestätigt. Die freundschaftlich das einst so gespannte Verhältnis zwischen dem protestantischen Staat und der katholischen Kirche geworden, zeigt die lebhaft, in den letzten Tagen durch mehrere Telegramme bezugte Teilnahme des Kaisers an dem Gesundheitszustand des Erzbischofs. —

### Mit den Vorschlägen auf Wiedereinführung der Leib-

eigenchaft, wie sie im preussischen Abgeordnetenhaus angenommen worden sind, erklärt sich die „Kölnische Volkszeitung“ im wesentlichen einverstanden, wenn auch das Centrums-Organ vorsichtigerweise einige unbestimmte Einschränkungen macht. Daß die Kinder zu viel lernen, ist auch für die „Kölnische Volkszeitung“ zweifellos. Nur will sie die Tendenz der Rechten nicht gelten lassen, die Kinder möglichst wenig lernen zu lassen. Der Unterschied zwischen „möglichst wenig“ und „nicht zu viel“ ist sachlich unweiblich. Ausdrücklich gebilligt wird, daß die jungen Leute nur mit Genehmigung des Vaters oder Vormundes die Heimat sollen verlassen dürfen. Aber die Forderung, die Erlaubnis der Gemeindebehörde zur Bedingung zu machen, ist dem Blatt zu weitgehend. Wenn es sich um die Entscheidung: Rübenziehen oder Kerzen handeln, dann wendet man sich an die Keinen Kinder und beruft sich auf ihre Vorliebe für die landwirtschaftliche Beschäftigung. Wenn es aber die Wahl zwischen Heimat und Fremde gilt, dann werden die jungen Leute nicht nach ihrem Wunsch gefragt. Das Abweirungsrecht der Gemeinden findet wieder die Billigung des Centrums.

Man sieht, wie gefährlich diese Halbheiten des Centrums werden können. Es kommt auf eine föhliche, nichtsdestoweniger aber wirksame Erwirkung der Selbstbestimmung der arbeitenden Landbevölkerung heraus.

### Der ungeroendliche Verbandstag des Verbandes deutscher

Post- und Telegraphen-Assistenten, welcher auf Veranlassung des Staatssekretärs des Reichspostamts v. Roddebeck einberufen worden ist, um den Frieden zwischen Verband und Reichspostamt herzustellen, hat am Freitag begonnen. Zunächst hielt der Verbandsauschuss und der Verbandsvorstand eine gemeinsame Sitzung ab. Die mit dem Reichspostamt vereinbarten Wanderungen der Satzungen wurden von der Versammlung nach den Anträgen des Verbandsvorstandes genehmigt. Als Zweck des Verbandes sind demnach in § 3 die Förderung der Berufsbildung, der Vaterlandsliebe, Geselligkeit und Kollegialität und die wirtschaftliche Unterstüzung der unverheirateten Kollektiven und Hinterbliebenen der Mitglieder bezeichnet, wogegen die „Vertretung der Interessen des Postassistentenstandes“ gestrichen sind. Auf Veranlassung der vorgesetzten Behörde sollte ferner in betreff des Verbandsorgans bestimmt werden, daß die Zeitung vor der Herausgabe der Censur des Verbands-Vorstandes unterliegt. Die gestrige Versammlung beschloß, daß die Vorstehenden des Verbandes und dessen Stellvertreter“ zu setzen. Alle übrigen Anträge, die nicht auf Anregung der vorgesetzten Behörde, sondern von den Bezirksvereinen gestellt waren, sollen einer Kommission überwiesen werden. Derselben soll außerdem eine Redaktion der Satzungen des Verbandes übertragen werden, die gleichzeitig die Satzungen mit den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in Einklang bringen soll. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Herr Stadtm., zum ersten Stellvertreter Herr H i s c h a c h, zu Vorstehenden des Verbandsauschusses die Herren Schubert und Ehrhardt wiedergewählt. Am Sonnabend tagten die Verbandsmitglieder gemeinsam mit dem Vorstand und dem Ausschuss des Verbandes. Am Sonntag ist Festessen und Hauptversammlung des Verbandes.

Der Ausschuss des Postassistenten-Verbandes ist also todesmutig durch das laubmühsame Joch gekrochen, das ihm der Reichspost-Oberherr aufgestellt. Der Ausschuss vollzieht die Selbstentnennung des Verbandes, indem er ausdrücklich bezeugt, die Interessen des Verbandes vertreten zu wollen. Die Interessen der Postassistenten sind offenbar in den Händen des Herrn v. Pöblich so trefflich aufgehoben, daß eine selbständige Wahrung derselben nicht nötig erscheint.

Die Herren vom Verbandsausschuss täuschen sich aber außerordentlich, wenn sie glauben, ihre beispiellose Unterwürfigkeit habe den Beifall der Masse der Verbandsmitglieder. Wohl mag sich der Born der Kapitulation auf Gnade und Ungnade vor dem Reichs-Postamt nicht hinauswagen, denn jedes freie Manneswort ist gefährlich in diesen Tagen, da der Hufarenstiefel die Rücken von Männern tritt, die sich Deutsche nennen. Aber man müßte verzeihen an Menschenwürde und Freiheitsstreben, wenn nicht in den Herzen der Unterjochten Empörung über die Unwürdigkeit ihrer Lage wüchse.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer Reichsschulden-Ordnung und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Verwendung von Mitteln des Reichs-Invalidenfonds die Zustimmung erteilt. Der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ausführung der Zivilprozess-Ordnung und der Konkurs-Ordnung sowie das Rechtsmittel der Kassation, und die Entwürfe von Gesetzen wegen Feststellung von Radtrügern zum Reichshaushalts-Etat und zum Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1899 wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Außerdem wurde über die dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschläge wegen Befreiung von Stellen bei den Disziplinarkammern sowie über verschiedene Eingaben Beschlüsse gefaßt.

Das amtliche Wahlergebnis der Reichstagswahl in Mecklenburg ist jetzt bekannt. Danach wurden insgesamt 14849 Stimmen abgegeben. Hier von erhielten H. Wamhoff, Hofbesitzer zu Schledehausen (nall.) 7953 St., Otto v. War, Rittergutsbesitzer zu Langelage (Welfe) 6896 St. Ersterer ist somit gewählt.

Dem einmütigen Verlangen des Reichstages folgend haben die Regierungen nunmehr einen Gesetzentwurf betr. Verwendung von Mitteln des Invalidenfonds ausgearbeitet. Danach sollen nicht nur die Zinsen des Fonds zur Unterstützung der Kriegsinvaliden und Veteranen verwendet, sondern es soll für 1899 Unterstützung von 1100000 M. an nicht anerkannte Invaliden und Weihen von 4080000 M. an bedürftige Kriegsteilnehmer gewährt werden. Bekanntlich hatte sich die Zahl der unterstützungsbedürftigen Veteranen weit größer herausgestellt, als vorher angenommen worden war. Ferner erhöht der Entwurf die Mittel für Unterstützung von Hinterbliebenen der im Kriege oder infolge von Kriegsschädigungen Verstorbenen.

Das Lieber-Centrum. Die „Kölnische Volkszeitung“ hatte ein Preisaus schreiben für ein Centrumslieber erlassen. Das Blatt ersuchte später seine Leser um ihre Meinung darüber, welches der drei von den Preisrichtern lobend erwähnten Lieder den Vorzug verdiene, und welche drei Lieder unter den sechs, welche die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ noch ausgewählt hatte, die besten seien. Eine der Antworten ist interessant. Sie lautet:

Die veröffentlichten Centrumslieber haben drei Mängel: 1. Dieselben sind viel zu sehr vom Kampfesgeist der Kulturkampfsjahre beherrscht und daher für das Volk nicht passend, besonders nicht für die Jugend, die sich eine solche Zeit nicht vorstellen kann, der aber doch die Zukunft des Centrum gehört. 2. Viel zu religiös-fromm. Das Centrum ist doch keine religiöse Genossenschaft, sondern eine politische Partei. 3. Es fehlen Gedanken an Kaiser und Reich darin. Das Centrum ist eine durchaus patriotische Partei, der stärkste Stützpunkt für Kaiser und Reich. Solche Gedanken ziehen auch die Jugend an.

Die Antwort stammt sicherlich von — Herrn Lieber, sie entwirft das Bild eines Centrum, das nichts mehr sein will, als ein katholisches Arbeiterverein.

Gegen die „Herren im eigenen Hause“. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Dr. Freund, soll eine Eingabe an den Staatssekretär des Innern, betr. die paritätischen Arbeitsnachweise gerichtet haben, in der er sich gegen die Denkschrift des Verbandes deutscher Metallindustrieller wendet. Die Eingabe soll umfangreiches Material über die Tätigkeit des Centralvereins für Arbeitsnachweise zu Berlin und des paritätischen Facharbeitsnachweises der Brauer beigelegt und der Staatssekretär eingeladen worden sein, die Berliner Arbeitsnachweise-Einrichtungen einer Besichtigung zu unterziehen.

Eine Begnadigung. Vor einigen Tagen berichteten die „Münch. Anst. Nachr.“: Der Wildhauer Eduard Wehrer hat dem Verband der Prinz-Regent-Litpold-Kammern das von ihm angefertigte Original-Portraitrelief Sr. königl. Hoheit des Prinz-Regenten zum Geschenk gemacht.

Den nächsten Tag konnte man in demselben Blatte lesen: „Se. L. Hoh. der Prinz-Regent hat die Gefängnisstrafe, zu der seiner Zeit der Wildhauer Eduard Wehrer wegen der bekannten Affaire im Cafe Hed verurteilt wurde, im Gnadenwege in Festungshaft umgewandelt.“ Wehrer, ein wütender Antisemit, hat sich die nun in Festungshaft umgewandelte Gefängnisstrafe durch eine ganz unqualifizierbare Rohheit zugezogen. Ein merkwürdiger Zufall natürlich — weiter nichts.

Aus Baden. Herr von Riquel vor der badischen Kammer. (Fig. Ver.) Der übermächtige Große, der nun alle Eisenbahnwege nach Süddeutschland besitzt, mußte am Mittwoch einen Speichentrieb durch die badische Volkshammer machen. Aus allen Fraktionen legte es Hiebe auf ihn ab, nur „platonische“ Züchtigungen natürlich, da Herr von Riquel weitab von seinen Einsitzern verweilt. Die zweite Kammer nahm die Antwort auf die von allen Fraktionen eingereichte Interpellation über die finanzielle Schädigung Badens durch die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft entgegen, nachdem der Parteigenosse und Freund des Herrn von Riquel, der nationalliberale Abgeordnete Pieser, die Interpellation begründet hatte. Baden ist an dem Betrieb der Rhein-Redarbahn beteiligt. Seit der „übermächtige Große“ — wie Pieser den Hegemoniestaat betitelt — den Verkehrs-Kleinstaat nach Süddeutschland in Besitz nahm und eine Eisenbahnpolitik verfolgte, als ob die Rhein-Redarbahn eine fremde Bahn wäre, büßt Baden einen Ertragsverlust von etwa 650000 Mark ein. Das ist um so höher anzuschlagen, weil seit der Annexion von Elsaß-Lothringen die linksrheinische Reichsbahn den badischen Eisenbahnen schon schwere Konkurrenzwunden schlug. Die preussisch-hessische Konvention erzeugte bei der Tarifregelung eine Kontroverse der süddeutschen Staaten, wobei Baden das preussische Bestreben nach einem Anteil von jährlich 850000 Mark mit aller Energie auf 650000 M. zu reduzieren vermochte. Der nationalliberale Führer forderte zu energischem Widerstand auf gegen jede weitere Beeinträchtigung der badischen Selbständigkeit und warnt die preussische Regierung davor, Badens wertvolle Bundesgenossenschaft durch solchen Unlaut zu opfern. Er ruft den süddeutschen Leidensgenossen zu: „Vertraut auf Gott und haltet Euer Pulver trocken!“

Herr v. Frauer, der badische Eisenbahnminister, schilderte die mühsame und vorsichtige Art, mit welcher die Verhandlungen mit Preußen zu führen waren, bis wir glücklich noch eine Rente von 8 bis 9 Prozent an der Rhein-Redarbahn, welche eine große Strecke badischen Gebietes berührt, zugeteilt erhielten. Wir seien noch relativ günstig daran; Preußen habe nie die Absicht geäußert, die Selbständigkeit Badens anzutasten und Baden werde die Integrität seiner Staatsbahnen zu wahren wissen. Was uns aber die Zukunft bringen wird, ob in etwa fünfzig Jahren der einzel-Bundesstaat einer Centralisation

des deutschen Eisenbahnbetriebs in Reichshänden noch widerstehen kann, sei eine andere Frage. Rehnlich wie beim Zollverein dürfe man hier das Wort „Niemals“ niemals in den Mund nehmen. Für das Centrum sprach der Abg. Jug. für die Volkspartei der Abg. Heimbürger über die Eisenbahn-Politik. Der letztere empfahl einen süddeutschen Dreißund gegen die preussische Gefahr. Der Abg. Wed. der für die sozialdemokratische Fraktion das Wort ergriff, versprach sich wenig Erfolg für Baden von dieser Tripelallianz, weil Baden als linker Flügelmann im Osten umgangen und geschädigt werden kann. Am besten ist eine Vervollständigung des badischen Eisenbahnwesens, das gegen die Konkurrenz leistungsfähig ist. Die Zukunft werde lehren, daß gleich dem Post- und Telegraphenbetrieb auch das Eisenbahnwesen der bundesstaatlichen Konkurrenz entzogen und zu einem konzentrierten Betrieb umgewandelt werden muß.

#### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Landgericht in Oppeln der Weichensteiner Kaspar Stech aus Groschewitz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

#### Von der Friedenskonferenz.

Daß die Friedenskonferenz keine praktischen Resultate in der Frage der Abrüstung und des „ewigen Friedens“ zeitigen wird, scheint man jetzt auch in den Kreisen der Arrangeure der Konferenz anzunehmen. Somit braucht wohl die Revision der Genfer Konvention nicht einen „Hauptgegenstand der Beratungen“ zu bilden. Bestimmte Anträge seien schon vorbereitet und diese gingen dahin, 1. daß die Verwundeten für neutral erklärt werden, und die Frage studiert werde, ob in Gefangenschaft geratene Verwundete nach ihrer Genehung als Kriegsgefangene zurückzuhalten oder zu repatriieren seien; — 2. daß die Konvention auf den Seekrieg auszudehnen sei; — 3. daß für die Feststellung der Identität der Toten, Verwundeten und Gefangenen vorgefertigt und jeder mit einer alle Angaben enthaltenden Plaque versehen werde; — 4. daß in allen Ländern den Soldaten die Kenntnis der Bestimmungen der Genfer Konvention zur Pflicht gemacht werde; — 5. daß von jedem Lande eine besondere Gendarmerie zur Verhütung der Schleichfahrten und zum Schutze der Verwundeten geschaffen werde; — 6. daß die Frage des Austausches der Gefangenen durch besondere militärische Kommissionen studiert werde; — 7. daß die Ambulanzen, um Ansteckungen zu verhüten, in eine bestimmte Entfernung von den Schlachtfeldern verlegt werden, — und 8. daß die Gesellschaften des Roten Kreuzes offiziell anerkannt und daß ihre Anstalten und Organe für unverletzlich erklärt werden.

So sehr wir auch Gegner des Krieges sind, so sehr können wir unser Einverständnis mit dem Bestreben erklären, das dahin geht, die Schrecken der Kriegsjurie — so lange Kriege einmal noch zu den zu unserer „Ordnung“ gehörigen ständigen Einrichtungen gehören — nach Möglichkeit zu mildern.

Für die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wird übrigens eine ungewöhnlich lange Dauer in Aussicht genommen. Man glaube, daß die Beratungen der Sektionen allein sechs bis acht Wochen in Anspruch nehmen werden. Auch nach deren Erledigung dürfte, um zunächst zu grundsätzlichen Feststellungen zu gelangen und um Beschlußfassungen über die Einzelfragen vorzubereiten, zur Einsetzung von Permanenz-Kommissionen geschritten werden. Auf diese Weise hofft man, die für ein ersprießliches Ergebnis erforderliche grundsätzliche Uebereinstimmung, betreffend die einzelnen Fragen, erzielen zu können.

Verichtigung. In dem Artikel der gestrigen politischen Rundschau „Wer ist verantwortlich?“ muß es in der 6. Zeile von oben „Verantwortlichkeit der Arbeiter“ (nicht Unternehmer) heißen.

#### Ausland.

##### Frankreich.

Für die „Neuschen“ eingetreten ist der Präfekt des Departements Pas de Calais. Er hat durch einen Erlaß den Beschluß des Gemeinderats von Calais für nichtig erklärt, nach welchem die Erziehung von Kindern solcher Personen entzogen werden soll, welche das Keuschheitsgelübde abgelegt haben.

##### Italien.

Rom, den 5. Mai. Es scheint nunmehr so gut wie gewiß, daß Pelloux den Crispiner Sonnino in das neue alte oder neuaufgeputzte alte Kabinett übernehmen wird. Im Parlament herrscht große Erbitterung über diese „außerparlamentarische“, das heißt durch Vorkommnisse hinter den Coulissen herbeigeführte Krise. Doch diese „außerparlamentarischen“ Krisen sind in Italien ja die Regel. Die Vorgänger des Pelloux: Giolitti und Rudini haben es ebenso gemacht. Es liegt das in der Eigentümlichkeit des italienischen Parlamentarismus, der eigentlich nur die Plünderverteilung des absoluten Königtums ist, das allerdings in Italien so wenig fest eingewurzelt ist, daß es der öffentlichen Meinung mehr Rechnung tragen muß, als dies in anderen Ländern notwendig ist.

Eine Depesche vom Sonnabendabend meldet das definitive Zustandekommen des Kabinetts.

Rom, 6. Mai. Das neue Kabinett Pelloux ist nunmehr gebildet, und zwar übernimmt Sonnino definitiv das Ministerium des Aeußern, Solandra das Schatz- und Carmine das Finanzministerium. Crispi wird, da seine Anhänger in dem neuen Kabinett bleiben, daselbe unterstützen.

##### Bulgarien.

Die macedonische Frage. Aus Sofia wird der „Intern. Korresp.“ gemeldet: Der am 14. Mai zusammentretende macedonische Kongress soll eine Denkschrift über die macedonische Frage für die Haager Friedenskonferenz ausarbeiten. Obgleich die bulgarische Regierung den Kongress nicht offen unterstützt, so erscheint es doch ungewiss, daß sie die Aufwertung der macedonischen Frage nicht ablehnt.

##### Rußland.

Die russische Tradition. Das „Journal de St. Pétersbourg“ sagt in einem Leitartikel über die Idee der Friedenskonferenz, daß der in dem Zirkular vom August v. J. gemachte Vorschlag nicht, wie man behauptet hat, dem Schritte entspringe, welchen einige Mitglieder der 1896er Budapest internationalen Konferenz bei der russischen Regierung thaten. Es hieße, die Bedeutung des russischen Vorschlages abschwächen, wenn man ihm diesen Ursprung zuschreibe. Der Vorschlag habe seine Quelle in den ständigen Traditionen Rußlands und in dem Gedanken seines Kaisers. Rußland verfolge seit langer Zeit das Ziel, die allgemeine Friedenslage festigt und verewigt zu sehen.

Aber erst müssen doch wohl alle Völker der russischen Krone botmäßig gemacht sein.

Die Hungernot, die in verschiedenen Gouvernements herrscht, hat bereits zu Revolten geführt. Die Regierung läßt natürlich alle Meldungen aus dem Hungergebiet Kasan unterdrücken, doch ist durch private Berichte festgestellt, daß während der letzten Wochen in mehr als dreißig Gemeinden blutige Kämpfe zwischen dem Militär und der verzweifelten Landbevölkerung stattgefunden haben. Die Bauern hatten überall die Wäden und die noch vorhandenen öffentlichen Vorräte geplündert, sodas gegen 15000 Mann Militär über die Landgemeinden verteilt wurden. Welcher Art die dortigen Zustände sind, geht aus der durch amtliche Ermittlungen festgestellten Tatsache hervor, daß auf dem Lande des Gouvernements seit Jahresfrist von hundert neugeborenen Kindern durchschnittlich nur fünf ein Alter von drei Monaten erreichten.

#### Amerika.

Wieder kommt eine Friedensbotschaft von den Philippinen, oder soll wenigstens gekommen sein. Nach einem Telegramm des „New York Herald“ aus Washington hätten die Abgeordneten Aguinaldos gegenüber der Philippinen-Kommission die Souveränität der Vereinigten Staaten über die Philippinen formell zugestanden. Wir gestatten uns noch einige Fragezeichen zu der Meldung.

So ganz muß die Kraft der Philippiner doch noch nicht gebrochen sein. Das merkt man in Spanien. Die spanische Regierung hat sich, da Aguinaldos sich geweigert hat, mit den Spaniern über die Freilassung der spanischen Gefangenen zu verhandeln, nach Paris mit dem Ersuchen gewandt, der französische Votschafter in Washington, Cambon, möge mit der Regierung der Vereinigten Staaten in Verhandlungen eintreten, um die Freilassung der Gefangenen durchzuführen gemäß der Festsetzung des Friedensvertrages.

#### Aus der Frauenbewegung.

##### Am die Arbeiterinnen Berlins!

Die Unterzeichneten treten zur Wahrung des Schutzes der Arbeiter und Arbeiterinnen mit folgender Bekanntmachung an Euch heran:

Um den gesetzlichen Bestimmungen, welche in der Gewerbe-Ordnung zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen erlassen sind, überall Beachtung und Anerkennung zu verschaffen, und gleichzeitig auch die Arbeiterinnen vor Schaden und Mahregelung zu bewahren, erklären sich die Unterzeichneten bereit, wahrheitsgetreue Beschwerden über: Dauer der Arbeitszeit, Kündigung und Entlassung, Ausstellung von Zeugnissen, Strafgelder, Hygienische und Saubermakregeln, ungesunde Arbeitsräume, Ankleideräume, Waschvorrichtungen und getrennte Aborte entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß die zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen von Euren Arbeitgebern durchgeführt und innegehalten werden. Eure Abhängigkeit, Furcht vor Entlassung, sowie Schamgefühl halten Euch oft davon zurück, längst erkannte Mißstände den zuständigen Behörden, den Fabrikinspektoren, zu unterbreiten.

Um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz die Mißstände in den Arbeitsstätten zu beseitigen, sind nachstehende Personen bereit, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Hrl. Raaber, Strausbergerstr. 28, v. IV. Frau Baushle, Postoderstraße 47, Stf. II. Hrl. Haase, Alexanderstr. 15, v. IV. Frau Jung, Gräberstr. 6, 2. Hof I. Frau Zug, Puttkamerstr. 7, Keller. Frau Reich, Spandauerstr. 3, linker Aufg. IV. Frau Tieg, Blumenstraße 63, I. r. Frau Schneider, Höchsterstr. 29, I. Frau Sprung, Mariannen-Ilfer 7, Hof III. Sprechstunde Mittwoch, abends 7 bis 9 Uhr. — Rudolf Willarg, Gewerkschaftsbureau, Auenstr. 16, I. Alle Wochentage von 9—1 und 6—8 Uhr.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, Dr. Conrad Schmidt einen Vortrag über: „Einige Fragen der Rationalökonomie“. Ferner sollen wichtige Vereinsangelegenheiten erledigt werden. Es ist daher vollständiges Erscheinen der Mitglieder notwendig. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung aufgenommen. Der Vorstand.

#### Lezte Nachrichten und Depeschen.

##### Der englisch-russische China-Vertrag.

London, 6. Mai. Der Text der zwischen England und Rußland geschlossenen identischen Noten betreffend China ist veröffentlicht worden; es werden dadurch die bereits bekanteten Einzelheiten über die beiderseitigen Eisenbahn-Gebiete in der Mandchurie und dem Hanfs-Gebiete bestätigt. Die Noten belegen, England und Rußland seien von dem ersten Punkte befehl, in China jeden Grund zu einem Konflikt in solchen Fragen, in denen ihre Interessen sich begegnen, zu vermeiden. Die beiden Mächte wollen, wie es in den Noten weiter heißt, keineswegs die Souveränitätsrechte Chinas oder bestehende Verträge in irgend einer Weise stören. Der übereinstimmende Wunsch der beiden Mächte, alles abzuwenden, was Verwickelungen verursachen könnte, wird als geeignet betrachtet, den Frieden im fernem Osten zu befestigen und den Interessen Chinas zu dienen. In einer identischen Ergänzungsnote, welche die Scharheikan-Kutschung-Wienbahn behandelt, wird bestimmt, daß die Rechte, welche durch den mit der Hongkong-Schanghai-Bank abgeschlossenen Anleihevertrag hervorgerufen, nicht durchbrochen werden, sondern daß obige Linie chinesisch bleiben soll und nicht an eine nichtchinesische Gesellschaft verpfändet oder veräußert werden darf. Ferner wird zugestimmt, daß China eine Zweiglinie Scharheikan-Summing baut.

Berlin, 6. Mai. (B. Z. V.) Ueber das Steigen der vom Riesengebirge und Erzgebirge kommenden Flüsse wird folgendes Weitere gemeldet: Lober und Queis steigen stark. — In Tharandt wurde eine im Abbruch begriffene Brücke von der Weichert fortgerissen, wobei ein Feuerwehmann leicht verletzt wurde. Die Elbe steigt langsam.

Braunschweig, 6. Mai. (B. Z. V.) In dem Bergstädtchen Wildemann a. Harz erfolgte ein Bergsturz. Vier Häuser wurden auf polizeiliche Anordnung geräumt und abgebrochen; mehrere andere Häuser sind bedroht.

Trier, 6. Mai. (B. Z. V.) Heute früh 7 Uhr entgleisten die vier letzten Wagen des von Trier nach Konz fahrenden gemischtes Zuges Nr. 670 in der Einfahrtsweiche der Wladstation Kreuz-Konz. Von den Reisenden sind 3 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte Karthaus leicht verletzt. Der Materialschaden ist gering.

Paris, 6. Mai. (B. Z. V.) In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß Freycinet seine Demission nicht aus dem Grunde genommen habe, weil er in der gestrigen Kammer Sitzung von der Linken fortwährend unterbrochen wurde, sondern weil er vor der Aufgabe zurückschreckte, die er, nach Fällung des Urteils des Kassationshofes, zu erfüllen gehabt hätte, nämlich, die kriegsgerichtliche Verfolgung gegen Paty de Clam, Gonze, Boisdeffre, Mercier zc. einzuleiten. Der Bauteurminister Krantz, der an Stelle Freycinets zum Kriegsminister ernannt worden ist, wird von der Presse als eine für diesen Posten gänzlich ungeeignete Person bezeichnet.

Paris, 6. Mai. (B. Z. V.) In den Wandelgängen der Kammer wird erzählt, Kriegsminister Krantz habe einem seiner Freunde erklärt, daß er sich die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen haben werde, nicht verhehle; er kenne die Affaire Dreyfus nicht, er habe sich niemals damit zu beschäftigen gehabt. Er sei der Ansicht, man müsse den Beschluß des Kassationshofes abwarten; er sei entschlossen, vor seiner Verantwortlichkeit zurückzuweichen, und, sobald der Beschluß erfolgt sei, werde er die Gewähr für die Vollziehung desselben zu finden suchen und werde seine Pflicht zu thun wissen. Der Minister, heißt es ferner, habe noch nicht über die Zusammenlegung seines Kabinetts Beschlüsse gefaßt; doch sei es sicher, daß er keinen Offizier, der in die Dreyfus-Affaire verwickelt gewesen, als militärischen Mitarbeiter in sein Bureau aufnehmen werde.

Paris, 6. Mai. (B. Z. V.) Wie verlautet, wollen die Nationalisten am Montag über den Rücktritt Freycinets interpellieren, weil sie glauben, daß der Rücktritt auf Meinungsverschiedenheiten mit Dupuy in betreff der Dreyfus-Angelegenheit zurückzuführen sei.

Lugano, 6. Mai. (B. Z. V.) Lucchenis Genosse, Pontizzo, der unter angenommenem Namen hier eingetroffen war, wurde verhaftet, wobei viele kompromittierende Schriftstücke gefunden wurden.

Warschau, 6. Mai. (B. Z. V.) Der Verleger Lewenski wird wahrscheinlich, wie bestimmt verlautet, demnächst infolge hoher Härtpenale in Petersburg, aus der Haft entlassen werden.

Das Agentenwesen im Artistenfache.

Ueber das zu einem wahren Unwesen gewordene Stellenvermittlungswesen im Verufe der Artisten und Varietékünstler geht uns von unrichteter Seite ein Artikel zu, dessen inhaltlicher Inhalt angesichts der gegenwärtigen Reichstags-Verhandlungen von großem Interesse ist.

Niemand wechselt so oft seine Stellung, wie der Artist. In jedem 1. und 15. des Monats bringt das Varieté seinem Publikum ein neues Programm. Höchstens in sehr großen Städten darf der Direktor sich erlauben, mit demselben Programm länger spielen zu lassen und nur ganz tüchtige Artisten werden das Glück haben, nach Ablauf eines Programms auf weitere 14 Tage „prolongiert“ zu werden; es kommt das nur bei „Stars“ ersten Ranges, bei „first-class“-Artisten, bei großen „Attraktionen“ vor.

Früher gehörte eine gewisse Erfahrung dazu, umständiglich Anschluss zu finden. Der Artist bereifte einen verhältnismäßig kleinen Kreis, weil Establishments und Engagements-Verhältnisse, die außerhalb seiner gewohnten Tour lagen, ihm unbekannt waren; meist reisten damals ganze Ensembles unter einem Direktor oder auf gemeinschaftliche Rechnung.

Zwischen hat sich aber das Agententum so ausgewachsen und eingemischt, daß die Artisten mit ganz wenigen Ausnahmen ihm auf Gnade und Ungnade überliefert sind. Und das trotz einer auf hoher Stufe stehenden Fachpresse und trotz bewundernswürdiger Organisation!

Die Agenten sind überflüssig, denn die Aufgabe, den Verkehr zwischen Artisten und Direktoren zu vermitteln, ist längst von der Fachpresse übernommen. Der in Düsseldorf erscheinende „Artist“, eine Schöpfung des durch seinen Kampf gegen die Varietés so bekannt gewordenen Herrn Otto, brachte zuerst die Einrichtung, in jeder Nummer alle bemerkenswerten Establishments seinen Lesern listenförmig zusammenzustellen.

Es fände demnach einem direkten Verkehr zwischen Direktoren und Artisten eigentlich nichts entgegen als — die Bequemlichkeit der Herren Direktoren und das Interesse der Herren Agenten. In der That sind es diese beiden Faktoren, die nicht nur zur Erhaltung des Agententums, sondern auch noch zu seiner Entfaltung in dem jetzigen Umfange beigetragen haben.

Und nun kommen wir zu dem Punkte, wo nicht nur die Ueberflüssigkeit, sondern auch die Richtigkeit und direkte Schädlichkeit des jetzigen Agententums sich zeigt. Der Theateragent, speziell der Varieté-Agent, nimmt nicht nur eine einmalige Provision für seine Vermittlung, sondern der Artist muß während der ganzen Dauer seines Engagements einen bestimmten Prozentsatz seiner Gage an den Agenten abliefern. Dieser Satz betrug früher allgemein 10 Prozent der Gage; erst in der neuesten Zeit, nachdem auch der Beruf der Varieté-Agenten wegen seiner verhältnismäßig großen Mischelhaftigkeit großen Zugang erhalten hat, sank dieser Satz vielfach auf 6 Proz.

Hier muß unbedingt der Hebel angegriffen werden und alle Heilmittel der Agenten und ihrer Helfershelfer von der Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit des Agententums können niemanden darüber hinwegtäuschen.

1. für den Nachweis von Engagement nur eine einmalige Provision erhoben werden darf, die nicht von der Dauer des Engagements abhängig ist; 2. das sog. Hausagentenwesen gesetzlich unterbunden wird, ebenso wie alle Bestimmungen im Kontrakt, die Provision für nicht erfolgte Leistungen festsetzen.

Soweit der uns zugegangene Artikel, der ganz arg, dem großen Publikum bisher sicher so gut wie gar nicht bekannte Mißstände enthüllt. Ob die Vorschläge, die der Verfasser zur Besserung der Verhältnisse macht, dazu geeignet und ausreichend sind, kann hier unerörtert bleiben, wir glauben sie aber als eine Stimme aus Interessentenkreisen mitteilen zu sollen.

Kommunales.

Zur weiteren Behandlung der Angelegenheit des Friedhofes im Friedrichshain ist nunmehr der Antrag des Magistrats wegen Einsetzung einer gesonderten Deputation, bestehend aus 6 Magistratsmitgliedern und 10 Stadtverordneten, zur Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung überandt worden.

Müll-Sammelwagen. Die städtische Straßenreinigungs-Deputation hat in ihrer letzten unter Vorsitz des Stadtrats-Reudrinl stattgehabten Sitzung beschlossen, den Wegereischen Müll-Sammelwagen in der Ostfischerstraße durch einen Ingenieur und neun Angestellte, welche sich von acht zu acht Stunden ablösen sollen, in Bezug auf die Haltbarkeit des Ofens, die Verbrennungsart, die Rückstände etc. auf mehrere Wochen ununterbrochen beobachten zu lassen und über alle Ergebnisse Bericht zu erstatten, damit die Deputation in die Lage komme, sich über das System ein Urteil zu bilden und event. dasselbe in der städtischen Verwaltung einzuführen.

Die städtische Verkehrs-Deputation hielt gestern unter Vorsitz des Stadtrats-Reudrinl eine Sitzung, in welcher zunächst ein Antrag auf die Errichtung einer Wartehalle auf dem Inselperrou an Oranienburger Thor für die dort entlangführende Straßenbahn beraten wurde. Der Antrag wurde jedoch mit Rücksicht auf den beschränkten Raum und äußerst lebhaften Verkehr insbesondere an den Treffpunkten der Friedrichs- und der Chausseestraße sowie der Elasterstraße abgelehnt.

Lokales.

Mittwoch findet im Prater, Kasanien-Allee 7, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen einen Vortrag hält: Die lex Heinke — ein Feigenblatt für Unrecht?

Erster Wahlkreis. Montag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Arminkasernen, Kommandantenstr. 20, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht Erweiterung der Organisation des Wahlvereins. Neuwahl des gesamten Vorstandes. Da die Erweiterung der Organisation des Wahlvereins ein größeres Interesse in Anspruch nehmen dürfte, werden die Mitglieder erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag unsere Versammlung stattfindet. Laut Beschluß der letzten Versammlung erfolgt Fortsetzung der Diskussion über die Versteinigung Streitfragen. Es ist Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend 7 Uhr Vortrag des Herrn Dr. Spies über Photographien in natürlichen Farben mit Experimenten im Hörsaal der „Urania“, Zauberkunst. Nach dem Vortrag Diskussion. Billets 40 Pf. (inkl. Garderobe) sind heute vormittag beim Kassierer, G. Königs, Dieffenbachstraße 20, eventuell am Eingang zur „Urania“ zu haben.

Freie Volksbühne. Für die zweite Abteilung wird heute nachmittags im Leistungstheater „Der Revolver“ gegeben, für die dritte Abteilung dieselbe Vorstellung am Dinnelsternstag; am 14. Mai beginnt die zehnte Serie mit Hauptmann's „Einsame Menschen“. Die Vorstellungen folgen am 21. und 28. Mai und am 4., 11. und 18. Juni.

Siebenstufige Gemeindeschulen.

wie wir sie nach dem von der städtischen Schuldeputation kürzlich gefassten Beschluß jetzt bekommen sollen, giebt es in Berlin bereits seit längerer Zeit, aber ihre Zahl ist freilich sehr gering, und sie haben bisher auch nur als sogenannte nicht-offizielle Einrichtung bestanden. Manche Direktoren haben ihre Schulen, unter behördlicher Duldung, schon längst zu siebenstufigen gemacht, indem sie die tüchtigsten Kinder der ersten Klassen zu besonderen Oberklassen vereinigten, die eine Art Fortbildungsstufe darstellten und den Kindern noch eine Vertiefung ihres Wissens gaben.

bildungsstufe geeignete Kinder vorhanden waren, da mirhte selbst den fleißigsten und begabtesten Kindern, falls sie sich nicht zu diesem Zwecke einer Umschulung unterziehen wollten, die Anerkennung und Förderung versagt bleiben, die in der Ueberweisung an eine Oberklasse liegt. Daraus dürfte es sich auch erklären, daß bisher nur die Direktoren von 26 Gemeindeschulen das Bedürfnis empfunden haben, eine besondere Oberklasse zusammenzustellen. Zweifellos hat es auch an den anderen Gemeindeschulen sich eine Anzahl von Kindern gegeben, die nach ein bis zweijährigem Aufenthalt in der 1. Klasse so weit fortgeschritten waren, daß sie sich für eine Oberklasse geeignet hätten.

Daß der wahre Patriot sich auch im Unglück als solcher bewährt, zeigt der Lebenslauf des Herrn Hofrat de Grahl, der nunmehr glücklich bei der Fabrikation von Vieherzeugwerken angefangen ist. Vor uns liegt das erste Heft — Preis 10 Pf. — eines der berühmten Kolportagewerke in buntem Umschlag. Sein Inhalt handelt aber nicht, wie man auf den ersten Blick vermuten sollte, von Minaldino Minaldini oder sonst einem Schauerroman, sondern er stellt dar das Leben und die Taten Kaiser Wilhelms des Großen.

Aus der Scharfmacherära. In einem Restaurant des Westens haben zu achtigen Tritt vereint fünf Stützen der heutigen „Gesellschaft“: Ein nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter, eine Fiedle derselben Umfallepartei im Abgeordnetenhaus, ein Landrat und zwei hoffnungsvolle Regierungskandidaten. Sie redeten laut, wie es echten deutschen Männern ziemt, denen das Leise und Geheime, darum auch das geheime Wahlrecht, ein Grauel ist.

Ein Opfer der Ausperrungen. Ein schmerzlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern in der Kissenfabrik von Fug, Köpferstr. 154. Infolge der Raifeiler hatte auch dieser Unternehmer 21 seiner Arbeiter auf die Straße gesetzt und statt dieser betriebskundigen Personen die ersten besten „Arbeitswilligen“ eingestellt. Einer der neuangeworbenen Arbeiter, namens Klein, war zum Schneiden an der Kreissäge beauftragt, obgleich er noch niemals vorher an einer Maschine dieser Art beschäftigt gewesen war.

Mit der Eisfrage beschäftigte sich am Freitag der Verein Berliner Gaswirte. Es wurde mitgeteilt, daß infolge des milden Winters auch in diesem Jahre ein Eisangel zu befürchten sei, der aber bei weitem nicht den Umfang der Eisnot im Vorjahre erreichen werde. Der Verein hat eine besondere Kommission damit betraut, durch eine Umfrage bei den bedeutendsten Eisfabriken und Geschäftlern die Höhe der voraussichtlichen Eispreise für die bevorstehende warme Jahreszeit festzustellen.

In städtischen Arbeitshäusern befanden sich am 31. Dezember 1898 insgesamt 1185 Korrigenden (1033 Männer und 152 Frauen). Der Zugang bis 31. März 1899 betrug 312 (265 Männer, 47 Frauen); der Abgang 352 (223 Männer, 129 Frauen), so daß am 31. März ein Bestand von 1076 Männern und 119 Frauen, zusammen 1195 Korrigenden verblieb.

Die Garantiefondszeichner der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1896 hielten am Freitag eine Versammlung ab. Der

Referent, Professor Oberlingler teilte mit, daß der Vorsitzende der Rechtschulskommission, Herr Brubert, wegen verschiedener Vorlesungen Strafanzeige erstattet habe. In den Büchern der Lotteriekommission befinden sich Gewinnlose, welche gefälscht seien, und zwar zu dem Zwecke, um die darauf entfallenden Gewinne, welche nicht abgeholt werden konnten, bei Seite zu schaffen. Die Staatsanwaltschaft habe inzwischen die Bücher beschlagnahmt. Es sollen ferner Gewinne zur Auslosung gelangt sein, die nicht den angegebenen vollen Wert besäßen; man habe die Lieferanten veranlaßt, falsche Rechnungen auszustellen. Weiterhin ist die Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Prüfung der Ausstellungsberechnung nicht ordnungsgemäß erfolgt sei. Endlich soll noch bekannt geworden sein, daß auch Einnahmen des Ausstellungsunternehmens unterschlagen wurden. Für alle diese hier angeführten Punkte soll ein umfangreiches Zeugnis- und Beweis-Material vorhanden sein. Nach den Ausführungen des Rechtsanwalts Lichauer wurde folgende Resolution beschloffen: „Die von etwa 600 Personen besuchte Versammlung der Garantiefondszeichner beschließt im öffentlichen Interesse, das bestehende Rechtschulkomitee zu beauftragen, allseitig Material zu sammeln, um die Unterlagen für eine Schadenersatzklage zu gewinnen. Einer späteren Versammlung bleibt es vorbehalten, einen definitiven Beschluß darüber zu fassen.“

**Abermals ein Selbstmord aus Hunger.** Auf dem Abort des Stettiner Fernbahnhofs schoß gestern Nachmittag ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann einen Revolverkugeln auf sich ab. Das Geschloß durchbohrte die rechte Schläfe und drang durch das rechte Auge wieder heraus. Der Mann wurde noch bei voller Bewußtsein getroffen, verweigte aber jede Auskunft über seine Person und gab nur an, wegen Stellenlosigkeit den Tod gesucht zu haben. Er wurde in die Charité geschafft.

**Der flüchtig gewordene Bankier Thiele** dürfte, wie nunmehr zweifellos feststeht, doch eine größere Geldsumme bei sich führen. Er hatte in den letzten Tagen vor seiner Abreise von mehreren Kunden zusammen 18 000 M. zum Zwecke des Ankaufs von Wertpapieren erhalten, jedoch das Geld nicht zur Erledigung von Aufträgen verwendet. Es ist auch ermittelt, daß T. für ca. 30 000 M. Papiere Anfang voriger Woche verkauft ließ. Bei hiesigen Käufern hat er einschließlich der Differenzforderung eine Gesamtschuld von 40 000 M. hinterlassen. Gestern machte die in Berlin wohnende Frau G., die durch Thiele ebenfalls um ca. 8000 M. geschädigt ist, der Polizei die Mitteilung, daß sie den Bankier am Montagmorgen in Erfurt gesehen habe.

**Im Volksgesundheitsamt** am Alexanderplatz war Freitag die japanische Gesandtschaft, um dies Institut eingehend zu besichtigen. Ein Besuch des Rathauses, wo einige trotz alledem pudelreue Seelen sich in der Kunst des Sarkiri üben, wäre für die exotischen Gäste wohl auch des Interesses wert gewesen.

**Die hiesige Centrumpresse** interessiert sich belamlich sehr dafür, daß dem durch die Prügelfestsetzung bekannt gewordenen Josefs-Waisenhaus in Potsdam kein finanzieller Schaden geschehe. Nachdem es den Anschein hat, als ob trotz des Fürspruchs v. Mirbach doch die städtischen Waisenkinder aus dem Institut fortgenommen werden, soll nunmehr eine Katholikerversammlung das Josefsstift retten. Die hiesigen nur geringe Zahl prügelbegeisterter Katholiken wird sich in dieser Versammlung sehr vor der Unzulust abschließen müssen, wenn sie nicht ein gründliches Fiasko erleben will.

**Die Einführung des Viertelstunden-Verkehrs auf dem Nordring**, um welche der Haus- und Grundbesitzer-Verein des Wedding und des Oranienburger Thor-Stadteils vor kurzem in einer Petition gebeten hatte, ist in einem dem Verein jetzt zugegangenen Bescheid von der Eisenbahn-Direktion abgelehnt worden. Dagegen hat die Direktion dem Verein die Zusicherung gemacht, daß der an den Nachmittagen eintretende Zehnmünuten-Verkehr in Zukunft etwas früher, als es jetzt der Fall ist, beginnen soll.

**Die umfangreiche Sache gegen von Kriegsheim**, die schon seit fast Jahresfrist im Vorverfahren dem Gerichte unendliche Schwierigkeiten bereitet hat, wird voraussichtlich noch vor den Gerichtsferien zur Verhandlung kommen. Nachdem in den letzten Wochen zwei Staatsanwälte ihre ganze Arbeitskraft auf eine Sichtung des umfangreichen Materials verwendet haben, ist die Anklage nun formuliert und wird dem Angeklagten in den nächsten Tagen zugestellt werden.

**Die Tafeln mit Anweisung zur Wiederbelebung Ertrunkener**, welche der Berliner Magistrat nach dem Entwurfe des deutschen Samaritervereins in Kiel überall da hat aufstellen lassen, wo schon Rettungsstühle, Rettungsboote oder Rettungsringe vorhanden sind, haben sich hier bereits in mehreren Fällen vorzüglich bewährt. Wie gemeldet wird, wollen auch die Vorortbehörden der Sache näher treten und für ihre Bezirke, soweit dieselben von Wasserläufen oder Seen berührt werden, gleichartige Rettungs-vorkehrungen treffen.

**Der Zimmermann**, der dieser Tage in der Maschinenfabrik am Ostbahnhof abstürzte, heißt nicht Klose, sondern Heinrich Kofe. Der Verunglückte erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und zwei Rippenbrüche, sowie ebenfalls innere Verletzungen.

**Selbstmordversuche.** Freitagabend nach 9 Uhr schoß sich der 19 Jahre alte Kaufmann L. im Viktoriapark aus einem sogenannten Pistolvolver drei Kugeln vor die Stirn, welche ihn anscheinend nur unerheblich verletzten. Er kam selbst auf die nächste Polizeiwache und bat, man möge ihn nach der Unfallstation bringen. Neben den Beweggründen zu dem angeblich geplanten Selbstmord ließ er sich nicht aus. — Eine Buchhalterin veruchte in selbstmörderischer Absicht von der Potsdamerbrücke in den Landwehrkanal zu springen. Sie wurde von einem Vorübergehenden noch rechtzeitig zurückgerissen. Sie gab an, aus unglücklicher Liebe den Tod gesucht zu haben.

**Von der Staatsanwaltschaft** beschlagnahmt worden ist die Leiche des 44 Jahre alten Maurers Christian Streich aus der Wilhelmshavenstr. 28, der plötzlich gestorben ist. Streich, der früher auf einem Bau verunglückt sein soll, litt an Krämpfen und konnte seit Weihnachten v. J. nicht mehr arbeiten. Vorgelesen nachmittags vor er allein zu Hause. Als ein Sohn abends von der Arbeit heimkehrte, fand er den Vater in der Stube neben einem Stuhle tot auf dem Fußboden liegen. Wiederbelebungsversuche, die zwei Aerzte anstellten, blieben erfolglos. Streich hinterläßt eine Frau und sechs Kinder.

**Tödtlich verunglückt** ist Freitag im Kunstanktionshause von Leple in der Kochstr. 28/29 der sechs Jahre alte Sohn Fritz des Hausdieners Steinhorst, der in diesem Hause wohnt und bei Leple beschäftigt ist. Frau Steinhorst schickte gestern nachmittags um 3 Uhr ihren Sohn, den Vater im Hause zu suchen und zum Mittagessen zu holen. Der Knabe lief aber nach dem Giebelhaus hinauf, an dem ein Glasermeister Ausbesserungen vornahm. Während der Meister ihm den Rücken zuwandte und sein Kommen nicht wahrnahm, bestieg er das Dach, machte einen Schritt und stürzte durch eine Öffnung in den Saal hinab. Der Verunglückte zog sich einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen zu und wurde mit einer Drohke nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße und von dort in das Krankenhaus am Urban gebracht. Hier starb er bereits im Laufe der Nacht.

**Am Himmelfahrtstag**, den 11. Mai, und von da ab bis auf weiteres an allen Sonn- und Festtagen werden Sonderzüge von Berlin (Stettiner Bahnhof) nach Eberswalde, Freienwalde a. D. und Chorin, ferner vom 13./14. Mai ab allsonntäglich, einschließlich am 1. und 2. Pfingstfeiertage nach Stettin und vom 18. Juni ab an allen Sonntagen nach Swinemünde und Heringsdorf über Duderow abgelassen werden. Im Anschluß an die Sonderzüge nach Stettin veranstaltet die Reederei J. J. Bräunlich in Stettin Dampfboot-Sonderfahrten nach Döbber-See und Hagen. Am 8./9. Juli fallen die Züge nach Stettin und Swinemünde-Heringsdorf aus.

**Straßenverengung.** Die Kaiser-Wilhelmstraße zwischen Rosen- und Klosterstraße wird behufs Asphaltierung vom 8. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Ein recht vielseitiges Programm** weist das Passagenprogramm in diesem Monat auf. Als Hauptattraktion dürfte der unverwundbare Fakir Akmed Kratos gelten, der sich an Arm, Hals und Junge mit Nadeln sticht und auch den Juchauern gestattet, auf ihn los-zuwühlen. Sind diese Schaustellungen auch gerade nicht von ästhetischem Werth, so ziehen sie doch immer wieder durch das Geheimnisvolle an, das ihnen beivohnt. Ein gleiches läßt sich von dem aus Mannheim gebürtigen Albinomadchen Mariett sagen, das durch eigentümliche Störungen in seiner Sehkraft zu dem nicht ganz einwandfreien Vorzuge öffentlicher Schaustellung gekommen ist. Das Spezialitätenprogramm, das sich auf der Bühne entwickelt, ist von anerkanntem Wert. Am nur einige hervorragende Künstler zu nennen, erwähnen wir Herrn Kelle, der Jongleur und Kunstschütze in einer Person ist, sowie die „Gedankenleserin“ Annie Sörensen. Als Soubrette zeichnet sich Fräulein Ritesla vortellhaft aus.

#### Aus den Nachbarorten.

**Rixdorf.** Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins Vorwärts zur Nachricht, daß am Dienstag, den 9. Mai d. J., abends 8 1/2 Uhr im Appollo-Theater (W. Thomas), Hermannstr. 48/50, eine Mitgliederversammlung stattfindet. Vortrag über die Gewerbeverhältnisse. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Franz Zukower. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. Siehe Annonce und Säulenanschlag. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Steglitz-Friedenau.** In der nächsten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, die am Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Grube, Kaiserallee, stattfindet, spricht der Genosse Rapp über „Die Grenze zwischen Socialdemokrat und Socialreformer.“

**Nieder-Schönhausen.** Der nächste Les- und Diskutierabend des hiesigen „Socialdemokratischen Arbeiter-Vereins“ findet am Dienstagabend 7 1/2 Uhr bei Sattelorn, Lindenstr. 1, statt. Dasselbe wird auch die am Sonntagabend, den 13. d. M. angelegte Vereins-Versammlung stattfinden, in welcher Genosse Dr. Wehl über: „Socialreform und Socialhygiene“ referieren wird.

**Weihensee.** Diejenigen Genossen, welche sich an der Beerdigung des Genossen Wilh. Jörgert beteiligen wollen, eruche ich, sich am Sonntag, mittags 1 Uhr, bei Pfeiffen-Müller, König-Chaussee 88, einzufinden. Der Vertrauensmann, Karl Hauschild.

**Schöneberg.** Die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, bei Obst, Brunnenstr. 110, statt.

**Die nördlichen und nordöstlichen Vororte** haben in den letzten Jahren einen recht beträchtlichen Bevölkerungszuwachs gehabt. Wenn man die zum Zweck der Steuerveranlagung im November jedes Jahres stattfindenden Personenstandsaufnahmen im Grunde legt, dann hatte Tegel den verhältnismäßig stärksten Zuwachs. Seine Einwohnerzahl stieg vom November 1897 bis zum November 1898 von 3387 auf 4597, also im Laufe des Jahres 1898 um 35,73 Proz. (1897 um 10,51 Proz., 1896 um 10,85 Proz.). Den verhältnismäßig nächststarken Zuwachs hatte Pankow, dessen Einwohnerzahl 1898 von 15 570 auf 17 067, also um 9,61 Proz., stieg (1897 um 15,46 Proz., 1896 um 12,69 Proz.). Verhältnismäßig denselben Zuwachs hatte Lichtenberg, von 32019 auf 38 339, um 9,4 Proz. (1897 um 6,76 Proz., 1896 um 8,56 Proz.). Die Einwohnerzahl stieg 1898 ferner in Reinickendorf von 11 941 auf 12 374, um 3,63 Proz. (1897: 5,91 Proz., 1896: 6,47 Proz.), in Nieder-Schönhausen von 3193 auf 3679, um 6,05 Proz. (1897: 8,60 Proz., 1896: ?), in Weihensee von 1914 auf 2048, um 7 Proz. (1897: 3,40 Proz., 1896: ?), in Neu-Weihensee von 27 056 auf 28 927, um 4,60 Proz. (1897: 5,22 Proz., 1896: 6,54 Proz.), in Friedrichsfelde von 7558 auf 7972, um 5,48 Proz. (1897: 6,71 Proz., 1896: 4,86 Proz.). Auch die Gemeinden des weiteren Umkreises von Berlin hatten 1898 vielfach sehr erhebliche Zunahmen der Bevölkerung zu verzeichnen, z. B. Hermsdorf von 1978 auf 2131, um 7,78 Proz., Französisch Buchholz von 2682 auf 2850, um 6,26 Proz. Dagegen ist in den im Norden und Nordosten von Berlin belegenen Städten eine nur ganz geringe Zunahme, oder sogar eine Abnahme der Bevölkerung eingetreten. Die Einwohnerzahl ist 1898 z. B. in Oranienburg von 7214 auf 7395, um nur 2,51 Proz. gestiegen (1897 um 4,17 Proz.), in Bernau von 8204 auf 8198, um 0,07 Proz. gesunken (1897 um 1,85 Proz. gestiegen), in Alt-Landsberg von 2308 auf 2317, um nur 0,39 Proz. gestiegen (1897 um 0,22 Proz. gesunken).

**Der Magistrat von Charlottenburg** teilt seinen der Stadtverordneten-Versammlung mit, daß er beschlossen habe, die Große Berliner Straßenbahn für die Dauer von 15 Jahren vom 1. April 1899 an von der Verpflichtung zu entbinden, die Bahn vom Auguste-Viktoria-Platz zum Sadowplatz mit mit Accumulatoren zu betreiben. Die Befestigung der Haltestellen soll thunlichst unter Anbringung von Rosetten an den Häusern erfolgen.

**Gegen unseren Parteigenossen Stadtverordneten Deyer** hat der Magistrat von Charlottenburg Strafantrag gestellt, weil Deyer in einer Besprechung über den Branddirektor Kiesel gegen diesen Vorwürfe ehrenrühriger Natur erhoben haben soll.

**Aus Schöneberg** schreibt man uns: Das von dem Schöneberger Magistrat bei seinem Dienstantritt gezeigte und von den Arbeitern mit Freuden begrüßte Bestreben, Wohlfahrtsvereinigungen allgemeiner Art für die junge Stadt zu schaffen, scheint merkwürdig rasch erkalten zu wollen. Von der Errichtung eines „paritätischen Arbeitsnachweises“, der seiner Wichtigkeit wegen zum 1. April d. J. ins Leben treten sollte, ist es nun menschentüchtig geworden. Diefem unwürdigen Zustand zu begegnen, hat der Stadtverordneten-Vorsteher Gustav Müller folgende Mitteilung an die Stadtverordneten-Versammlung ergehen lassen: „In Erfüllung eines Beschlusses der Stadtverordneten vom 26. September 1898 hatte der Magistrat derselben unter dem 24. Januar d. J. eine Vorlage wegen Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises zum 1. April 1899 unterbreitet, welche mit der Maßgabe von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen wurde, daß der Arbeitsnachweis auch für gelehrte Arbeiter und durchweg kostenlos eingerichtet sei. Unter dem 28. März d. J. teilte der Magistrat mit, daß er dem Beschlusse um deswillen nicht zugestimmt habe, weil er bei Dienstboten und gelehrten Arbeitern die völlig kostenlose Vermittelung von Arbeits- bezw. Dienstgelegenheit weder für zweckmäßig noch notwendig halte, ergrätzte vielmehr die Erhebung einer Gebühr für erfolgreiche Vermittelung und Beschäftigung aus Billigkeits- und finanziellen Gründen für erforderlich. Die beantragte Einlegung einer gewissen Deputation wurde von der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt. Wie verlautet, halder Magistrat die Angelegenheit als erledigt angesehen und dieselbe seinen Akten einverleibt. Eine Mitteilung hiervon ist der Versammlung nicht gemacht worden. Es handelt sich jetzt darum, ob letztere die so wichtige Sache auf sich beruhen lassen oder weitere Schritte unternehmen und nötigenfalls auf Grund des § 36 der Städte-Ordnung die Entscheidung des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam anrufen will. Die Stadtverordneten-Versammlung wolle hiernach ihre Entscheidung treffen.“ — Diese Vorlage steht am Montag zur Beratung. Es wird sich nun zeigen, ob die Schöneberger Stadtväter, die so oft mit ihrer Unabgängigkeit und Liberalität prahlen, das energische Vorgehen des Stadtverordneten-Vorstehers gutheißen und mannhaltig zu ihm stehen werden.

**In Rixdorf** sind die Mitglieder der Allgem. Orts-Krankenkasse durch den Beschluß des Wohlfahrtsausschusses der Linoleum-

Wachstuch-Kompagnie, im Einverständnis mit der Fabrikdirektion eine Betriebs-Krankenkasse für die dort beschäftigten Arbeiter zu gründen, auf das peinlichste berührt. Es hat sich in der Ortsklasse eine Erhöhung der Beiträge als notwendig erwiesen, und durch diesen Umstand hat sich der Wohlfahrtsausschuß, ohne daß er aufeinander rechte Fühlung mit seinen Klienten genommen hätte, wesentlich zur Gründung der Betriebs-Krankenkasse bestimmen lassen. Eine Unterredung des Vorstandes der Ortsklasse mit dem Wohlfahrtsausschuß, in welcher die Nachteile einer Betriebs-Krankenkasse für die Arbeiter eingehend dargelegt wurden, änderte nichts an dem Willen dieser Körperschaft.

**Aus Spandau** wird berichtet: Eine anfallige und gleichzeitig beunruhigende Erscheinung hat sich in Spandau gezeigt. In den Häusern unweit des Personenbahnhofs und zweier Militärwerkstätten, der Geschützgießerei und der Artilleriewerkstatt haben die Bewohner Schwankungen, wie von einer Erdschütterung herrührend, zu wiederholten Malen wahrgenommen. In einer der letzten Nächte erbebt ein Gebäude dergestalt, daß ein Mieter, Amtsgerichtsrat A., sogleich das Haus verließ und Polizei requirierte, um dieser Mitteilung zu machen. Er steht jetzt im Begriff, die Wohnung gänzlich zu räumen, aus Besorgnis vor einer Katastrophe; ebenso ergeht es anderen Bewohnern des betreffenden Stadtteils. Bisher vermag sich die Erscheinung niemand zu erklären. Der Untergrund des Stadtteils ist früher sehr sumpfig gewesen und die ganze Gegend mit Hilfe von Auffüttungen für die Bebauung nutzbar gemacht worden. Vermutet wird, daß äußere Einwirkungen, vielleicht die schweren Dampfwerke der benachbarten Fabriken, die Erschütterungen hervorgerufen. Um die Ursachen der beunruhigenden Erscheinung durch Bohrungen im Grund und Boden festzustellen, hat die Stadtverordneten-Versammlung am Freitag auf Antrag des Magistrats 1500 M. bewilligt.

**Das Weichbild der Stadt Spandau** verschiebt sich immer mehr nach Charlottenburg zu, so daß die beiden Städte in einigen Jahren nahezu ineinander verwachsen sein werden. Die Firma Siemens u. Halske plant neben ihrem Fabrikterrain auf den Rottenweiesen den Bau einer größeren Anzahl Arbeiter-Wohnhäuser; der Bau einer Straßenbahn, welche diese Gegend mit der inneren Stadt verbindet und den in jener Fabrik beschäftigten Arbeitern einen bequemeren Verkehr ermöglicht, ist bereits ins Auge gefaßt. Magistrat und Stadtverordnete nahmen dieser Tage das neue Bau-terrain in Augenschein.

**Religionsfreiheit in Preußen.** Wir teilten jüngst aus dem Vorort Lichtenrade (an der Posener Eisenbahn) mit, daß die große Mehrheit der Gemeindeglieder ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt hat, weil sie mit ihrem Pfarrer Klein, dem Schwieger-sohn des Oberhofpredigers Riegel, in jahrelangem Streit steht, von dem kein Ende abzusehen ist. Wegen dieses Schrittes wird der Gemeindevorsteher Paetsch jetzt „verantwortlich“ gemacht. Das „Tel. Kreisbl.“ meldet nämlich aus Lichtenrade: „Wegen den Gemeindevorsteher, Bauerngutsbesitzer Paetsch, auf den die Agitation wegen des Austrittes aus der Landeskirche im wesentlichen zurückzuführen wird, ist mit Rücksicht darauf, daß er sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Agitation, des Aufsehens und des Vertrauens, die sein Amt als Gemeindevorsteher erfordern, unwürdig gezeigt hat, das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsentsetzung eröffnet worden. Gleichzeitig ist Paetsch von dem Amte als Gemeindevorsteher suspendiert, auch ist ihm die Ausübung jeder weiteren Amtshandlung untersagt worden. Mit der kommissarischen Verwaltung des Gemeindevorsteher-Amtes ist der Kreis-Ausschuß-Sekretär Dorn beauftragt worden.“

Die Gemeinde ist über ihren Pastor namentlich erbost, weil er den allgemein verehrten Lehrer des Ortes zu Unrecht unächtiger Handlungen anklagen beschuldigt hatte und weil er, der Pastor selber, später ein bereits aus der Schule entlassenes Mädchen im verschlossenen Konfirmandenzimmer über eine Pant legte und geschädigt haben soll. Der Streit, der schon jahrelang spielt, hat jetzt glücklicherweise zu einer Maßregelung geführt. Ob wohl jemand glaubt, daß die Kirchenautorität durch das Disziplinarverfahren gestiftet wird?

**Die Bismarcksäule auf den Müggelbergen.** Der Vertreter der deutschen Studentenschaft, Amtsgerichtsrat Müller in Köpenick, bittet alle diejenigen, welche sich aus dem Oberpreagan für die Errichtung eines „vollständigen Wahrzeichens vaterländischen Dankes“ auf den Müggelbergen interessieren, ihn durch Rat und That zu unterstützen und an der zu diesem Zwecke am 16. Mai in Köpenick stattfindenden Beratung teilzunehmen. Auch ist die rege Beteiligung der Herren Ortsvorsteher der an die Müggelberge angrenzenden Gemeinden, sowie sämtlicher Gemeinden des Oberpreagan sehr erwünscht. — Das arbeitende Volk sieht diesen „vaterländischen Dankes“ kühl und teilnahmslos gegenüber. Es hat nur den einen Wunsch, daß öffentliche Gelder zu dem vollständigen Wahrzeichen“ von den Gemeinden verweigert werden.

**Friedrichshagen.** Der 32-jährige Fabrikarbeiter Wilhelm Eisenmenger wurde am Donnerstag vom Schwurgericht des Berliner Landgerichts II wegen Mordes zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte im Februar d. J. die 16-jährige Tochter eines Restaurateurs in der Nähe des Müggelschloßes vergewaltigt und dabei das junge Mädchen, um dessen Widerstand zu bewältigen, mit einem gekühten Messer bedroht.

#### Partei-Nachrichten.

**Eine Grabhändlung.** Das Massengrab der Opfer der sächsischen Mairevolution in Dresden war vor einiger Zeit mit ca. 300 Zulpengraben besetzt worden, damit am Todestage der Gefallenen ihre Ruhestätte würdig geschmückt sein sollte. Diese 300 jetzt zur Blüte gelangten Zulpfen sind, wie die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet, vor einigen Tagen sämtlich ausgegraben worden. Dem Aufführpersonal scheint diese skandalöse Gräberhändlung vollständig entgangen zu sein; auch der Polizeibericht weiß noch nichts davon zu melden. Die „E. A. Z.“ fordert Aufklärung und dies ist in der That dringend erwünscht.

**Totenliste der Partei.** In Dresden starb der Bäcker Hermann Reinhardt, ein alter erprobter Parteigenosse, der auch in der Zeit des Sozialistengesetzes stets seinen Raum gefüllt hat. Reinhardt bekleidete bis in die letzte Zeit — er war längere Zeit leidend — den Posten eines Kassierers des Gewerkschaftskartells, auch war er seit einigen Jahren Kassierer der Freien Hülfslosse der Wälder, die in Dresden ihren Sitz hat und von den Wälder-Innungsmessern bitter gehaßt wird. Die Parteigenossen werden dem Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.

**Maifeier in Budapest.** Seit dem Jahre 1891 war heuer wieder zum erstenmal der Demonstrationsumzug der Arbeiter am 1. Mai gestattet. Trotz der frühzeitigen Eingabe von der Parteileitung erhielt dieselbe erst am Donnerstag Mitteilung von der Genehmigung. Es geschah dies auf Anordnung des Ministerpräsidenten, der auch einwilligen das Portefeuille des Innern für sich behalten hat. Oberstadthauptmann Rudnay, der noch im Geiste des abgelaufenen Jahres regiert, hat sich gegen die Freigabe des 1. Mai ausgesprochen. Möglicherweise treten unter dem neuen Regime wieder halbwegs normale politische Zustände ein, so daß auch die Arbeiter wieder von ihren äußerst spärlichen Rechten Gebrauch machen können. Versammlungen und Umzüge, so viel bisher bekannt, wurden auch in den größeren Provinzstädten für den ersten Mai gestattet.

In Budapest hielten die Branchen Vormittag ihre Versammlungen mit entsprechenden Tagesordnungen ab und am Nachmittag versammelte sich die Masse der Arbeiter branchen- und organisationsweise am Reuen Marktplatz, von wo aus sie in geordneten Reihen unter Vorantragung von Fahnen und Emblemen mit Insignien auf den Arenaplatz im Stadtwaldchen marschierten. Die Parteiführer und andere Arbeiterlieder, unterbrochen von Hodesen auf den Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht erörterten aus den Reihen der Demonstranten, und trotzdem die Begeisterung hohe

Sagen schlug, kam nicht die geringste Störung vor. Die Polizei, beritten und zu Fuß, hielt sich in den Seitengassen versteckt und war nur spärlich auf der Straße zu sehen. Die Zahl der Teilnehmer muß mindestens auf 40000 geschätzt werden, da 20000 Abzeichen verkauft wurden und mehr wie die Hälfte der Mitziehenden keine solchen erhalten konnten. Ofen und die Vororte haben für sich gefeiert.

Nach der imposanten Demonstration begaben sich die Beteiligten, unter welchen sich viele Frauen befanden, in ein vorher bestimmtes Gastgarten-Lokal, wo man sich noch, so gut es die eifrigste windige Witterung gestattete, in gemüthlicher Geselligkeit bis zum Abend aufhielt. Der mächtige Gedanke der Völkereinheit und Solidarität des unterdrückten Proletariats kam hier am 1. Mai zum glänzendsten Ausdruck und die herrschenden Klassen und die derzeitigen Machthaber konnten sich überzeugen, daß Verfolgungen, Gefängnis, Schubwagen, selbst Säbel und Mäntel der ungarländischen Arbeiter nicht vor dem betretenen Pfad, von dem Bestreben nach endgültiger Befreiung aus den gegenwärtigen menschenunwürdigen gesellschaftlichen Zuständen abzubringen vermögen. Mögen sie daraus eine Lehre ziehen.

Das **Maisfest hat in ganz Dänemark** großartige Dimensionen gehabt. Die Zahl der Demonstranten bei den Festzügen muß auf 100000 geschätzt werden. Es ist kaum ein Ort zu finden, in dem nicht Festlichkeiten, Umzüge, Versammlungen stattfanden. In Orten wie Odense, Aarhus, betrug die Beteiligung 7000-10000, aber selbst in den kleinsten Orten wie Hilerød, Korsør zc. waren 200-300 Personen dabei. In vielen Plätzen nahmen auch Landarbeiterverbände der Umgebung an den Demonstrationen teil.

In **Norwegen** fängt die Maisfest-Bewegung auch an sich zu entfalten. In Christiania nahmen 10000 Personen daran teil, in Christiansand 500, in Arendal 200, in Fredriksstad 600, in Stavanger 600, in Drontheim eine Prozession von 400 Personen. Ueber Bergen zc. fehlt noch der Bericht.

In **Schweden** nahmen an den Festzügen in Malmö 7000 Personen, nämlich 46 Vereine mit 53 Bannern, teil. In Helsingborg 33 Vereine mit 3000 Teilnehmern, in Kristianstad 1200, in Lund 3-4000, in Edlof 1200, in Halmstad 1100, Sundbyberg 300, Gefle 5000, Eskilstuna 2000, Säterås 1000, Sjöfjär 500, Sjöby 1000, Malmöberg 1000, Uppsala 7000-8000, Örebro 1770, Zulev 1000, Södertälje 600, Sofors (ein neuer sozialistischer Ort) 400, Kotala 1000 Personen. Dies sind nur die Zahlen der Demonstrationen, an denen viele wegen des schlechten Wetters nicht teilnahmen.

An dem **Stockholmer** Festzuge nahmen 14-15000 Personen teil, obwohl das Wetter denkbar ungünstig war. Am Morgen lag eine hohe Schneeschicht und es schneite den ganzen Tag bei ziemlicher Kälte. Neugierige wagten sich kaum hinaus. Wenn die Demonstrationen so glänzend ausfielen, ist es ein Beweis, daß die Partei in dieser Höhe zuverlässige Anhänger besitzt.

Die **Maisfeier in Italien** verlief, wie uns aus Rom geschrieben wird, überall durchaus würdig und ruhig; die „Vorwärtsmaßregeln“, die die Verhöre in der Hauptstadt des Landes ergriffen hatte, waren unnötig und lächerlich. In jeder Kaserne standen bewaffnete Piquets zum Dreinschlagen bereit, und vor den Thoren der Stadt hielten starke Kavallerie-Regimenter. Aber weder die Piquets noch die Regimenter bekamen etwas zu thun. Die Kooperativgenossenschaften und die Typographen feierten den ganzen Tag, während auf den meisten Bauten gearbeitet wurde. In dem Versammlungslokal der Federazione del Libro sprach der Abg. Prof. Enrico Ferri; die beschäftigungslosen Arbeiter erhielten eine Unterstüzung. In einer anderen Versammlung, in welcher rote Kissen und Festnummern verteilt wurden, sprach Costa unter großem Beifall über die Ideale der Partei. Der Versammlung wohnten auch die in Rom anwesenden Vertreter der Partei an. Eine kleine Festsfeier veranstalteten auch die Republikaner; die Festsrede hielt der Abgeordnete Mazzini. In Mailand wurde in einigen Fabriken nicht gearbeitet. Die Arbeiter benutzten den vom herrlichsten Wetter begünstigten Ausflugs- und Ausflügen. In Brescia waren gleichfalls mehrere Fabriken geschlossen. In Ravenna und in anderen Städten der Romagna hatten die Straßen, nach den Berichten der Blätter, ein sonnigliches Aussehen. In Ancona beteiligten sich 1500 Sozialisten an einem Festmahl. In Livorno, Perugia, Ferrara, Bologna wurde der Tag durch Versammlungen, Ausflüge usw. gefeiert.

Auch in **Portugal** nahm die Maisfeier einen glänzenden Verlauf. In Lissabon waren viele Fabriken geschlossen. Die Arbeiter machten Ausflüge. In Oporto veranstalteten die Sozialisten eine großartige Kundgebung; es fand ein Festzug statt, an welchem sich 62 Vereine mit eben so vielen Fahnen beteiligten. 13 prachtvolle allegorische Wagen eröffneten den Zug und 85 Musikkapellen ließen ihre Weisen ertönen.

Ueber die **Maisfeier in Rußland** wird uns berichtet: Die von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands herausgegebene Monatsschrift der Zeitung „Die Arbeiterklasse“ hat in einer bedeutenden Anzahl von Exemplaren in vielen Städten Rußlands Verbreitung gefunden.

Das St. Petersburg Komitee dieser Partei (der „Verein für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse“) hat 5000 Exemplare eines schon illustrierten Flugblattes verbreitet.

Das Moskauer Komitee der Partei hat auch ein gedrucktes Flugblatt verbreitet, in welchem dieselben Forderungen, wie im Petersburg Flugblatt, aufgestellt worden sind.

Der „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund Rußlands und Polens“ hat die Maisfestnummer der „Arbeiterstimme“ in 4000 Exemplaren und ein Maisfestflugblatt in 6000 Exemplaren herausgegeben. Außerdem haben die lokalen Komitees dieses Bundes noch spezielle Flugblätter herausgegeben: in Wilna in 2000 Exemplaren, in Bielefeld in 800, Warschau 3000, Rinsk 1000, Belostol 2000. In den Städten Polens waren die Flugblätter in jüdischen Jargon und in polnischer Sprache verfaßt, in den Städten des eigentlichen Rußlands im jüdischen Jargon und russisch. Alle diese Flugblätter sind in der geheimen Druckerei des Bundes gedruckt worden. Für Vozh und Dänaburg konnten leider nicht rechtzeitig lokale Flugblätter fertiggestellt werden. Diese Maisfestliteratur hat Verbreitung gefunden in 16 Städten und Flecken Westrußlands, sowie im Gebiete der Wärsenindustrie.

In Warschau sind während des Anschlusses der jüdischen Flugblätter an die Mauern Verhaftungen vorgenommen worden, unter anderen ist dabei eine Arbeiterin verhaftet worden.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

Die **Polizeidirektion in München** verbietet anlässlich des für Sonntag, den 7. Mai, zur nächstjährigen Maisfeier in Holzappelkreuz geplanten Volksfestes jede Art Umzug oder dem ähnliches innerhalb des Münchener Stadtgebietes. Vorzüglich werden diese Verbotsbestimmungen als geltend für dieses Volksfest bezeichnet, gleichviel an welchem Tage des Monats Mai es abgehalten würde. Das wird natürlich dem Feste keinen großen Abbruch thun.

Die **Franfurter Polizei** sollte der Genosse Bernbard in Frankfurt a. M. Vertrauensmann der Gewerkschaft der Zuhilenehmer befehlen, weil er ihr in einer Versammlung vorgeworfen hat, sie lege bei Arbeitern und Unternehmern zweierlei Maß an. Vom Schöffengericht war er dafür zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine und des Staatsanwalts Berufung beschloß das Schöffengericht die Strafkammer mit der Sache und nahm ein umfangreiches Beweisverfahren vor. Die zur Erbringung des Wahrheitsbeweises vernommenen Zeugen machten sehr interessante Auskünfte.

Herr Eiser beklagte, wie in fast allen Versammlungen der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Klagen über laze Handhabung der Sonntagsruhe-Bestimmungen zc. laut wurden. Auch in der fraglichen Versammlung seien derartige Klagen laut geworden, wos B. zu der Bemerkung Veranlassung gab, nicht die Schutzleute für alles verantwortlich zu machen. Darauf habe er den in einer früheren Versammlung erwähnten „Holl Grün“ nochmals berührt und dabei

darauf hingewiesen, wie es mit der Handhabung der Sonntagsruhe-Bestimmungen auf der Post bestellt sei. Einzelne jüdische Geschäfte brachten Sonntags ganze Wagenladungen voll Pakete zur Post, ohne daß die Polizei sie störe. Ein Kaufmann Fränkel habe sich sogar gerühmt, daß die Polizei so nachsichtig sei. Diese letztere Behauptung wurde von dem Zeugen Hoff bestätigt, der einmal Sonntags an der Post Posten gestanden habe, wobei Fränkel zu ihm gekommen und erklärt habe, seine Bemühungen seien fruchtlos, die Polizei gebe doch nichts darauf. Letzterer Zeuge beklagte auch, daß es oft vorkomme, daß 15 bis 20 Firmen Sonntags Pakete per Wagen zur Post schicken, ohne daß die Polizei einschreite. Auf verschiedene Anzeigen bei ihr sei er allen möglichen Mühseligkeiten ausgesetzt gewesen. Einmal habe er eine Anzeige gegen zwanzig Firmen beim Polizeipräsidenten gemacht, darauf sei ihm geantwortet worden, daß er für jede Firma eine besondere Anzeige machen müsse. — Der Fuhrmann Ambr. Röder erzählte den Fall Grün. Er hat früher bei diesem Fuhrunternehmer gearbeitet und es ist öfter vorgekommen, daß während der Sonntagsruhe gearbeitet wurde. Einmal seien Sonntags sechs Pferde beschlagen worden. Ein vorübergehender Fuhrmann habe dies gesehen und auf dem Revier in der Theobaldstraße Anzeige erstattet. Bald darauf sei ein Schutzmann gekommen. Herr Grün habe gerade am Thor gestanden, habe demselben die Hand gedrückt und sei dann mit ihm nach dem Rain zu gegangen. Ob der Schutzmann zur Kontrolle gekommen, konnte der Zeuge nicht genau befehlen. — Väter Högl beklagte, wie bei der Polizei die Durchführung der Bundesrats-Bestimmungen betr. des Maximal-Arbeitstages handhabe. Auch die Sonntagsruhe-Kontrolle lasse zu wünschen übrig. In jeder Versammlung würden Klagen vorgebracht, aber der Polizei falle es gar nicht ein, darauf zu reagieren. Ähnliche Befundungen machte ein Barbier als Zeuge. Herr Wittich beklagte als früherer Wirt, wie die Polizei gegen ihn und andere Wirte vorgehe, die ihre Lokaltäten Arbeitern zu Versammlungen hergeben. Zur Strafe dafür würde die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt und die Tanzmusik-Konzession entzogen, während verurteilte Lokale ruhig bis 12 und 1 Uhr offen halten könnten.

Auf Grund dieser Verweiskaufnahme wurde der Angeklagte freigesprochen.

— **Wegen Beleidigung des Gewerbe-Inspektors Winkler** in Eschwege durch eine Korrespondenz aus Eichwege wurde Genosse Garbe in Kassel von der dortigen Strafkammer zu der exorbitanten Geldstrafe von 300 M. bezw. 60 Tage Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden.

— **Wegen Beleidigung eines Karriers**, des Grafen v. Bassenow-Lehr, wurde der verantwortliche Redakteur der „Medlenburgischen Volkszeitung“ zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte die Arbeiterhältnisse auf dem Gute des Herrn Grafen geschildert und diese Schilderungen sollen nicht wahr sein.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Achtung, Handschuhmacher!** Infolge Lohnunterschieden in der Handschuhfabrik von Dörfen, Berlin, Blumenstraße, legten am Samstag 15 Handschuhmacher die Arbeit einmütig nieder. Zugung ist streng fernzuhalten.

**An die Maurer!** Seit einiger Zeit werden von unseren Kollegen, entgegen den Beschlüssen der öffentlichen Maurerverammlung, Ueberrunden, Accord- und Pfuscharbeit gemacht. Wir bitten, uns die Rauten bekannt zu geben, wo derartige Vorfälle vorkommen und machen darauf aufmerksam, daß am Mittwoch bei Kessler, Köpenstraße, eine öffentliche Versammlung stattfindet, die sich mit diesem Thema beschäftigen wird.

Die Lohnkommission der losolorganisierten Maurer.

**Arbeiter, Parteigenossen!** Im Oktober v. J. gründete sich in Berlin der Verband der Schlächtergehilfen. Die Organisation hat es sich zur Aufgabe gestellt, das Massenbewußtsein auch in jene Kreise zu tragen, wo bisher unsere Ideen nur wenig Anklang fanden. Es wird unsere Aufgabe sein, vor allem der übermäßig langen Arbeitszeit, die die Angehörigen dieses Berufs physisch und wirtschaftlich schwer schädigt, einen Damm entgegenzusetzen. Ebenso werden wir gegen die niedrigen Löhne, die heute 7 bis 10 M. betragen, und die oft schroffe Art der Behandlung von Seiten der Meister den Kampf führen müssen. Der Unterzeichnete bittet deshalb die organisierten Arbeiter Deutschlands, ihm die Adressen solcher Schlächtergehilfen mitzuteilen, die gewillt wären, für die Ausbreitung der Organisation thätig zu sein. Gleichzeitig werden Statuten des Verbandes den Schlächtern übermitteln von Theodor Kestlinke, Berlin, Fürstenstr. 22 11.

Deutsches Reich.

Der **internationale Vergarbeiter-Kongress** ist am 22. bis 26. Mai nach Brüssel einberufen. Auf der Tagesordnung steht: Der achtstündige Arbeitstag, die Haftpflicht der Arbeitgeber, die Lohnfrage, die Ueberproduktion, die Invaliden- und Krankenversicherung, die Grubeninspektion und die Verstaatlichung sämtlicher Bergwerke.

**Ausperrung wegen der Maisfeier.** Nachträglich wurden in Wilhelmshurg auf der Schiffswerft von Röger die Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter waren bereits seit drei Tagen wieder in Beschäftigung, als ihnen der Fabrikant, der sonst als humaner Arbeitgeber bekannt ist, erklärte, er müsse die Arbeiter bis zum 10. Mai aussperrten. Der Grund ist vom Arbeitgeber-Verband ausgegangen, dem Herr Röger gar nicht angehört, von dem aber die Androhung ausging, daß Herr Röger die Lieferung von Material gesperrt würde, wenn er von der Aussperrung Abstand nimmt. Ein Terrorismus, der gewiß an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, über den sich aber bisher die Schurkammer nicht entrüstet haben.

**110 Steinarbeiter der Firma Karl Schilling** sind in Wartzkau bei Bunlau ausgesperrt. Am Donnerstag teilten die Arbeiter dem Geschäftsführer mit, daß das am 1. Mai die Arbeit ruhen werde, wogegen dieser nichts einzuwenden hatte. Wie erfuhr, waren aber die Arbeiter, als sie durch Voten am Sonntag erfuhr, daß wer Montag nicht arbeite, am Dienstag entlassen würde. Dessen ungeachtet feierten die Arbeiter den 1. Mai. Als am Dienstag die Leute die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wies man sie aus den Steinbrüchen. Viele unverheiratete Arbeiter verlangten nun ihre Entlassung, die ihnen aber verweigert wurde. Eine bei dem Ortsvorsteher hiergegen eingelegte Beschwerde blieb erfolglos. Am Mittwoch fand nun eine Versammlung statt, welche den Beschluß faßte, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine Änderung in der Behandlungsweise seitens des Betriebsleiters gegenüber den Arbeitern in Aussicht gestellt wird. Auch verlangen die Steinarbeiter die schon seit drei Wochen schwelende Lohnunterschiede geregelt. Mit diesem Anstand werden sich die auf anderen Werkplätzen und Orten bei derselben Firma beschäftigten Steinarbeiter zu befassen haben. Wer den Dünkel jener industriellen Unternehmer oder deren Stellvertreter auf dem platten Lande kennt, wird die Stellung der Arbeiter begreifen.

Die **Formen** in Lübeck haben bei der Firma Schärffe eine Einigung erzielt. Die Arbeiter erhalten einen halben Tagelohn für den Tag, an dem sie wegen der Maisfeier ausgesperrt wurden und haben nunmehr die Arbeit wieder aufgenommen. Die übrigen drei Fabriken lehnten die Lohnforderungen der Arbeiter ab, worauf die Arbeiter beschloßen, in den Streik einzutreten.

In **Gottesberg** in Sachsen ist nunmehr des Gewerbegerichts in Funktion getreten. Zu Beisitzern wurden aus Arbeiterkreisen zwei Mitglieder des Verbandes der Buchdrucker gewählt.

In **Zwickau** planen die Gewerkschaften die Errichtung eines Arbeitersekretariats. Wegen der Maisfeier sind auch in diesem Jahre einige Vergarbeiter ausgesperrt.

**Streik im Saargebiet.** Die uns ein Privattelegramm meldet, befinden sich in Rosse in 2500 Bergleute im Ausland. Die Ausständigen verlangen Aufhebung der Beschränkung über die Zugehörigkeit zur Organisation, Lohnerhöhung und Verkürzung der Schichtdauer.

Ausland.

Ein **Seemannsstreik in Dänemark.** Der Seemanns-Fachverein hatte sich an die verschiedenen Dampfschiffs-Reedereien gewandt und teils die Änderung einiger Verhältnisse auf den Schiffen, teils eine kleine Lohnerhöhung verlangt. Die kurze Antwort der Reederei lautete: „Nein!“ Darauf beschloß der Fachverein in einer Generalversammlung die Arbeitseinstellung. Es kündigte bereits am vorigen Montag die Befahrung von 6 bis 7 Schiffen; später folgten 5 weitere Schiffe, der Rest legte am Mittwoch die Arbeit nieder. Alle weiteren Schiffe, die einlaufen, stellen ihre Arbeit ein. Mehrere Schiffe sind mit völlig ungenügender Besatzung abgegangen. Andere müssen im Hafen bleiben. Auf den Sundbooten hat man Comptoiristen und Arbeitsinspektoren der Gesellschaft als Matrosen eingestellt, einige fahren nur mit Kapitän und Steuermann. Und die Behörden lassen diese Befahrung von Menschenleben ruhig zu. Auch in Kopenhagen, Aarhus, Odense und Esbjerg sind die Schiffe von den Mannschaften verlassen. Der Streik nimmt mit jedem Tage an Umfang zu. Er umfaßt jetzt etwa 200 Mann (50 allein in der Provinz).

**Zum Streik der belgischen Vergarbeiter** liegen heute nur folgende Nachrichten des offiziellen Telegraphen vor: Im Worinage beträgt die Zahl der Ausständigen heute 10950, etwa 750 weniger als gestern. Im Mittelbeden streiken 8860 Mann, etwa 200 weniger als gestern, und im Westen von Charleroi beträgt die Zahl der Streikenden 20700, also etwa 1000 weniger als gestern. In Charleroi wurden gegen die Häuser zweier Arbeiter, welche dem Ausstände ferngeblieben waren, Dynamitanschläge verübt. Die Häuser wurden erheblich beschädigt. Es werden auch mehrere Angriffe auf Arbeitswillige gemeldet.

**Französische Streiks im März.** Das Arbeitsamt verzeichnete im März 45 Streiks mit 4100 Teilnehmern gegenüber 45 Streiks mit 3589 Teilnehmern im gleichen Monat des Vorjahres. Die durchschnittliche Zahl der März-Streiks in den letzten fünf Jahren beträgt 40. Von den 45 Konflikten haben acht sich mehr als auf einen Betrieb erstreckt. Fast  $\frac{1}{3}$  der Streiks, 14, entfallen auf die Textilindustrie, dann folgen die Metallindustrie mit 7, die Bau-Industrie mit 6, die Kohlengruben und die Buchdruckerei mit je 2 Streiks. Die zwei Kohlengruben-Streiks waren rein lokalen Charakters mit 81 bzw. 280 Teilnehmern.

Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß die jüngste Lohnbewegung in den großen Kohlenbecken des Pas de Calais und des Nord-Departements am 23. April einen friedlichen Abschluß gefunden hat, indem die Arbeiter die Unterhandlungen der Gewerkschaft mit den Kompagnien beendigten, die eine Lohn-erhöhung von 5 Proz. erzielt hatten. Zwar ist die Gewerkschaft hinterher gewahr geworden, daß die Kompagnien bei den Unterhandlungen die Zahlenangaben über Verkaufspreis, Lohnhöhe und Arbeitsleistung gefälscht hatten. Aber trotz des gleichzeitigen belgischen Streiks fühlte sich die Organisation nicht stark genug, um eine größere Lohnerhöhung durchzusetzen. Es wurde daher beschlossen, die ziffernmäßige Grundlage der Unterhandlungen gemäß den amtlichen Dokumenten zu berichtigen und die erlangte fünfprozentige Lohnerhöhung als eine Abschlagszahlung zu betrachten.

Der bessere Geschäftsgang kommt auch in den Ursachen wie im Ausbruch der Streiks zum Ausdruck. Unter 32 Lohnstreiks zählt man 28 Angriffe und nur 4 Abwehrstreiks. Dazu kommen 8 Konflikte um Verkürzung der Arbeitszeit. Die übrigen Fälle betreffen Personalfragen und Betriebs-Ordnung. Ausgang von 35 Streiks, darunter ein vor März begonnener: 5 Erfolge, 18 Ausgleiche und 13 Mißerfolge. Und zwar entfallen auf die Streiks um Lohnerhöhung 4 Erfolge, 14 Ausgleiche und 8 Mißerfolge, auf die Abwehr-Lohnstreiks 2 Ausgleiche.

## Gerichts-Beitrag.

Was ein **Staatsanwalt** ungestraft sagen darf. Gegen den ersten Staatsanwalt Nibel in Kottbus hatte im September 1898 der Parteigenosse Ulrich, damals Gastwirt in Kottbus, die Privatbeleidigungssache angehängt. Es handelte sich um ein Nachspiel des großen Weberstreiks. Sechs jungen Leuten, die einen Arbeitswilligen bedrängt hatten, war im Juni desselben Jahres wegen Landfriedensbruchs der Prozeß gemacht worden. Der erste Staatsanwalt Nibel beantragte bezüglich einiger besonders jugendlichen Angeklagten die Zustimmung widerlicher Umstände. Hierbei soll er nach Ulrichs Angaben gesagt haben: „In dem Hauptquartier bei Ulrich ist den jungen Leuten der Wahn-sinn eingetrichtert worden, durch solche unsinnigen Streiks mehr zu erringen, als die Fabrikanten bewilligen könnten. Dieser mehrfach genannte Ulrich ist ein zerknirschter Heizer und gewissenloser Mensch. In seinem Lokal ist das Hauptquartier gewesen und er hat, sowie auch andere Heizer, sein Schafchen geschoren. Bei ihm ist das Streikgeld ausgezahlt worden und da haben sich die jungen Leute Weisheit geholt und getrunken, und sind so zu unglücklichen Opfern geworden.“ Durch diese Äußerungen fühlte sich Ulrich schwer beleidigt. Der Herr Nibel gab in seiner Antwort zu, daß er von seinen, hinter den Coulissen stehenden Hezern gesprochen und das mehrfach in der Verhandlung genannte Lokal des Ulrich in ähnlicher Weise, wie U. behauptet, näher gekennzeichnet habe. Er hätte jedoch den Privatkläger nicht als einen dieser feigen Heizer und gewissenlosen Menschen bezeichnet. Zu den übrigen Anklagen sei er berechtigt gewesen. Gegen Nibel wurde dann vom Schöffengericht das Hauptverfahren eröffnet, weil er verdächtig wäre, Ulrich beleidigt zu haben, und zwar durch die Äußerungen, daß U. ein gewissenloser Mensch und Heizer sei und während des großen Tuchmacherstreiks sein Schafchen geschoren habe. Bevor es zur Verhandlung kam, erließ jedoch der Oberstaatsanwalt am hiesigen Kammergericht zu Gunsten Nibels den Konflikt, indem er geltend machte, Nibel habe seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Auf Grund einer amtlichen Erklärung des damaligen Schwurgerichts-Vorsitzenden Bischoff nahm der Oberstaatsanwalt Wächter an, daß Ulrich tatsächlich nicht als einer jener feigen Heizer und gewissenlosen Menschen bezeichnet worden sei. Schon vor etwa einem Jahre beschäftigte sich das Ober-Verwaltungsgericht mit der Konfliktsache. Rechtsanwalt Freundthal als Vertreter des Genossen Ulrich bestritt energisch, daß der erste Staatsanwalt Nibel in jener Schwurgerichtsverhandlung das Recht gehabt habe, in der gedachten Weise über Ulrich herzutreten. Ulrich konnte man übrigens am allerwenigsten eine egoistische Ausnutzung des Streiks zum Vorwurf machen, habe doch gerade er öffentlich vor dem Streik gewarnt und in Sitzungen des Streikkomitees dahin zu wirken gesucht, daß der Streik baldigst beendet werde. — Das Ober-Verwaltungsgericht beschloß damals, Beweis darüber zu erheben, ob Nibel gesagt habe, U. sei einer der feigen und gewissenlosen Menschen. Es wurden sechs Zeugen vernommen. Eine bestimmte, das Beweissthema direkt betreffende Aussage machte nur der Redakteur Schmidt, jetzt beim Dresdener „General-Anzeiger“, der über den fraglichen Prozeß für den „Kottbuser Anzeiger“ berichtet hat. Der Zeuge erklärte, zu wissen, daß Nibel den Privatkläger einen feigen Heizer genannt hat. Seine stenographischen Notizen über die Verhandlung besitzt er nicht mehr. Nach einer andern Aussage hat U. vieles, was während des Streiks bei ihm verzeiert wurde, überhaupt nicht bezahlt erhalten. Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes hat sich nunmehr

# Verfassungen.

**10 Versammlungen der Straßenbahn-Angestellten Berlins**, die von ca. 800 Angestellten besucht waren, fanden in der Nacht vom Freitag zum Samstag statt. In allen Versammlungen wurde über die Lage der Straßenbahn-Angestellten unter besonderer Berücksichtigung der §§ 315 und 316 des Strafgesetzbuchs und über die Pensionsfrage der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft gesprochen und zum Eintritt in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter aufgefordert. Folgende Resolution fand in allen Versammlungen einstimmige Annahme:

In Erwägung, daß durch die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Straßenbahnen die Anforderungen an die Arbeitskraft der Angestellten immer größer werden; in weiterer Erwägung, daß auch die persönliche Verantwortung der Angestellten, namentlich der Führer (§ 316 des Str.-G.-B. Gefährdung eines Eisenbahntransports) enorm gestiegen ist; in fernerer Erwägung, daß die bisherige Entlohnung der Angestellten in gar keinem Verhältnis zu den geleisteten Diensten steht und daß die Arbeitszeit eine überaus lange ist; erwarten die Angestellten, daß ihren berechtigten Wünschen auf Erhöhung des monatlichen Gehalts und Verkürzung der täglichen Fahr- resp. Arbeitszeit seitens der Direktion in Zukunft mehr Entgegenkommen als bisher gezeigt wird. Die Angestellten erwarten ferner, daß die Einführung einer Pensionskasse beschleunigt und ihnen bei Einrichtung derselben die berechnete Mitwirkung zugesichert, sowie Gelegenheit gegeben wird, ihre eventuellen Abänderungsanträge stellen zu können. Die Angestellten empfinden es als ein Unrecht, daß ihnen, für die doch diese Einrichtungen geschaffen werden sollen, nicht einmal das Recht der Mitwirkung zugestanden wird. Die Angestellten erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten sich, alleamt der Organisation, dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beizutreten und denselben mit der Vertretung ihrer Interessen zu beauftragen. Sie sind überzeugt, daß nur durch festen Zusammenschluß aller Angestellten in der Organisation etwas erreicht werden kann.

Aus den Besprechungen der Vertreter der Organisation mit den Angestellten ging hervor, daß letztere fast durchweg mit den Zuständen bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft unzufrieden sind. Einzelne von den Angestellten vorgebrachte Vorgänge beweisen, daß überall die Angestellten der Willkür der oberen Beamten preisgegeben und vollständig diesen gegenüber stehen. Der weitaus größte Teil der in den Versammlungen erschienenen Angestellten trotz der Organisation bei und ist zu erwarten, daß auch die übrigen Angestellten dem Beispiele ihrer Kollegen folgen und ihre Aufnahme in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bewirken werden. Das Bureau desselben befindet sich Bischofsstr. 13, I.

## Marktpreise von Berlin am 5. Mai 1899

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen D. Gr.	16,10	Schweinefleisch 1 kg	1,80
Roggen	15,20	Rindfleisch	1,50
Wintergerste	13,80	Dammfleisch	1,00
Hafer gut	15,40	Butter	2,00
mittel	14,80	Eier 60 Stück	3,00
gering	14,20	Kartoffeln 1 kg	2,20
Milchstroh	4,16	Kais	3,-
Senf	6,00	Hander	2,60
Erbsen	40,-	Seide	1,80
Sojabohnen	50,-	Barische	1,80
Winsen	70,-	Schilke	3,50
Kartoffeln, neue	6,-	Biere	1,40
Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	Krebse per Schock	12,-
do. Bauch	1,20		

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Kollernstraße - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.  
 †) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt vom 6. Mai 1899.** Bei kleinen Umsätzen gaben Weizenfrüchte 0,50 M. nach. Hafer hiesig behauptet. Mais gegen gestern unverändert. Rüböl auf Pariser Anregung und regen Konsumbedürfnis. Weßere Zufuhren drückten auf die Tendenz des Spiritusmarktes. Angeboten waren 100 000 Liter 70er Ware, wovon etwa 100 000 Liter vom Spiritusfabrik zur Verfügung gestellt wurden, dieselben fanden nur mit 40,50 M. (-0,20 M.) Käufer. 50er Ware nicht zugeführt. Termine gaben im Anhalt an Locoware 30-40 Pf. nach. Kartoffelabfälle Berlin, 6. Mai. Prima Kartoffelmehl per 100 kg 20,70 M. Prima trockene Kartoffelmehl per 100 Kilogr. 20,70 M. Gewichte Kartoffelmehl per 100 Kilogramm 10,20 M. Städtisches Schlachthausmarkt. Es fanden zum Verkauf: 688 Rinder, 1190 Kälber, 7999 Schafe, 7118 Schweine. Verkauf und Tendenz: Das Rindergeschäft wickelte sich ziemlich glatt ab und hinterläßt keinen Ueberhand. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt. Bei den Schafen war der Geschäftsgang ruhig; es bleibt nur ein kleiner Ueberhand. Der Schweinemarkt verlief ziemlich glatt und wurde gedrückt.

## Vermishtes.

**Baurat v. Beth**, welcher mit dem Baudirektor Gerwig den Plan für die Gotthard-Bahn entworfen hatte, ist gestern in Stuttgart gestorben.

In Witten ist der Arzt Dr. Gerdes beim Ueberfahren des Bahngleises zwischen Witten und Wetter von einer Lokomotive erfasst und getötet worden.

Vom Wetter. In Breslau herrscht andauernd heftiger Regen bei mehrfachen Gewittererscheinungen. — Aus Sprottau wird dem Breslauer Generalanzeiger gemeldet, daß infolge der anhaltenden Regengüsse das Wasser des Bober und der Sprotta bis an die Ufer gestiegen ist. Aus dem Gebirge wird weiteres Steigen des Wassers gemeldet. — Aus Hirschberg wird vom Samstag gemeldet: Seit gestern fortdauernd Regenwetter. Bober und Jaden augetreten. Die Sandoorflut ist zum Teil überhauvent. Es regnet weiter. — In Hain im Riesengebirge ging bei Nordost und 7 Gr. C. in der Nacht zum Samstag reichlich Regen und Schnee nieder. Die Läche

sind teilweise aus den Ufern getreten und führen donnernd Steine zu Thale. — Die aus Döbeln gemeldet wird, befindet sich die Freiburger Mulde im bedenklichen schnellen Steigen. Einige Nebenflüsse treten ebenfalls aus. Die übrigen Gewässer im Erzgebirge sind gleichfalls im Steigen begriffen.

Aus Marienwerder i. Westpr. wird berichtet: Beim Fischen auf dem Sabudowniaer See bei Neuenburg haben vier Fischer den Tod gefunden.

In Biltendorf bei Guben ist eine polnische Arbeiterin an den echten Pocken erkrankt. Es wurden alle sanitätspolizeilichen Maßregeln ergriffen, um die Weiterverbreitung der gefährlichen Krankheit zu verhindern.

In Lody (Polen) kamen bei dem Brande in einer Wohnniederlage am Freitag Abend vier Personen in den Flammen um. Sechs Personen wurden schwer verletzt.

Ein neuer Prozeß zur Gewinnung des Aluminiums, die Erfindung eines Londoner Chemikers, erregt gegenwärtig in England Aufsehen. Das Metall wird, wie berichtet wird, ohne Anwendung von Elektrizität direkt aus gewöhnlichem oder braunem Thon erzeugt und das zu einem Kostenpreise, welcher sich geringer stellen soll als der zur Vereitung des Zinkes.

## Witterungsübersicht vom 6. Mai 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 10° C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 10° C.		
Swinemünde	769 RD			8	8	Haparanda	773 RD			4	heiter	2	
Laußburg	771 RD			4	wolkig	8	Heilsberg	772 RD			1	wolkig	5
Berlin	769 R			4	wolkig	8	Kort	773 RD			4	heiter	11
Bliesbaden	767 R			1	st. Neb.	10	Merseburg	778 O			1	wolkig	8
München	765 RD			6	Regen	9	Paris	770 RD			3	wolkig	7
Wien	757 RD			7	Regen	4							

## Wetter-Prognose für Sonntag, den 7. Mai 1899.

Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frischen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Allerlei Anzeigen.

Besonderer Verhältnisse wegen verkaufe 30 Jahre altes Vorkostgeschäft, große Wohnung, postbillig. Offerten unter N. 1 d. Sowarits. 31026

W. and. Unternehmen für Milchgeschäft, verb. u. Dst. Gesellsch. u. Material, verb. weid. Jcg. Jnhaber 7 J. mit Erl. darin thätig. Badu. u. Bier decken. Röhres Milchgeschäft Marktgrabenstraße 7. 31296

Milchgeschäft wegen Todesfalls sofort zu verkaufen. Adalbertstr. 38.

Restaurant zu verpachten. Berolinerstr. 17. Sargarten. Zuisenauer 17.

Alle Geige verkauft Pätzold, Prinz Eugenstr. 8.

Fischer, hochseil, mit sehr schönem Slang, billig zu verkaufen. Schmidt, Köpenickerstr. 39. 31156

Meyers Berlin, Ren, Brachband perf. billig. Friedel, Barnimstr. 13.

Edle Sänger Kanarienvogel bei Grundbesitz, Kommandantenstr. 52. Auswahl aller Arten Papageien.

Insulierung reell, Matrassen 4, Sofa 5 M. Gräfen, Lindenstr. 24.

## Halbrenner

Tourenmaschine, sehr gut erhalten, 75 M., Oranienstr. 33 II. 16832\*

Halbrenner u. Damenrad, über Modell, allerfeinstes deutsches Fabrikat, hochseil, wunderbar leicht laufend, muß ich hochseilig sein. Garant. n. 10 Mon. Vangestr. 34, I. I.

Fahrrad-Händler, zwei neue Excelsior u. zwei neue Excelsior u. Corlo, Geierstr. 30.

Halbrenner 99er Spottgeld, Bäder, Gr. Franzstr. 108, IV. Kinderwagenräder, Pflanzladerstr. 101.

## Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

In folgenden Rifenfabriken sind wegen der Waise die Kollegen ausgespart:

Franzke & Thurow, Markastr. 50.

Plugrath, Elisabeth-Ufer No. 5/6.

Fuhr, Köpenickerstr. 154.

Die Holzarbeiter werden ersucht, dieses zu beachten. Die Lohnkommission.

Die Schuhflechter-Gesellschaft Berlin,

bestehend nur aus blinden Personen, nicht zu verwechseln mit der sächsischen Blindenschule, Alte Jacobstraße, empfiehlt sich, jede Art von Schuhwerk herzustellen zu den realsten Preisen dauerhaft und sauber anzufertigen. Bestellungen auf Ausführung von Arbeit werden in nachbezeichneten Arbeitsstellen angenommen:

Hette, Androssstr. 52.

Schulze, Pflanzladerstr. 18.

Rieseneck, Kolbergerstr. 11.

Witte, Angermünderstr. 3.

Lübke, Köpenickerstr. 42.

Rüdiger, Weinstr. 25.

Hesse, Waldemarstr. 13.

Schilling, Pflanzladerstr. 23.

Schröder, Köpenickerstr. 20.

Die Arbeit wird auf Wunsch vom Besizer abgeholt u. wieder abgeliefert. Das Genossenschaftsbureau ist Köpenickerstr. 73 bei Herrn C. Witow.

Ein tüchtiger Bader

f. dauernde Beschäftigung geg. hohen Lohn. Goldschmiedestr. 25.

Einem Korbmacher-Gesellen (a. Rohrleuten verl. Folge, Oranienstr. 3.)

Tüchtigen Verführer

31185

Quarbeiterin verlangt Fr. Haugk, Probstr. 63, Aufg. C. II.

Tüchtige Plätterin verl. sofort Danzigerstr. 13. 30755

Sämlchen- und Falten-Näherinnen auf Borsbeile in und außer dem Hause verlangt.

Januschek, Brunnenstr. 83.

Karton-Arbeiterinnen

(auch Guss-Präparat, Raffanienallee 79.)

Mamfeld auf glatte Fadent, Verknüpfung Peter 8 Pf., auch Verknüpfung ungenügend verl. Kleiner, Köpenickerstr. 87.

In seiner letzten Sitzung abermals mit der Angelegenheit beschäftigt. Staatsanwalt Rigel war persönlich erschienen. Er erklärte die Anklage Schmidts für objektiv unrichtig. Der Senat unter dem Vorsitz des Präsidenten Perius folgendes Urteil: Der Konflikt ist begründet, das Verfahren gegen Rigel ist deshalb einzustellen. Mit seinen Äußerungen über das Verbrechen und die Persönlichkeit des Privatklägers, die den Herrn Beschuldigten nach seiner „pflichtmäßigen Ueberzeugung“ zur Begründung einer zureichenden Gefesamtvendung, insbesondere zur Begründung mildernder Umstände erforderlich erschienen, habe derselbe die Grenzen der der Anklagebehörde zustehenden Befugnisse nicht überschritten. Zu diesen Äußerungen gehöre, daß den jungen Leuten im Stabsquartier bei Ulrich der Wahnsinn z. eingetrichtert worden wäre. Wenn dies auch ein in vielerlei zu starken Ausdrücken kundgegebenes Urteil sei, so wäre es doch zulässig. Zulässig sei auch die denselben Gedanken weiter ausspannende Ausführung, daß die jungen Leute bei Ulrich Weisheit geholt und dort getrunken hätten und daß sie so zu unglücklichen Opfern geworden seien. Ueber die Befugnisse der Anklagebehörde gehe ebenso wenig die Bemerkung hinaus, daß der Privatkläger sein Schäfchen geschohen habe. Diese Annahme wäre wohl begründet, da in dem Lokal die Streikkommission tagte und dort die Unterstützungen verteilte. Sie würde auch gestützt durch ein Gutachten des Amtsgerichts, wonach einzig und allein Ulrich von dem Streik einen Vorteil gehabt habe. (Deshalb muß er jetzt auch wieder als Fabrikarbeiter thätig sein! Der Berichtserfasser.) Wenn nun der Herr Beschuldigte den Kläger einen Verräter und gewissenlosen Menschen genannt hätte, dann wäre dies ja wegen des Fehlens einer genügenden tatsächlichen Grundlage hierfür als Unstimmigkeit anzusehen. Inwiefern sei auf Grund der amtlichen Erklärung des Vorsitzenden des Schwurgerichts anzunehmen, daß eine solche, direkt auf Ulrich gemünzte Äußerung nicht gefallen sei. Bezüglich der entgegengesetzten Aussage des Redakteurs Schmidt sei in Erwägung zu ziehen, daß der Schwurgerichts-Vorsitzende nach seiner ganzen Stellung und Ausbildung in viel höherem Grade zu einer zureichenden Auffassung der Ausführungen des Staatsanwalts befähigt gewesen sei.

In Wittenberg wurde gestern ein Beleidigungsprozeß gegen eine Frau Helene v. Freyberg verhandelt. Im Jahre 1896 starb zu Wittenberg bei Wittenberg der Gutbesitzer Burgard von Freyberg mit Hinterlassung eines in Grundstücken und Kapitalien bestehenden Vermögens von 250 000 M. Aus seiner Ehe mit der Angeklagten, Helene geborenen Winkler, sind vier Söhne hervorgegangen. Im Januar 1895 war die Ehe getrennt worden, und zwar wegen beiden Teilen zur Last fallender Vergehungen. Die Beziehungen der Eheleute waren durch gegenseitige Beleidigungen immer feindseliger geworden. Der Mann hatte wiederholt Strafantrag gegen seine Frau gestellt und auch verurteilt, sie in ein Irrenhaus zu bringen. Noch in seinem Testamente sprach er davon, daß seine Frau „ihn verächtliche Male mit dem Tode bedroht habe und daß er sie deshalb aufs Pflaster lege. Das, was sie ihm in die Ehe eingebracht habe, sei durch die Prozeßkosten, welche sie ihm seit langen Jahren verurteilt und welche sie ihm zu erstatten schuldig sei, verbrannt.“ Erst nach der rechtskräftigen Trennung erfolgte eine Ausöhnung der Eheleute. Nach dem Tode v. Freybergs machte die Witwe ihre Erbrechte geltend und trat dabei auch als Klägerin gegen ihre vier Söhne auf. Vornehmlich aber war es ihr darum zu thun, die Vormundschaft des Wittenberger Rechtsanwalts Dr. Gause zu befeitigen, gegen welche sie allerlei Beschuldigungen erhob. Sie drang auf dessen Verhaftung und ging, als ihrem Antrage nicht stattgegeben wurde, mit ihrer Bewerbe an das Justizministerium, und erst in den letzten Tagen hat Frau v. Freyberg gegen Dr. Gause eine Disziplinaranzeige erstattet. Thatsache ist es, daß die Vormundschaft über die von Freybergs Kinder nicht mehr von Dr. Gause, sondern von dem Lehrer Köhler ausgeübt wird.

Die gegen Helene v. Freyberg erhobene Anklage stützt sich darauf, daß sie an Dr. Gause, sowie an dessen Gattin mit Beziehung auf seine Thätigkeit als Vormund in der Zeit vom 3. Februar 1894 bis 4. November 1897 zwölf Briefe beleidigenden Inhalts gerichtet habe.

Die Angeklagte wohnt der Verhandlung in höchster Aufregung bei und wies die Verurteilung, die Sache auf gültigstem Wege beizulegen, entschieden zurück. Kreisphysikus Dr. Hale bezeichnet die Angeklagte als erblich belastet, sie leide an Verfolgungswahn und sei eine Querulantin; ihre freie Willensbestimmung sei jedoch nicht ganz ausgeschlossen. Nach Schluß des Beweisverfahrens erklärt der Staatsanwalt, die Angeklagte habe sich wohl in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden, müsse aber doch in zehn Punkten schuldig erkannt werden. Er beantrage sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautet auf eine Geldstrafe von fünfhundert Mark.

Wegen Beleidigung des Konfistoriums zu Braunschweig hatte sich am Samstag der Pastor Johannes Paulsen aus Kropp in Schleswig vor der Strafkammer Braunschweig zu verantworten. Das Konfistorium fühlte sich gekränkt durch einen Artikel des „Kropper Nisch. Anzeiger“ vom 18. August 1897, der in einem Exemplar auch in Braunschweig gelesen wurde. In dem Artikel war das Disziplinarverfahren gegen den „socialen“ Pastor Schallgerig und das Konfistorium wegen dieser Maßregel angegriffen worden. Das Urteil gegen Paulsen lautete auf 30 M. Geldstrafe.

Als Zeuge war in der gestrigen Verhandlung auch Pastor Schall geladen. Der Zeuge wies darauf hin, daß seine socialpolitische Stellungnahme wohl die Ursache seines Disziplinarverfahrens gewesen sei. In der Anklageschrift werde auf seine socialpolitischen Schriften hingewiesen, ja sogar behauptet, daß er geheimer Socialdemokrat sei. Es sei indes eine ungeheure Verleumdung vom Oberstaatsanwalt, dies zu behaupten. Der Zeuge wurde hier vom Staatsanwalt unterbrochen, der die Verhandlung einer Ordnungsstrafe wegen dieses Ausspruchs forder. Der Vorsitzende erklärt indes diesen Antrag für abgelehnt.

Repertoire.	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonabend	Sonntag
Königl. Opernhaus	Nient der Letzte der Tribunen.	Fledermaus.	Carmen.	Die Fledermaus.	Vohengrin.	Mudarra.	Don Juan.	Cavaller rustic. Bajaggi. Bergheiminisch.
Königl. Schauspiel.	Krone.	Rasban v. Weise (Reha: Fr. Radack).	Krone.	Faust.	Post festum Der verdammsene Prinz.	Legte Liebe.	Das fünfte Rad.	Post festum Der verdammsene Prinz.
Deutsches Theater	Gefährtin. Grüner Kalab. Baracellus.	Die Gefährtin. Grüner Kalab. Baracellus.	Romeo u. Julia.	Hans. Mutterherz.	Gefährtin. Grüner Kalab. Baracellus.	Cyrano von Bergerac.	Die Gefährtin. Der grüne Kalab. Baracell.	Die Gefährtin. Grüner Kalab. Baracell. Am: Biberpelz.
Schiller-Theater	Der Herrgott schmeißt von Ammergan.	Frau vom Meere.	Frau vom Meere.	Zwei glückliche Tage.	Zwei glückliche Tage.	Zwei glückliche Tage.	Frau vom Meere.	Zwei glückliche Tage.
Leipzig-Theater	Helmat.	Im weißen Röhl.	Coprienne. Abtscheldslooper. (Sandrod.)	Im weißen Röhl.	Die Kameraden. (Sandrod.)	Die Kamellen-dame. (Ab. Sandrod.)	Die Kameraden. (Sandrod.)	Die Kameraden. (Sandrod.)
Berliner Theater	Das Erb.	Jaja.	May den Frauen.	Die Hadesfason. v. Scheraneel.	Die Hadesfason. v. Scheraneel.	Die Hadesfason. v. Scheraneel.	Jaja.	Die Hadesfason. Radm.: Erb.
Theater des Wehens	La Traviata. (Brevohl.)	Undine.	Die Jädin.	Uncia v. Vammer-moor. (Brevohl.)	Waffen-schmied. Cavall. rustic.	La Traviata. (Brevohl.)	Waldschuß.	Fidella.
Neues Theater	Liebesheirat.	Liebesheirat.	Hofgunst.	Hofgunst.	Liebesheirat.	Hofgunst.	Hofgunst.	—
Wilhelms-Theater.	Arme Riege.	Graf Oser.	Arme Riege.	Maria Stuart.	Arme Riege.	Arme Riege.	Proletarier. Vogelfrei.	—

Ständiges Repertoire. Residenz-Theater: Einliebter, Schlafwagen-Controleur. — Metropol-Theater: Specialitäten-Vorstellung. — Central-Theater: Die Puppe. — Thalia-Theater: Berlin bleibt Berlin. — Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: Um ein Weid. — Alexanderplatz-Theater: Wer ist der Mörder? — Opern-Theater: Bulgaria. Von Mittwoch: Bom Wege ab. — Belle-Alliance-Theater: Beschulze (Thomas-Vaschiel).

Neues Königl. Operntheater (Kroll). Sonntag, 7. Mai: Das fünfte Rad. — Donnerstag, 11. Mai: Uriei Acosa.

Nachmittags-Vorstellungen. Sonntag, 7. Mai: Deutsches Theater: Kora. — Berliner Theater: Faust, 1. Teil. — Neues Theater: Zantane. — Theater des Wehens: 12 Uhr: Trampus und Gressida (histor. modern. Festspiele). 3/4 Uhr: Freischütz. — Central-Theater: Fledermaus. — Schiller-Theater: Des Meeres und der Liebe Wellen. — Luisen-Theater: Graf Oser. — Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: Rabale und Liebe.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte.

Die Fassung der Art. 1 und 2 des § 3 des Gewerbegerichts-Gesetzes hat in einigen Fällen zu der Annahme geführt, das Gewerbegericht sei für eine Reihe von Ansprüchen nicht zuständig, die häufig Folge des Arbeitsverhältnisses sind. So haben mehrere Urtheile z. B. die Frage verneint, ob das Gewerbegericht für Klagen auf Herausgabe der dem Arbeitgeber bei dem Arbeitsantritt übergebenen früheren Zeugnisse und anderen Papiere, ferner, ob es für Ansprüche auf Schadenersatz, die aus der verzögerten oder verweigerten Ausständigung der Zeugnisse und des Arbeitsbuchs oder aus dem Inhalt derselben hergeleitet werden, ferner, ob es für Ansprüche auf Herausgabe des Krankenassistentenbuchs, des Handwerksbuchs, der Kautions sowie für Entschädigungsansprüche zuständig ist, die sich auf Verweigerung oder Verzögerung der Herausgabe dieser Sachen sowie der Invalidiätsscheine stützen. Diese Verneinungen sind rechtsirrig. Sie gehen von einer zu engen Auffassung der Worte „die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis“ aus. Zum mindesten ist mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 1. Januar 1900 ab unter „Leistungen“ alles das zu verstehen, was nach den Umständen von Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Verkehrssitte (§ 242 B. G.) von dem Arbeitgeber oder von den Arbeitern auf Grund des Arbeitsverhältnisses zu leisten ist. Hierhin gehört aber, wenn aus Anlaß des Arbeitsverhältnisses Papiere, Bücher, Handwerkszeug, Kautions des Arbeiters in die Gewahrsam des Arbeitgebers oder Handwerkszeug, Muster, Briefe u. dgl. des Arbeitgebers in den Besitz des Arbeiters gelangt sind, die Herausgabe dieser Gegenstände. Kommt eine der Parteien dieser Pflicht zur Rückgabe nicht nach, so verletzt sie die durch den Arbeitsvertrag erwachsenen ihr obliegenden Verpflichtungen und berechtigt ihren Vertragsgegner, Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Es handelt sich also bei allen diesen Dingen um Streitigkeiten über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis. Wenn gleich sich erhoffen läßt, daß die Zahl der irrigen, dieser Ansicht entgegenstehenden Entscheidungen vom Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs ab sich verringern wird, so erscheint doch der in den Verichten des Gewerbegerichts Berlin wiederholt (1897 und 1898) gemachte Vorschlag nicht unangebracht, in ähnlicher Weise wie es das österreichische Gesetz vom 27. Juli 1896 thut, im Gesetz ausdrücklich auszusprechen, daß die erwähnten Ansprüche vor das Gewerbegericht gehören. Die Nothwendigkeit, gerade Entscheidungen der erwähnten Art schnell zum Austrag zu bringen, die große Mannigfaltigkeit von Behörden, welche über derartige Ansprüche zu entscheiden haben (Gewerbegerichte, Innungs-Schiedsgerichte, Amts- und Landgerichte), der Mangel einer obersten Instanz in Sachen, die den Arbeitsvertrag betreffen und die zweifellos auf diesem Gebiet herrschende Unsicherheit machen zweifellose Gesetzesvorarbeiten wünschenswert. Aber neue Zweifel würden aufkommen, wenn die Methode der lausitzischen Aufzählung, wie sie im § 3 des Gewerbegerichts-Gesetzes beibehalten würden. Man hat früher geglaubt, durch lausitzische Aufzählung alle Fälle, die möglicherweise unter eine Gesetzesbestimmung fallen sollen, detaillirt bezeichnen zu können. Diese Methode der Gesetzesdreherei ist verfehlt, weil die bunte Mannigfaltigkeit, die das Leben aufweist, sich nicht im Voraus festlegen läßt. Gerade die lausitzische Methode schafft, wie insbesondere das preussische Landrecht zeigt, Lücken oder scheinbare Lücken und Anlaß zu Zweifeln. In den größeren Gesetzgebungswerken der Neuzeit, wie im Handels-Gesetzbuch, im Bürgerlichen Gesetzbuch u. a. hat man mit Recht diese lausitzische Methode der Gesetzesdreherei verlassen und hat sich bemüht, durch Aufstellung einer allgemeinen Regel oder bei Rechtsregeln, die insbesondere für das werthvolle Leben von Bedeutung sind, durch Aufstellung einer allgemeinen Regel unter Ausföhrung einer Anzahl Beispiele Zweifel an der Möglichkeit vorzubeugen. Diese vortheilhaftere Art der Gesetzesdreherei war bei dem Gewerbegerichts-Gesetz, dessen Wortlaut noch auf die verschiedenenartige Gesetzgebung von 26 Vaterländern Rücksicht zu nehmen hatte, schwerer als jetzt nach Schaffung des einheitlichen Bürgerlichen Gesetzbuchs. Gelangt man zu einer Aenderung der Fassung der Art. 1 und 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes, so wäre eine gleichzeitige Ausdehnung der Zuständigkeit des Gewerbegerichts nach zwei Richtungen hin dringend erstrebenswert. § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schreibt vor: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise einem Anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem Anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“ Diese neue Vorschrift bietet, wie im Bericht der Reichstags-Kommission und im Plenum anerkannt ist, eine Handhabe zum Vorgehen gegen Vauschwinder, die keinen direkten Vertrag mit dem Arbeiter geschlossen, sondern eine Mittelsperson eingeschoben haben. Es müßten bei einer Aenderung des § 3 des Gewerbegerichts-Gesetzes auch die aus diesem § 826 zu erhebenden Ansprüche und die Streitigkeiten wegen Ueberlassung, Benutzung oder Räumung von Wohnungen, die vom Arbeitgeber dem Arbeiter entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden, dem Gewerbegericht zugewiesen werden. Demnach dürfte sich an Stelle der jetzigen Nummern 1 und 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes etwa folgende Fassung empfehlen: „Die Gewerbegerichte sind ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes für Streitigkeiten zuständig: 1) wegen der aus dem Arbeitsverhältnis folgenden Verpflichtungen und Entschädigungsansprüche wegen Nichterfüllung derselben oder nicht gehöriger Erfüllung, insbesondere die Ansprüche über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auslösung des Arbeitsverhältnisses, über die Ausständigung oder den Inhalt des Arbeitsbuchs oder Zeugnisse, sowie über die sonstigen Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, über Zahlung einer Konventionalstrafe, über Rückgabe an Anlaß des Arbeitsverhältnisses übergebenen Zeugnisse, Bücher, Legitimationspapiere, Urkunden, Geräthschaften, Kleidungsstücke oder Kautions u. dergl. sowie die Ansprüche auf Entschädigung wegen verweigert oder verzögert Ausständigung dieser Sachen oder wegen Ausstellung inhaltlich unrichtiger Zeugnisse; 2) wegen vorsätzlicher Schadenzufügung in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise, insbesondere durch Aneignung der Arbeitszeugnisse oder durch Verletzung der Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, sowie wegen Ueberlassung, Benutzung oder Räumung von Wohnungen, die vom Arbeitgeber dem Arbeiter entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden, und wegen Zahlung des Miethspreises oder Herstellung von Reparaturen für diese Wohnungen.“

Da das Bürgerliche Gesetzbuch am 1. Januar 1900 in Kraft tritt, wäre eine baldige Aenderung in dem angelegten Sinne angezeigt. Wird die Kompetenz der Gewerbegerichte in dieser Weise erweitert, so tritt dadurch gleichzeitig eine Erweiterung der Kompetenz der Innungs-Schiedsgerichte ein.

\* Bei Unger, Entscheidungen des Gewerbegerichts, S. 231 bis 238 und in den „Blättern für soziale Praxis“, Nr. 63, S. 8, sowie im Gewerbegerichts-Band 2, S. 48, Band 3, S. 63 findet sich eine Reihe Entscheidungen bald in diesem, bald in jenem Sinne. Die Reihe der Entscheidungen, welche die aufgeworfenen Fragen im Gegentheil zu den meisten von Unger aufgeführten Beispielen bejahen, insbesondere der amtsgerichtlichen Entscheidungen, ist in der Literatur über diese Punkte schlecht fortgekommen. Der Kommentar zum Gewerbegerichts-Gesetz von Cuno steht (S. 40) im Wesentlichen auf dem im Text eingenommenen Standpunkt, während die Verwaltungsberichte des Berliner Gewerbegerichts von 1897 und 1898 den oben bekämpften Standpunkt einzunehmen scheinen.

Aus England.

London, den 4. Mai.

Der Kompromiß der Baumwollweber. — Vom Kampf der Stuccateure. — Eine Produktivgenossenschaft von Kaufleuten. — Gewerkschaftsstand des Maurerverbandes. — Ein Reford von Gewerkschaftsbeiträgen.

Die Nachricht, daß es zwischen den Vertretern der organisierten Arbeiter und denen der Unternehmer der Baumwollweber zu einem Kompromiß gekommen sei, wird von der Presse mit einem Seufzer der Erleichterung begleitet. Natürlich ist der Kompromiß noch nicht endgültig, sondern muß von den Mandatgebern in Urabstimmung gutgeheißen werden. Es ist aber ziemlich wahrscheinlich, daß er angenommen werden wird, so bedeutend er hinter der ursprünglichen Forderung der Arbeiter zurückbleibt. Diese belief sich, wie gemeldet, auf 10 Proz. Aufschlag auf die derzeitigen Lohnsätze, nach dem Kompromiß wird dagegen nur ein Aufschlag von 2 1/2 Proz. vom ersten Jahrlage im Juli ab bezahlt werden.

Es ist eigentlich überflüssig, nachträglich darauf einzugehen, was es für Lancashire bedeutet hätte, wenn es zu seiner Einigung, d. h. zum Ausstand gekommen wäre. Es liegt auf der Hand, daß, wenn die Webstühle stillgelegt wären, dies auch Stillsetzung der Spinnereien, Fleischerieien, Färbereien zc. bedeutete hätte. Die Spinnereibesitzer hatten schon beschlossen, im Fall es zum Ausstand käme, nur noch „kurze Zeit“ (bloß an drei oder vier Wochenenden oder nur fünf Stunden am Tag) arbeiten zu lassen, sowohl um die Ueberfüllung des Marktes mit Garn zu verhindern, als auch um die Spinnereiarbeiter außer Stand zu setzen, den Webern nachhaltig mit Unterstützung beizustehen. Die Färbereien, Fleischerieien zc. wären aber natürlich beim Stillstand der Webstühle außer Beschäftigung gesetzt worden. Bedeutet man, daß es sich in Lancashire in der Baumwollweber allein um über 300 000 beschäftigte Personen handelt (allerdings sind nur gegen 40 pCt. der erwachsenen Weber organisiert), so begreift man, was ein allgemeiner Ausstand bedeutete hätte, und daß selbst sehr kühl und fast cynisch urteilende Tagesblätter, wie z. B. die „Pall Mall Gazette“, die höchste Angst ob der entsetzlichen möglichen Folgen des Konflikts äußerten und die Nothwendigkeit einer vermittelnden Instanz oder eines dauernden, beide Teile an gewisse Regeln bindenden Vertrags — wie ihn die Spinner im sog. Woollands-Vertrag haben — dringend betonten. Bei der immer stärker andrängenden internationalen Konkurrenz wäre ein Ausstand ein Englands Stapel-Industrie ein „nationales Unglück“.

Aus dem Ausstand ist vermieden worden, und wer die Verhältnisse in der Baumwollindustrie Lancashires berücksichtigt, wird es weniger bemerkenswert finden, daß die Arbeiter so viel von ihrer ursprünglichen Forderung — 10 Proz. Lohnzuschlag — abgelassen haben, als daß sie überhaupt eine Erhöhung durchsetzen. Bei den Webern liegen die Dinge durchaus anders wie bei den Spinnern, die sich auch mit einer viel geringeren Lohnserhöhung als verlangt begnügten. Die Spinner in der englischen Baumwollindustrie sind eine Art privilegierter Arbeiter, ihre Stellung ist fast die eines Werkführers und ihre Organisation geradezu vollkommen, d. h. es giebt nur sehr wenige Spinner, die ihr nicht angehören. Die Weber aber sind abhängig, zwei Drittel von ihnen sind Frauen und Mädchen, und ihre Organisation umfaßt, wie angegeben, nur 35 bis 40 Proz. der Beschäftigten. Indes das ist doch schon ein recht starker Satz und in den Hauptcentren ist das Verhältnis wesentlich günstiger. Schon dies machte es den Fabrikanten bedenklich, es auf einen Ausstand ankommen zu lassen. Außerdem wissen sie sehr gut, daß die Weber nicht bloß auf die bei so großen Massen so schnell erschöpfte Klasse der Gewerkschaft angewiesen wären, sondern in den verschiedenen Genossenschaften eine nicht zu unterschätzende Deckung haben. Und so hielten sie es für länger, den Arbeitern wenigstens einen Schritt entgegenzukommen, obwohl sie vorher erklärt hatten, unmöglich in eine Lohnserhöhung willigen zu können. Daß im Textilgewerbe Lancashires die Profite im Durchschnitt erheblich niedriger sind als auf dem Festland, ist bekannt, wenn es auch offenbare Uebertreibung ist, daß die zehnprozentige Lohnserhöhung durchgängig Betrieb unter Verlust bedeutet hätte. Weichenhaft ist aber, daß es z. B. den Baumwollmüllern trotz wiederholter Versuche nicht gelingen will, ihre Kommissionsgebühren, die ihnen bei den geminkelten Preisen nur sehr verminderte Einnahmen lassen, auch nur um ein geringes zu erhöhen. Es scheint, daß die von den Webern erzielte Lohnserhöhung, gering wie sie ist, nicht weit hinter dem zurückbleibt, was bei den gegenwärtigen Preisen und der heutigen Organisation der Industrie überhaupt zu erzielen war. Ist dem so, dann ist es sicher kein kleiner Erfolg der Organisation, daß sie es ohne Ausstand durchsetzen konnte.

Mit der „Friedensdreherei“ aus dem Textilgewerbe stehen die Nachrichten aus dem Baugewerbe in ziemlichem Widerspruch. Da sieht es noch sehr kriegerisch aus. Die Stuccateure machen nicht die geringste Miene nachzugeben, und ein Versuch der Bauunternehmer, die Organisationen der anderen Berufe des Gewerbes zu demonstrierender Preisgabe der Sache der Stuccateure zu veranlassen, ist vollständig mißglückt. Vor allem schon deshalb mißglückt, weil es die Meister mit einem seltenen Geschick verstanden haben, eine ursprünglich günstige Sachlage sich selbst zu verderben. Es steht außer Zweifel, daß zu Anfang nicht nur das große Publikum, sondern auch ein erheblicher Teil der Gewerkschaftswelt gegen die Stuccateure Partei nahm. Diese Stimmung kühlte um, als die Meister vom Stuccateurverein verlangten, er solle ihnen Kautions für Einhaltung der stipulierten Friedensbedingungen stellen. Jetzt haben sie die Sache noch verärgert, indem sie von den anderen Bauarbeiter-Organisationen, unter Androhung von Arbeitsperre, bindende Erklärung verlangten, daß sie die Stuccateure nicht unterstützen werden. Damit kommen sie diesen besser als je stehenden Verbänden gerade recht. Kein einziger hat die verlangte Erklärung abgegeben, und so stehen die Meister vor der Alternative, entweder Kleinbeugeben oder eine allgemeine Arbeitsperre zu versuchen. Mit dem ersteren würden sie sich natürlich ziemlich lächerlich machen, und doch wäre es immer noch das Beste, was sie thun könnten. Denn bei der jetzigen Lage des Baugewerbes ist an Durchführung einer allgemeinen Arbeitsperre doch nicht zu denken. Eine große Anzahl von Baufirmen sind gar nicht im Verband, und viele Firmen haben Bauten fertigzustellen, die keinen längeren Aufschub erleiden. Die Bauarbeiter-Gewerkschaften stehen aber finanziell besser als je. Die Gewerkschaft der Zimmerer und Bauhandwerker hatte bei Abschluß des abgelaufenen Jahres 56 684 Mitglieder in 744 Zweigvereinen und ein Bauvermögen von 3 1/2 Millionen Mark. Wenn da vielleicht 10 oder 15 000 Mitglieder ausgespart werden, so kann es lange dauern, bis ihre Mittel erschöpft sind. Und wie sich bei den Stuccateuren zeigt, ist dieser Prozentsatz für die Macht des Meisterverbandes noch sehr hoch gegriffen. Die Gewerkschaft hat kaum den sechsten Teil ihrer Mitglieder auf der Liste der Ausgesparteten.

In London haben die Meister einige Hundert ausländische Arbeiter, meist Italiener, als Streikbrecher importiert. Italienische Sozialisten haben darauf sofort eine Agitation ins Werk gesetzt, die Betroffenen zum Abzug zu bewegen. Auch wenn das nicht überall gelingen sollte, wird durch diesen Import die Sache der Meister kaum verbessert werden. Es ist mehr eine Demonstration oder Herausforderung als ein ernsthaftes Mittel, die Gewerkschaft zum Nachgeben zu bewegen. Aber bei alledem zeigten sie, wie überhaupt die geschickten Vorgänge, wie bitter wenigstens bei einem Teil der Streikenden die Stimmung bereits ist. Der Verband der Bauunternehmer bietet alles mögliche auf, die außerhalb seiner Organisation stehenden Meistervereine des Baugewerbes zum Eintritt zu bewegen.

In Leeds haben die Arbeiter-Konsumgenossenschaften den ausgesparten Stuccateuren die Mittel vorgezweigt, eine genossenschaftliche Werkstatt zu eröffnen. Ob das Unter-

nehmen von Erfolg und Dauer sein wird, bleibt abzuwarten. Das Monatsblatt „Trade Unionist“ meint, erfahrungsgemäß endeten solche Experimente gewöhnlich mit dem Konflikt, der sie ins Leben rief, jetzt aber hinzu, es sei jedoch kein Grund vorhanden, warum das im vorliegenden Falle auch eintreten müsse, und empfiehlt die Gründung einer Produktivgenossenschaft nach dem Teilhaberschafts- (Co-partnership) System — ein System, bei dem die Arbeiter im Verhältnis ihrer Löhne den Gewinn mit dem angelegten Kapital teilen, das selbst wieder aus ihren eigenen Einzahlungen und Anteilen an der Produktivgenossenschaft zusammengelegt ist. Eine nach diesem Princip eingerichtete Bauarbeiter-Produktivgenossenschaft besteht in London seit mehreren Jahren und macht langsam ihren Weg, ohne indeß sonderliche Erfolge zu erzielen. Dem „Trade Unionist“ entnehme ich auch die Mitteilung, daß der große englische Maurerverband sich in Süd-London ein sehr imponantes, massives Gebäude für seine Bureaus errichtet hat. Das Haus steht auf eigenem Boden („Freehold“) der Gewerkschaft und hat, neben einer schönen Fassade, im Innern Dekorationen und Wandtafeln, die zu den schönsten Exemplaren künstlerischer Mauerarbeit gehören.

Was englische Arbeiter genossenschaftlich für Opfer bringen: Die Mitglieder der Gewerkschaft der Dampfmaschinenbauer — eine der kleineren Organisationen im englischen Maschinen-gewerbe — haben im Jahre 1898 nicht weniger als 4 Pfd. Sterl. 10 Schillinge, d. h. 96 M. pro Kopf an die Gewerkschaft eingezahlt. Dabei sind allerdings auch Krankenassistenten eingeschlossen, dennoch dürfte diese Beitragssumme einen „Reford“ bilden. Die Gewerkschaft, die ungefähr 8600 Mitglieder zählt, hatte in den Jahren 1897 und 1898 infolge des Ausschusses nicht weniger als 1 370 000 M. ausbezahlt und war dadurch fast zum Bankrott gebracht worden. Jetzt hat sie schon wieder 700 000 M. in der Kasse, nämlich 34 952 Pfd. Sterl. Wohl kann der „Trade Unionist“ anrufen, daß diese Zahlen einen festen Glanzen an die Gewerkschaftsfrage bezeugen.

Die Abstimmung über das vielbesprochene Projekt einer großen allgemeinen Gewerkschaftskasse hat bis jetzt keine glänzenden Resultate geliefert. Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder verhalten sich absolut gleichgültig zu ihm. Das Projekt war das Kind des Alarms, die Erstling der Gewerkschaften sei bedroht. Wie sich immer mehr zeigt, daß der Alarm blinder Lärm war, (was die erfahrenen Gewerkschaftsführer von vornherein wußten), klappt auch das Interesse an der großen Widerstandskasse zusammen, und wenn sie überhaupt zu Stande kommt, wird sie mit sehr bescheidenen Mitteln anfangen. Dafür sieht es mit den Gewerkschaften selbst um so besser.

Gerichts-Beitrag.

Ein seltsames Abenteuer am Weihnachts-Heiligabend führte gestern den Drechsler Karl L. vor die sessige Strafkammer des Landgerichts I. und zeigt, was einem Menschen in der Verdrunkenheit alles passieren kann. Der Angeklagte hatte am Heiligabend bis nachmittags gearbeitet, hatte dann seinen Lohn und sein Weihnachtsgeld erhalten und glaubte, die häusliche Besorgung nicht besser erledigen zu können, als daß er sich mit einem Bekannten auf eine Bier- und Schnaps-reise begab. Gegen Abend machte er sich auf den Weg nach seiner in der Zwinnmünderstraße belegenen Wohnung und geriet in seiner Trunkenheit auf den Hof des Hauses Ahrensbergstraße 59. Dort schied ihm die Wahnvorstellung gekommen zu sein, daß ein offenes Parterre-Kammerfenster zu seiner eigenen Wohnung führe. Er stieg in das Fenster hinein und befand sich in einer fremden Speisekammer, wo er sich seines Operrodes entledigte und häuslich einrichtete. Die Wohnungsinhaberin, Frau Kriebel, hörte in ihrer Speisekammer ein verdächtiges Geräusch und als sie nach sorgsamem Hinhorchen die Gewissheit erlangt hatte, daß jemand darin sein müsse, eilte sie zu ihrer im Hause wohnenden Schwiegermutter und holte diese zur Hilfe herbei. Inzwischen hatte der Angeklagte ein Streichholz angezündet, einen Bierzapfhahn vorgefunden und war, indem er diesen befestigt an das Herz preßte, aus der Kammer in das Wohnzimmer gedrungen. Dort fanden ihn die zurückkehrenden Frauen vor dem Waffelstehend und den Bierhahn wie eine Siegestrophäe hoch erhoben haltend. Bei dem Auffahren der beiden Frauen kam er einigermassen wieder zu sich, wußte aber auf die energischen Fragen, was er eigentlich wolle, mit lassender Stimme nur die eine Antwort zu geben: „Den Weihnachtsbaum ausputzen!“ Man glaubte natürlich, einen Einbrecher vor sich zu haben und sorgte für dessen polizeiliche Festnahme. Dabei wartete die Frau mit ihren beiden Kindern, deren jüngstes am zweiten Weihnachtstage ge-tauft werden sollte, der Heimkehr des Ernährers, der ihnen die Weihnachtserlezen anzuhängen sollte: das Partien war vergeblich, denn L. war von der Polizeiwache mittels grünen Wagens nach dem Alexanderplatz befördert worden und mußte als vermeintlicher Einbrecher dort den Heiligen Abend zubringen. Es wurde auch das Verfahren wegen Einbruchs gegen ihn eröffnet, doch Schöffengericht hielt es aber für unangeführt, zu welchem Zweck er eigentlich in die fremde Wohnung gedrungen war und verurteilte ihn nur wegen Hausfriedensbruchs zu 14 Tagen Gefängnis. In der Verurteilungsinstanz hielt Rechtsanwalt Dr. Bertihauser eine kleine Vorlesung über die Selbstanklagen, die ein Betrunkener auszuführen im Stande sei, wies durch Zeugen nach, daß der Angeklagte das ganze Abenteuer nur stümper Trunkenheit zu verdanken habe und beantragte die Freisprechung. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrag, indem auch er es für zweifellos hielt, daß hier eine sogenannte „betrunkenen Geschichte“ vorlag.

Intime Geschichten aus der „Lachmühle“ wurden gestern bei verschlossenen Thüren der vierten Strafkammer des Landgerichts I. erzählt. Aus der Haft vorgeführt hatte sich der Kaufmann Karl K. in der Strafkammer wegen wissenschaftlich falscher An-schuldigung zu verantworten. Er war eine Zeit lang Geschäftsführer in der Restauration „Lachmühle“ in der Kommandantenstraße. Wegen heftiger Zwistigkeiten mit dem Eigentümer des Lokals schied er aus dieser Stellung, es kam zu gegenseitigen Demütigungen, und schließlich reichte der Angeklagte eine längere Strafanzeige gegen den Restaurateur Reumann ein, in welcher er diesen beschuldigte, wiederholt die Polizeihunde erheblich über-schritten zu haben und gleichzeitig einige Vorfälle mitteilte, in denen sich die Kellnerinnen gegen Anstand und gute Sitte arg vergangen haben sollen. Der Angeklagte behauptete die Wahrheit aller seiner Behauptungen und es fand unter Anschluß der Öffentlichkeit eine umfangreiche Beweisaufnahme statt. Das Ergebnis war, daß der Angeklagte freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen wurde.

Die Angelegenheit Kleinig. Am 16. März er. wurde im Hause Mohndorfer 46 die Frau des Tischlermeisters Alexander von der Kabinenr. Kleinig mit einem Dolchmesser erschossen. Der mit seiner Frau in Gesehwindigkeit liegende Alexander wohnte mit der Kleinig zusammen. Am 16. März in das Haus Mohndorfer 46 gegangen, es war zu einem Streit zwischen ihr und der Kleinig gekommen und dieser hatte schließlich den traurigen Ausgang genommen. Das Verfahren, welches erst wegen Mordes, dann wegen Totschlages eingeleitet worden war, hat nunmehr eine Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolge gezeitigt. Die Angeklagte, deren Verteidigung Rechtsanwalt Bronker übernommen hat, behauptet nach wie vor, in der Notwehr gehandelt zu haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonntag, den 7. Mai.**  
Freie Volkshöhle. Festung-Theater: 2. Abtheilung (Blau Karten) Der Revisor. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Opernhaus.** Mienst, der letzte der Trabanten. Anf. 7 Uhr.

**Montag:** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.** Die Krone. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Montag:** Nathan der Weise. Deutsches. Die Gefährtin. Der gelbe Kalaba. Paracelsus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Dienstag:** Die Gefährtin. Der gelbe Kalaba. Paracelsus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Gefährtin. Der gelbe Kalaba. Paracelsus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Des Meeres und der Liebe Wellen.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. F. Grillparzer.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Herrgottschützer von Ammergau.**  
Sollschenspiel in 5 Akten von F. v. Schiller.  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Die Frau vom Meere.**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Frau vom Meere.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Zwei glückliche Tage.**  
Schwan in 4 Akten von F. v. Schiller.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Die Frau vom Meere.**

## Offen - Carl Weinig - Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Nur noch 2 Aufführungen.  
**Die Bulgaria.**  
Sensationelles Lustspiel in 3 Akten mit Gesang in 9 Bildern von Hans Buchholz. Uraufführung von F. Dill.  
Aufführung von W. Hall.  
Anfang 8 Uhr.  
Dienstag: Benefiz für d. Jürga d. Schlamm Saal. Mittwoch zum 1. Male: Vom Wege ab. (Nicht Jahre Fruchtland.) Drama in vier Akten von Victor Savary. - Donnerstag (Himmelfahrt) im Garten: Gr. Konzert. Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Seitenskarten für die Sommerferien sind im Bureau und an der Kasse zu haben. - Der Garten ist an Sonntagen noch einige Tage zu vergeben. - Heute nachmittags 4 Uhr bei gütlicher Witterung im Garten: Frei-Konzert. Bei ungünstiger Witterung im Saal: Frei-Konzert. Sonntag zum 10. und letztenmale: Die Bulgaria.

## Thalia-Theater.

Erdbenerstr. 72/73.  
**Berlin bleibt Berlin.**  
Große Gesangsposse in vier Bildern von F. Wenzel und E. v. Hoyer.  
Aufführung von Fritz Krause.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

## Passage-Panoptikum.

Öffnung 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.  
Der unvorwundbare **Fakir Aratas.**  
Das 6-jährige **Wunderkind Marietta.**  
(kann nur im Finstern sehen).  
Son 6 1/2 Uhr: Specialitäten-Vorstellung.

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sängerkorps.**  
(Weibel, Dietz, Britton, Steidl, Krone, Schneider und Schrader.)  
Britton als **Wolken-Schulze** der Stolz von Regiment.  
Anfang heute 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
Nimmerlorter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1.50 Mk., Fremdenloge 2 Mk., Logenplätze 1-11.  
Die Plätze zu den nummerierten Sitzen sind stets 8 Tage lang vorher zu haben.

## Victoria-Branerei

Lühnowstr. 111/112.  
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag  
**Humoristische Serie der Norddeutschen Sängerkorps.**  
(Führmann, Horst, Walde.)  
Anfang: Montag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.

## Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Täglich mit jubelndem Beifall:  
**Das neue Mädchen.**  
Wohle mit Gesang v. O. Richter.  
Neu! Unerwartet, Neu!  
oder: So muß es kommen.  
Wohle mit Gesang v. C. Helmerding.  
Wochentags Entrée frei!  
Sonntags 30 Pf.

## Bereinslokal

mit Pianino, 20 Pers. fassend, zu vergeben.  
20895 **H. Yersin**, Schulstr. 25.

## Louis Kellers Fest-Säle.

Roppenstraße 29.  
Sonntag, den 7. Mai cr., mittags 12 Uhr:  
**Matinee**  
zum Besten der streifenden Arefelder Weber  
arrangiert von den Gesangsvereinen  
**Flöterscher Gesangsverein, Frohe Stunde** und dem Quartett-Verein „Septime“  
unter Leitung ihres Dirigenten des Gesangslehrers Herrn **Wpelt**  
und unter gütiger Mitwirkung der Gesangs- u. Humoristen Herren **Cécar Radtke** und **Wilhelm Vogel** (vom Humoresken-Quartett). Musik des Herrn Kapellmeisters **Rudolf Tich.**  
Kassen-Eröffnung 11 Uhr. Anfang 12 Uhr.  
Program 25 Pf.

## Freie Volksbühne.

Achtung, II. Abteilung! Heute nachm. 9 1/2 Uhr im Lessing-Theater.  
**„Der Revisor“** von Gogol. 229/17  
Die Vorstellungen folgen am 7., 11. (Himmelfahrtstag, Donnerstag), 14., 21., 28. Mai.

Achtung! I. Abteilung! Die 10. Serie der Vorstellungen beginnt am 14. Mai im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:  
Aufgeführt wird:  
**„Einsame Menschen.“** Drama in 5 Akten von Gerhard Hauptmann.  
Die Vorstellungen folgen am 21., 28. Mai, 4., 11., 18. Juni. Laut Statut sind die Beiträge bis Juni zu entrichten.  
Die VI. Abteilung ist geschlossen, einige neue Mitglieder zur IV. und V. Abteilung können sich melden.  
Nachzügler erhalten nur einen Stuhlplatz, soweit Raum vorhanden.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Verband aller in Buchdruckereien u. verw. Berufen beschäftigten Arbeiter etc.

Zahlstelle II Berlin (Buchdruckerei-Gitarbeiter).  
Sonntag, den 7. Mai 1899, in Louis Kellers Festsälen, Roppenstraße 29:  
**9. Stiftungs-Fest**  
unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Sollvarität“ (Buchdruckerei-Gitarbeiter), H. v. H. S. S. Dirigent: R. Lange.  
Antritt des allerbekanntesten Berliner Uk-Trio.

## Verband der Sattler, Tapezierer und verwandten Berufsge nossen, Filiale Berlin.

Sonntag, den 11. Juni 1899:  
**Große Dampfer-Tagespartie**  
nach dem herrlich am Wald und Wasser gelegenen Restaurant „Zur Römerschanze“ in Redlig bei Potsdam.  
Abfahrt früh 7 Uhr von der Weidenbammer Brücke. Preise für Omnibus und Stehplatz 1.50 Mk. u. 1.00 Mk. Kinder unter 10 Jahren frei.  
Büretts in den Vereinigungen sowie bei den Kollegen G. Pfeffer, Zeltowerstr. 48, u. III; W. Tuschke, Langestraße 103, III und A. Jänicke, Falkenbrunnstr. 36, u. II.  
Das Komitee.

## Ostbahn-Park.

(Hermann Imbs.)  
Am Kästriner Platz. Rüdorsdorferstr. 71.  
Sonntag, den 7. Mai cr.:  
**Gr. Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.**  
Anfang 4 Uhr. Entrée 20 Pf. Kinder 10 Pf.  
Kaffeekekse, Kegelbahnen, Volksbelustigungen aller Art. H. Imbs.

## Wilmsdorf Volksgarten Wilmsdorf

Berlinerstr. 40  
**Einweihungs-Feier**  
am Donnerstag, den 11. Mai (Himmelfahrt).  
Jeden Sonntag:  
**Garten-Konzert und Ball**  
im großen Pavillon.  
Stelle den vereinigten Vereinen meine Lokalitäten zur Verfügung (auch Sonntags).

## Achtung!

Hochwichtig für Metallarbeiter, welche sich der Elektrotechnik zuwenden wollen.  
**In 4 Monaten praktische Ausbildung**  
zum Elektromonteur und Installateur ohne Störung des täglichen Berufs.  
**Neuer Kursus am 17. Mai!**  
abends 8-10 Uhr. Preis nur wöchentlich.  
Reisungen bis zum 16. Mai täglich, auch Sonntags, im Bureau der „Elektra“.  
Prinzenstr. 55 (gegenüber der Turnhalle).  
Großpforte 6011. - Telefon Amt IVa 6009.

## Ausscheiden, erst bei Abholung vorzeigen.

Giltig für 3 Mk. bei einer Bestellung über 15 Mk.  
1 Mk. 50 Pf. unter 15 Mk.

## Max Guckel

Zahnkünstler  
Lausitzer Platz 2.  
Wohlbekannt und wohlgeliebt.  
Künstliche Zähne in tollerster Ausführung v. 3 Mk. Plomben von 2 Mk. an.  
Schmerzloses Zahnziehen.  
Katzengattung gefasst.  
Woch 1 Markt. (17250)

## Loh-Tannin-Bäder

Tampf, Seifl, Seef, Wannen u. andere medizinische  
täglich für Damen u. Herren in der Kur u. Heilanstalt Meiersdorf, Berlin N., Alsterstr. 132.  
Neu eröffnet. Große hygienische Saubereit. Bäder für sämtl. Krankheiten. Ein Probebad erhält jeder dieser Annoncen zum Versuch vollständig umsonst  
518 I. Juni 99 nur 1 Probebad gratis. (17320)  
Meier, feld, a. d. Spand. Br. 6.

## Urania

Taubenstraße 48/49.  
Um 8 Uhr: Im Theater:  
**Das Land der Fjorde.**  
Montag: Dasselbe.  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

## Castan's Panoptikum.

Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse.  
Neu umgestaltet und verschönert!  
Romantische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.  
Bereinszimmer zu 40, 80-100 Pers. zu vergeben bei **Sepp Wiedemann**, Grubenstr. 67. (16800\*)

## Treptow (Stat. Baumschulenweg)

H. Speers Restaurant und Festsäle  
Inhaber: **August Ackermann.**  
Empfehle mein Lokal, bis 3000 Personen fassend, Vereinen, Gesellschaften und Schulen. **Grosser Tanzsaal, Kaffeekeche, Ausspannung, 2 K. Kegelbahnen, Billard, Volksbelustigung aller Art, 4 Morgen grosse Spielwiese.**  
Jeden Sonntag: **Konzert und Ball.**  
Am Himmelfahrtstag: **Konzert.**  
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag: **Früh- u. Nachmittags-Konzert und Ball.**  
Anerkannt gute Speisen und Getränke. Civile Preise. - Herrlicher Spaziergang an der Spree entlang bis Baumschulenweg. - Verbindung: Stadtbahn und Gürtelbahn.  
Sonntagnachmittags Omnibus-Verbindung von Station Treptow und Hildebrandt & Person 15 Pf. 28705  
Um zahlreichen Besuch bitten **Aug. Ackermann.**

## Für rationale Toiletzpflege.

**Grollehs Heublen-Seife**  
„Marke Grollehs“, Preis 50 Pf.  
**Grollehs Foenum graecum-Seife**  
(Syst. Kneipp). Preis 50 Pf.  
Die erprobten Mittel zur Erlangung u. Pflege eines reinen weissen und zarten Teints. Wirksam b. Pusteln, Mitessern u. Hautunreinigkeiten. Geeignet zu Waschungen u. Bädern nach den Ideen weil Pfarr-Kneipp's.  
Zu haben in Apoth. und Droguer. oder direkt mindestens 6 Stück (12 St. vers. spezialfrei) aus der Engol-Droguerie v. **Joh. Grollehs, Brünn (Mähren).**  
Berlin: Dr. E. Kuhlmann, Friedrichstr. 134 (auch an gros). - Litzow-Apothek. Litzowplatz. F. Berger, Königstr. 29. R. Sauer, Kaiser Wilhelmstr. 47. Max Schwarze, Holthof, Königstr. 59. Admiral-Apoth. Admiralstr. 31/32. Schwaben-Apoth. Spandauerstr. 77. König Salomo-Apothek. Charlottenstr. 54. Wrangel-Apoth. Wrangelstr. 108. Blumen-Apoth. Blumenstr. 73. Strauss-Apoth. Stralauerstr. 47. Adler-Apoth. Neue Königstr. 50. E. W. Schreder, Dresdenstr. 115. P. Brandes, Dresdenstr. 36/39. Rich. Loose Nachf., Neue Königstr. 19c. Kopp, Josef, Potsdamer-Str. 122c. G. Reiche, Eisenbahnstr. 4. C. R. Prenzler, Rixdorf, Handjerystr. 44/45 u. Hermannstr. 227. L. Horn, Potsdamerstr. 5.

## Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle

für  
**Teppiche, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise- u. Steppdecken, Läuferstoffe, Möbelstoffe u. Plüsch.**  
alles in vorzüglicher Qualität und in modernster Ausführung, und zwar zu meinen allbekanntesten sehr billigen Preisen.

## J. Adler

Teppichhaus,  
Königstr. 20/21  
(dicht am Rathaus).

## Der Tod

ist ohne Gnade über allen Menschen samt deren Erben durch das laotrische Tödtungs-Concentrat **„Daugen-Fluid“** (gel. gelblich) in Flaschen zu 50 Pf., 1, 100, 200, 300 und

## Senfel

hört auf der Stelle alle Schwaben mit sich der ganzen Welt bei der geringsten Verätzung mit **„Vouder Mivial“** (gel. gelblich) in Dosen zu 50 Pf., 1, 100, 200 und das Pfund 2 Mk. 400. Tödtet wie kein zweites Mittel absolut sicher.  
Einsig mögliche Androhung und totale Vernichtung. Garantie für radikalen Erfolg! Wührende Anzeigen bis an den fernsten Rändern.  
Diese allbewährten unübertrefflichen Special-Mittel sind einzig und allein nur direkt zu haben bei

## Otto Reichel

Berlin SO., Eisenbahnstr. 4  
gegenüber der Markthalle.  
Nirgends weiter! Alle Verletzungen sofort frei nach jeder Wohnung.  
Nach anhergeh durch die Post.  
Fernsprecher Amt IV, Nr. 3190

## Kindertwagen.

6, 8, hochsteine 15 Mk., neuw. 10-20 Mk., Kinderbettchen, von 8 Mk., Kinderkrippen, Stühle, Sport- und Puppenwagen, bis Preis nur 1 Mk. 50 Pf., Prinzenstr. 55, Ecke Dresdenstr., Gust. Linke.

## Loh-Tannin-Bäder

Tampf, Seifl, Seef, Wannen u. andere medizinische  
täglich für Damen u. Herren in der Kur u. Heilanstalt Meiersdorf, Berlin N., Alsterstr. 132.  
Neu eröffnet. Große hygienische Saubereit. Bäder für sämtl. Krankheiten. Ein Probebad erhält jeder dieser Annoncen zum Versuch vollständig umsonst  
518 I. Juni 99 nur 1 Probebad gratis. (17320)  
Meier, feld, a. d. Spand. Br. 6.

## umsonst

518 I. Juni 99 nur 1 Probebad gratis. (17320)  
Meier, feld, a. d. Spand. Br. 6.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr,  
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (Mehner Saal):  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Die Erweiterung der Organisation des Wahlvereins. 2. Diskussion.  
3. Geschäfts- und Kassenbericht.  
4. Neuwahl des Gesamtvorstandes.  
5. Was bietet die Treptower Sternwarte Ihren Besuchern?  
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
236/4] Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten)  
Dienstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr,  
im Lokale „Königsbau“, Gr. Frankfurterstr. 117:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über Verfassung Broschüre.  
2. Verschiedenes. [242/15] Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Rube (Sprecherhallen), Kirchstraße 27:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über:  
Die Klassenverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft. 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes. Gäfte haben Zutritt.  
246/20] Der Vorstand.

**Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 7. Mai cr., nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festhallen,  
Benthstraße 19/20:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: Vortrag über Kesselfeuerung mit musikalischer  
Lufteinführung; Verschiedenes; Fragekasten. 138/9] Der Vorstand.

**Möbelpolierer!**  
Morgen, Montagabend 8 1/2 Uhr, bei Nümann, Brunnenstraße 188:  
**Oeffentliche Versammlung**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kesselfeuerungs-Kommission. 2. Die Aufsperrung der Kollegen.  
3. Bericht des Delegierten vom Kongress zu Braunschweig. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
146/5] Der Vertrauensmann: A. Niese.

**Verein deutscher Schuhmacher.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
**Zwei Versammlungen**  
am Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

1. Bezirksversammlung für den Westen, Friedrichstädtische  
Schuharbeiter, bei Cohn, Benthstr. 20/21. Vortrag.  
2. Branchensammlung aller in der Filzschuh-Industrie be-  
schäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei Nümann  
(früher Grün del), Brunnenstr. 188.  
Tages-Ordnung: Fortsetzung der Diskussion: Die gegenwärtigen  
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Filzschuh-Industrie. 169/13  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.  
NB. Der Besuch der Treptower Sternwarte findet Sonntag, den 4. Juni  
statt. Billets sind im Bureau, Dragonerstr. 15, zu haben.

**Achtung!** **Achtung!**  
**Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken**  
**und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands.**  
(Zentrale Berlin I.)  
Am Montag, den 8. Mai cr., abends 8 Uhr, im Lokal  
des Herrn Wilke, Andreasstr. 26:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Die Aufsperrung wegen der Kesselfeuer. 2. Diskussion. 3. Ge-  
schäftliches. [82/11] Der Vorstand.

**Produktiv- u. Einkaufs-Genossenschaft f. Radfahrer.**  
Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr,  
**Monats-Versammlung**  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:  
31265] Der Vorstand.

**Achtung!** **Achtung!**  
**Haus- und Geschäftsdienner, Bader und Baderinnen, Antscher**  
**aller Branchen, Expeditions-, Speicherei- u. Verkehrsarbeiter.**  
Dienstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Gr. öffentliche Versammlung**  
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:  
1. Ist die Revolle zur Generalkonferenz, welche dem Reichstag jetzt  
zugänglich, geeignet, unsere übermäßig lange Arbeitszeit zu verkürzen?  
Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Emil Rosenow. 2. Diskussion.  
Kollegen! Zu Einberufung der wichtigen Tagesordnung ist Euer aller  
Erscheinen notwendig; gilt es doch zuerst einzulegen gegen diesen Weg-  
schneid, der unsern Arbeitgebern nach wie vor gestattet, uns täglich vier-  
zehn Stunden ausbeuten zu können. Erscheint deshalb alle Mann und  
bringt indifferenten Kollegen mit.  
76/9] Der Vertrauensmann: A. Uthoss.

**Centralverband der Töpfer Deutschlands**  
(Zentrale Berlin.)  
Am Mittwoch, den 10. Mai, abends 6 Uhr, im Lokal  
des Herrn Buske, Grenadierstr. 33:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Ad. Hoffmann über: „Wozumit wir stolz  
sind.“ 2. Kassenbericht vom 1. Quartal. 3. Geschäftliches. 186/4  
Für Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand.

**Samariter Kurzus**  
für Arbeiter und Arbeiterinnen.  
**Anfang des Sommerkurses**  
am Montag, den 8. Mai, abends 9 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstraße 20.  
Vortrag des Herrn Dr. Bischofswerder über: Zweck und  
Ziele des Kurzus und Anatomie, Physiologie, Bau und Lebens-  
fähigkeit des menschlichen Körpers. 165/10  
Jedermann ist willkommen. Um die Geschäftsführung zu vereinfachen,  
hat auf Wunsch der General-Versammlung der erste Vorsitzende die Leitung  
der Samariter-Kolonne übernommen. Vorträge sind von jetzt an an den  
ersten Vorsitzenden E. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 40,  
zu richten. Der Vorstand.

**Achtung! Volksversammlung Achtung!**  
am Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im „Prater“, Kasanien-Allee 7.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen  
über: Die Lex Heinze — ein Feigenblatt für Unmuth? 2. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht  
Die Vertrauensperson.  
1/15

**Stuccateure.**  
Montag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“,  
Kommandantenstraße 20:  
**Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung: Stand der Bewegung. 173/9  
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Die Lokalkommission.

**Maler, Anstreicher**  
und verwandte Berufsgenossen.  
Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Hensel, Invalidenstr. 1.

**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: Socialgesetzgebung — Gewerkschaftsbewegung und Zuchtanstalt. 2. Diskussion. 126/4  
3. Die Lohnkämpfe unserer Kollegen in der Provinz. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vertrauensmann.

**Metallarbeiter!**  
**Oeffentliche Versammlung**  
am Mittwoch, den 10. Mai, abds. 8 Uhr, im Friedrichstädt. Kasino, Friedrichstr. 236.  
Tages-Ordnung:  
1. Was will die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft? 2. Diskussion. — Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.  
Für Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt. Der Einberufer.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Montag, den 8. Mai, abends 8 1/4 Uhr:  
**Bezirks-Versammlungen.**

Süden und Südosten: „Märkischer Hof“,  
Admiralstr. 18c.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Wagner über: „Die ärztlichen Ehren-  
gerichte und die frankten Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegen-  
heiten.  
Nichtmitglieder und Frauen haben freien Zutritt.

**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:**  
bei Wernau, Schwedterstr. 23.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Lankow über: „Der Kampf gegen die  
Koalition der Arbeiter und das Zuchtanstalt-Gesetz im Lichte der Thatsachen.“  
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Es ist Pflicht jedes Kollegen, ob organisiert oder nicht, zu erscheinen.  
Nach Frauen haben Zutritt.

**Wedding und Gesundbrunnen:**  
im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht).  
2. Diskussion.

**Westen und Südwesten:** bei Zühlke,  
Drenowischstraße 13.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Reichsanwalt Victor Fränkl über: „Das  
Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.“ 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Ver-  
schiedenes.  
Gäfte haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Am Dienstag, den 9. Mai 1899, abends 8 Uhr:  
**Osten und Nordosten:** Straußbergerstr. 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Th. Völkler über: „Wissen und Moral.“  
2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Frauen und Nichtmitglieder haben Zutritt; letztere können sich auf-  
nehmen lassen. — Die Versammlung wird präzis 8 1/2 Uhr eröffnet.  
Kollegen! Ggf. für recht regen Besuch! 80/17

**Branche Parkettbodenleger!**  
Am Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal  
des Herrn Zubeil, Lindenstr. 106:  
**Sitzung der Werkstattkontrollkommission**  
mit Vertrauensleuten.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

**Achtung! Kistenmacher. Achtung!**  
Montag, den 8. Mai, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Die Aufsperrung der Kollegen von den Firmen Fuhg,  
Frantzke & Thurow und Pfugrath.  
NB. Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht, daß ein jeder  
Kollege erscheint. 64/16  
Der Vertrauensmann: Franz Spilner, Gilsdammstr. 43.

**Verein für Frauen und Mädchen**  
der Arbeiterklasse. 65/6  
Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstraße 20:  
**Vortrag von Dr. Conrad Schmidt**  
über:  
**Einige Fragen der Nationalökonomie.**  
Gäfte willkommen. Der Vorstand.

**Tapezierer.**  
Mittwoch, den 10. Mai 1899, abends 9 Uhr,  
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Kombinierte Versammlung**  
beider Filialen. 177/11  
Tages-Ordnung:  
1. Erleuchtung der in der letzten kombinierten Versammlung zurück-  
gebliebenen Anträge. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Verschiedenes.

Allen Kollegen, Freunden und  
Bekanntem die traurige Nach-  
richt, daß unser Kollege  
**Fritz König**  
nach kurzem Leiden am Freitag  
früh 1/8 Uhr verstorben ist.  
Wir werden ihm stets ein  
ehrenvolles Andenken bewahren!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, nachmittags 10 Uhr,  
auf dem Gnadens-Kirchhof, Bar-  
fussstraße, statt.  
Die Setzer  
der „National-Ztg.“

Hierdurch die traurige Mitteilung,  
daß mein lieber Mann, unser guter  
Vater, Groß- und Schwiegervater, der  
Restaurateur  
31166  
**Ferdinand Oehlschlager**  
heute früh 1/2 Uhr im 61. Lebens-  
jahre plötzlich verstorben ist.  
Im Namen der Hinterbliebenen:  
Frau Emilie Oehlschlager,  
geb. Taubenheim,  
S.W., Wilhelmstraße 20.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr, von  
der Leichengasse des Dreifaltigkeits-  
Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

**Neu-Weissensee.**  
Allen Verwandten, Freunden und  
Bekanntem die schmerzliche Nachricht,  
daß mein lieber Mann und unser  
guter, treuhingender Vater, der Re-  
staurateur  
31176  
**Julius Kürschner**  
nach langem, schweren Leiden am Mitt-  
woch, den 3. Mai, morgens 1/2 5 Uhr,  
sanft entschlafen ist. Die Beerdigung  
findet am Sonntag, den 7. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,  
Köllnische Höhe, aus nach dem Neu-  
Weissensee Friedhof statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Ww. Auguste Kürschner,  
geb. Wagner, nebst Kindern.

**Dankagung.**  
Für die reichen Kranzpenden bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes,  
des Drehers **Emil Meier**, spreche  
ich allen, insbesondere dem Wahlverein  
im 4. Reichstags-Wahlkreis Südost,  
dem Vorterritorial „Ohne Hoffnung“,  
sowie den Kollegen der Elektricitäts-  
Werke (Köpenick) meinen herzlichsten  
Dank aus. Ww. Meier. [31205  
Bessere Stellung — höherer Gehalt  
erlangen Sie durch [16792\*  
Brieflichen Unterricht in  
**Buchführung**  
Schön schreiben, Handschrift,  
Rechtschreiben, Stenographie,  
Englisch, Französisch,  
oder durch mündlichen Unterricht einige  
Kranz in die Hände.  
Prospecte und Probebrief gratis.  
C. Janes, Dortmund.  
Größtes Handelslehr- Institut.  
Vom 15. Mai ab praktiziere  
ich wieder in [84/11\*  
**Bad Reinerz.**  
**Dr. Stern.**

**Bildhauer!**  
Am Himmelfahrtstag  
**Herren-Partie mit Musik**  
der Handpelle nach Schneide  
(Rest. Geeling) und u. a. m. Rahm-  
dorfer Mühle (Rest. Rogall).  
Treffpunkt früh 6 1/2 Uhr am Schief-  
bahnhof, Abfahrt 7 11 Uhr nach  
Friedrichshagen. Das Komitee.

**Innungs-Krankenkasse**  
der  
**Drechsler-Innung.**  
Am Mittwoch, den 10. d. M., wird  
Herr Dr. Holz die Freundlichkeit  
haben, unseren Mitgliedern einen  
Vortrag über „Unsere Berufs-  
verhältnisse und deren Bedeutung für  
die Kasse“ zu halten, wozu sämtliche  
Mitglieder eingeladen werden. Der  
Vortrag findet im „Englischen Garten“,  
Alexanderstr. 27c, abends 8 Uhr statt.  
30965] Der Vorstand.

**Central-Kranken- u. Sterbe-**  
**kasse der Tischler etc.**  
(Verwaltung Berlin E.)  
Montag, 8. Mai, abends 8 Uhr,  
bei Bergmann, Papestr. 3:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal  
1899. 2. Innere Kassen-Angelegen-  
heiten.  
Sprechstunde findet an diesem Abend  
nicht statt. Mitgliedsbuch legitimiert.  
30888] Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
Am Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 Uhr, in Cohns  
Festhallen, Benthstrasse No. 20:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Referenten über die künftige Revision des Agita-  
tions- und Unterstützungsfonds. 2. Bericht über die Aufsperrungen vom  
1. Mai. 3. Berichterstattung vom Kongress zu Braunschweig. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht der Kameraden, in dieser Versammlung ganz bestimmt  
und pünktlich zu erscheinen.  
Die Vertrauensleute. J. A.: Theodor Fischer.

**Rechtsbureau**  
des langj. Bureauchefs Jacoby,  
Gr. Frankfurterstr. 85. Rat u. An-  
spruch in allen Angelegenheiten. Abends  
bis 9 Uhr, auch Sonntagvorm. geöffnet.

**General-Fund-Bureau**  
Charlottenstr. 93.  
Nachweis und Ermittlung.  
Eigener achtjähriger  
Kassen-Anschluß.  
Jedermann erhält Rat  
u. Hilfe im Rechtsbureau Langestr. 72  
Ede Kappelerstr. Teleph. VII, 2629.

**Kinderwagen**  
und Kinderwagen  
und Kinderwagen  
Billigste Preise  
da kein Laden-  
gehalt.  
A. v. Langheim  
Oranienstr. 64, Pf

**Nordhäuser**, echt v. Witt-  
Uhlen, von  
60 Pf. aufwärts per Liter, Kom von  
1 Pf. an. Adamezyk & Co.,  
Wohnung, Michaelstr. 28  
(fr. Georg Vorhoff Nachf., Prinzen-  
straße 63). [84/1\*

**Vermietungen.**  
Wohnungen.  
Helle Werkstatt od. Lagerraum.  
Erdbesch., ca. 60 qm, mit Gas,  
Wasserleitung, eig. Hof, sof. od. später  
Michaelstr. 25.  
Kauf. Michaelstr. 27, I links.

**Zimmer.**  
1898. Zimmer, sof. 15 R. Schmidt,  
Kamenstr. 38, v. 1 Tr. r. 31145  
1898. Zimmer Benthstr. 44a II.

**Schlafstellen.**  
Schlafst., allein, auf Wunsch Kopf  
bei Blen, Brandenburgstr. 22.  
Schlafst., sep., perm. Sch. Kamms-  
straße 36, 5. 1 Tr. Zu erst Sonntag.  
In der Woche nach 6 Uhr abends.  
Wallerstr. 21/22, Übergab. bei Gerth,  
möbl. Schlafst. f. 5. 30875  
Freundl. Schlafstelle für Herren.  
Wasserhospiz 63, 4 Tr. links, Hiltner.



En gros  
Export  
En detail

Fabrikation und moderne Maass-Anfertigung  
guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

24a, Chausseestr. 24a      11, Brücken-Strasse 11      16, Gr. Frankfurterstr. 16  
zw. Invalidenstr. u. Friedrich Wilhelmstadt. Theater.      Ecke Runge-Strasse, am Bahnhof Jannowitz-Brücke.      zwischen Fruchtstr. und Bürger-Hospital.

Cheviot-Anzug f. Herren	10 Mk.	Frühjahrs-Paletots	10 Mk.	Werktags-Hosen	8.—, 6.—, 5.—, 4.—, 2,75 Mk.
Bukskin-Anzug	15 Mk.	Geraer Kammgarn-Paletots	21 Mk.	Schwarze Hosen	12.—, 10.—, 8.—, 6.—, 3,75 Mk.
Geraer Kammgarn-Anzug	25 Mk.	Havelocks	7,50 Mk.	Radfahrer-Hosen	7.—, 6.—, 5.—, 4.—, 3 Mk.
Hosen nach Maass	von 7 Mk. an	Sport-Gummi-Mäntel	19,50 Mk.	Knaben-Anzüge, Schul-Anzüge,	entzückende Auswahl, billige Preise.
Anzüge nach Maass	von 24 Mk. an	Haus-Joppen	90 Pf.		
Paletots nach Maass	von 24 Mk. an	Loden-Joppen	3 Mk.		

### Radfahrer-Anzüge

Hervorragende Leistungsfähigkeit, vielseitige Auswahl in Stoffen und Façons **7 Mk. 50**  
25,— 20,— 15,— 10,—

Sammet-Mützen für Radfahrer 40 Pf.      Radfahrer-Strümpfe 1,25 Mt.  
Weisse Capitain-Mützen 90 Pf.      Gummi-Pelerinen für Radfahrer 5 Mk.

Baar-Verkauf zu streng festen, sehr billigen, in Zahlen gezeichneten Preisen.

Die 13te Preis-Liste 1899 (Auflage 1 Million) wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

**Eine Million!**  
Wanzen ohne Gnade mit samt der Brut sofort und gründlich beseitigt mein Wanzenstüb in Pl. 50 Pf. und 1 Mt. Spritzapparat 50 Pf.  
Schwaben mit samt der Brut schnell und für immer beseitigt mein Schwabenstüb, 50 Pf. und 1 Mt. per Dose. Radikaler Erfolg garantiert nur direkt beim Schinder Georg Pohl, Droguerie Berlin, Brunnenstr. 157.  
Möbel auf Teilzahlung. J. Kellermann, Prinzenstr. 97, Parterre.

Möbel, einzeln wie in ganzen Wohnungen-Einrichtungen, solid und billigt. Gebrauchte u. veraltete gewasene Möbel zu besonders niedrigen Preisen jetzt 72/20\*  
Cranienburgerstr. 91 im Laden.  
Kinderwagen von den einfachsten bis zum feinsten.  
Puppenwagen, Sportwagen, Rollstühle u. Leiterwagen, Kindermöbel.  
Korbwarenfabrik E. Kuntke, 1543L\* Berlin C., Wallstraße 21/22.

Specialität für Bruchkranke empfiehlt Bruchbänder, Leibbinden aller Art, Geradhalter.  
Gummi-Strümpfe, Gummi-Binden etc. Unterlagen für Kinder und Wägen. Apparate zur Krankenpflege. Auch Krankenbetten.  
A. Reiche, Zehdenstr. 15. Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Großer Möbelverkauf  
Cranienstraße 73. an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2), in welchem vier Etagen hohen Gebäudes, großes Möbel-Specialgeschäft für feine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang, mein solides Lager vor dem Einkauf zu besichtigen. Bestellen Sie mein Wunderbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der teuren Bodenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Fertige Wohnzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung unter den besten Bedingungen. Besuchen ohne Anzahlung. Eigene Tapetier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Braut-Möbelstück als Zugabe. Kleiderständer 18, Waschtische, Küchenspiegel 18, Kommode 15, Spiegel 7, Kleiderbügelständer 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18 Mt., Nachbaum u. Mahagoni furnierte Kleiderständer, Vertikal 32 Mt., Kleiderbügelständer mit Sprungfederboden 40, elegante Säulentraverse 45 Mt., Salonarmatur 60, 75 und 105 Mt., Vornehmstes mit Seidenschirmen 75, Verrenschreibisch 45, reichgeschmücktes Buffet 100 Mt. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Reelle 3jährige schriftliche Garantie für gutes Gerg.  
Silberne Herren-Uhren v. 9 Mk. bis 30 Mk. Gold. Damen-Uhren v. 15 N. bis 300.  
Herren-Remont. Repetir-Uhr. 14kar. Gold m. 1/2 und 1/4 Schlag. Sprungdeckel von 160 Mk. an. Specialität in Opal- und Türkis-Schmuck.  
!Höchste Leistung!  
Ringe echtem Brillanten, 14kar. Goldfassung Mk. 10.—, Artikel 8. Gold. Silber- u. Uhruhr. Gold. Ringe von Mk. 2 an. Gold. Broches v. Mk. 6 an. Trauringe, 2 Duk. 21 Mk. Bruchgold und Silber werden zu Courpreisen gekauft und in Zahlung genommen. Versand nur gegen vorher. Einsend. des Betrag's oder Nachnahme. Auf Wunsch für Berlin Auswahl frei ins Haus.  
Lagerhaus höchst lehnend, kein Kaufzwang. Jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich selber, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Solidität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch schmeichele Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Massstab für den Werth desselben abgeben kann. Unser Fabrikatempel ist B. & C. mit Kopf.

Frage, wie oft an eine gestrichelt wird. Wieso annoncieren Sie mich bei dem bedeutenden Umfange und der gewaltigen Auswahl Ihres Geschäftes?  
Antwort: Wie kann jemand wissen, dass wir etwas Gutes zu verkaufen haben, wenn wir es ihm nicht sagen!  
Besichtigen Sie daher, wenn Sie gut und billig Goldwaaren und Uhren kaufen wollen, unsere permanente Muster-Ausstellung mit Original-Preisnotirung (in jedes Stück deutlich sichtbar in Zahlen ausgedrückt) vor dem Hause Königstr. 22-24. Goldwaaren-Industrie Belmonte & Co.  
elektrischer Kraftbetrieb. Großhandel. Export. Versand sämtl. Artikel 8. Gold. Silber- u. Uhruhr. Einzelverkauf nur Hofpart. Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Herren-Fussbekleidung in schwarz, braun, gelb u. grün, in allen Größen und Weiten.  
WRL 4,80, 5,20, 6,30, 7,80 :c.  
WRL 5,50, 6,75, 7,35, 8,25 :c.  
WRL 7,65, 8,75 :c.  
WRL 4,50, 5,25, 6,10 :c.  
Große Auswahl in Comptoir- und Reiseschuhen.

**Schuhwaren-Haus S. Seibiger**  
Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstr.  
Diese Ausnahme-Preise nur für Sonntag, den 7. Mai, bis Sonnabend, den 13. Mai.  
Diesen billigen Einkauf sollte niemand vorbeigehen lassen.

Damen Fussbekleidung in schwarz, gelb, braun u. grün, in allen Größen und Weiten.  
WRL 4,25, 4,90, 5,50, 6,15 :c.  
WRL 5,25, 5,85, 6,45, 7,35 :c.  
WRL 5,15, 5,45, 6,15, 7,90 :c.  
WRL 3,20, 3,75, 4,50, 4,85, 5,10 :c.  
Große Auswahl in Kinderschuhen und Stiefeln zu äußerst billigen Preisen.

Beiten, Gardinen, Steppdecken, Vorhänger, Waffeldecken, Teppiche, Bettvorleger, Tischdecken, Paletots, Anzüge, Hosen, Remont-Albizen, Regulatoren, Operngl. spottig. Pfandl. Reanderstr. 6.  
Möbel  
Kleiderständer, einfach, v. 20 N. an, furnirt v. 30, Büchereiständer v. 30, Schlafsofa v. 30, Wohnzimmersofa v. 25, Panzersofa v. 60, Büchereiständer v. 100, Bettstellen in Federboden v. 30, Ruberbetten mit Decke v. 33, Warmortofletten v. 25, Kommoden, Ausziehtische von 15, Sophas, Rückenstühle von 15, Kleiderbügel v. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbilligste Vollständige Einrichtungen, besonders preiswert, transportiert. — 1501L\*  
Möbel auf Teilzahlung unter Garantie, unter folgenden Bedingungen. Schier, Möbelst. Fabrik, Neanderstrasse 13.

Reinhold Werner, Schneider-Gr. Frankfurterstr. 70, Laden. Kleine Andreasstr. 12, I. Elegante Anzüge und Paletots nach Maß von 30 N. an bis zu den feinsten. Für eleganten Sitz und elegante Ausföhrung bürgt meine seit 16 Jahren bestehende Firma. Grosses Tuchlager. Teleph. VII. 4678 u. 23. Frocks und Gesellschaftsanzüge werden vertrieben. 1701L\* Filiale: Friedrichshagen, Friedrich-Strasse 105. Telephon: 28.

Möbel und Polsterwaaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 1678L\* Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

**J. Brünn,**  
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4  
Nach beendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände meiner  
Teppiche! Gardinen!  
Steppdecken! Portieren!  
fertige Wäsche!  
zu sehr billigen Preisen zum 1411L\*

Der Verband deutscher Buchdrucker

Hat vor kurzem den Jahresbericht des Hauptvorstandes herausgegeben. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer bemerkt hierzu, daß die Organisation in den drei letzten Jahren auf Erfolge zurückblicken kann, wie sie in früheren Jahren für den gleichen Zeitraum noch niemals beschieden waren, obwohl noch zu seiner Zeit die Verhältnisse für die Organisation auch nur im entferntesten so schwierige und eigenartige waren, als dies in den letzten Jahren der Fall ist.

Table with 4 columns: Year, Total Income, Total Expenses, Balance. Rows for 1896, 1897, 1898.

Die hauptsächlichsten Ausgaben sind folgende: Reise-Unterstützung, Arbeitslohn nach § 2, Kranke, Invalide.

Inßerdem sind noch aufzuführen 19 197,50 M. Sterbegelder (1896: 18 430,80 M., 1897: 16 765,02 M.). An sächlichen und persönlichen Kosten der Haupt- und Lokalverwaltung im Verbandsgebiete, an solchen des Tarif-Ausschusses (Tagungslosten und Beiträge), an Beiträgen für das Internationale Buchdruckersekretariat und an die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, Unterstützung an andere Gewerkschaften usw. wurden im Berichtsjahre 76 235,64 M. ausgegeben (1896: 41 516,61 M., 1897: 42 285,60 M.).

Die Zentral-Invalidenkasse in Liquidation unterstützte im ersten Quartal 219, im vierten 200 Invaliden mit zusammen 76 812 M., außerdem zahlte dieselbe noch 1800,85 M. Begräbnisgeld für verstorbene Invaliden und 4457,93 M. für die Verwaltung. Das Saldo betrug am 31. März 1899 noch 769 365,16 M.

Das Verbandsvermögen hat sich seit 1896 in der Hauptkassa um 802 681,61 M. vermehrt und beträgt mit dem Vermögen der Zentral-Invalidenkasse i. Z. 2 876 188,06 M. Hinzuzurechnen ist noch das Vermögen der Gau- und Bezirkskassen, so daß etwa 3 200 000 Mark dem Verbands zur Verfügung stehen, für die er allerdings auch weitgehende und dauernde Unterstützungsansprüche zu garantieren hat.

Die Mitgliederzahl betrug im I. Quartal 1896: 20 949, im IV. Quartal 1898: 26 377. Die Zahl der steuernden Mitglieder hat somit in den letzten drei Jahren um 5428, seit dem 1. Januar 1899, um rund 10 000 zugenommen. Die Zahl der Druckorte, in welchen Verbandsmitglieder beschäftigt wurden, betrug 1896: 865, 1897: 899, 1898: 900.

Im Anschluß an den Bericht des Hauptvorstandes hat die Redaktion des Korrespondent eine Statistik über die wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer vom Jahre 1895 veröffentlicht, die allerdings, wie angeführt wird, infolge des unzulänglichen Materials unvollkommen ist und durchaus kein erschöpfendes Bild über die gesamten Kämpfe der Buchdrucker gibt. Gemittelt wurden insgesamt im verfloffenen Jahre 130 Konflikte, die in 89 Fällen aggressiven, in 41 Fällen defensiven Charakters waren. Thatsächlich ist die Zahl der vorgekommenen Differenzen weit höher, weil in der Statistik nur diejenigen berücksichtigt wurden, über die genügende Angaben vorhanden waren. Von den aggressiven, zwecks Einführung oder Innehaltung des Tarifs unternommenen Konflikten, endeten 24 mit vollem Erfolge der Gehilfen, 4 mit teilweisem, 22 gingen verloren und in 39 Fällen blieb der Ausgang fraglich. Von den 41 Abwehrkonflikten endeten 9 für die Gehilfen erfolgreich, 8 teilweise günstig, 16 gingen verloren und bei 13 fraglich. Hauptsächlich waren tarifliche Verschlechterungen (19mal) und die Verbandszugehörigkeit (13mal) die Ursachen der Abwehrkämpfe. Die Beteiligung ist in 56 Fällen mit 465 Mann nachweisbar, in 74 Fällen konnte die Zahl der Beteiligten nicht festgestellt werden.

Gewerkschaftliches.

Für die Weber in Krefeld gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- List of names and amounts: A. G. O. Krefeld, Carl 21,55, Buchdrucker Alfred Unger 4,00, Personal der Buchdrucker D. S. Hermann 12, Rate 41,75, Professore Wagner u. Dämmel, J. Rate 7,25, Diercks b. Keller 3,80, Bobbit, Land- u. Hilfsarbeiter, Charlottenburg, d. Vohl 15,-, Schneidermeister, Dorstenerstraße, d. St. 5,65, Statius Grand-Schwartz 5,-, Maschinenmeister b. D. S. Hermann 10,60, Buchdrucker Krebs, 13. Rate 4,50, Kaufmann Kempfle 3,10, Ueberbuch von Maschinenbau des Statius, Kaufmann, Berlin N. 10,-, Wadewannensabrik von Schlegel, Statiusstraße 10 6,55, Centralisierter Weberarbeiter (Weißgerber, Vogler, Lederfärberei) 50,-, Buchdrucker E. Schumacher, Friedrichstr. 131d, 3. Rate 8,-, Deutsche Wagenbauer, Wollstr. d. Nr. 30,-, Kaufmann Walbesgrün, Mittel b. Arbeiter-Vereinsverband 10,-, 1. Schuhmacher (ursprünglich für Entlohnung) 1,-, Mitglieder der Union-Druckerei, 5. Rate 7,35, Buchdrucker und Komptabilist von God u. Friedländer, 10. Rate 3,55, Ueberbuch vom Franz der Kollfabrik Vennig u. Jandt, Kollfabrikstr. 9 12,55, Ortsverein der Berliner Buchdrucker und verwandter Berufsangehörigen (Gewerkschaft) 15,-, Berliner Rosenpost 7,90, Schuhfabrik Carl Jacobi, 13. Rate 6,45, Gemittelt durch Christoff 4,15; durch Vohl 7,75; durch Schumacher 7,75; d. Kollfabrik und Frau Rosler 21,-; d. Heilmann 11,95; d. Richter 3,75, Buchdrucker Vah u. Garle 7,05, S. d. Holzarbeitern in Quirin a. d. Rege am 1. Mai d. Sekret 13,45, Zellerkammerung der Bauarbeiter Berlin am 1. Mai 1899 bei Riem 26,15, Statius Revolution 5,-, Verammlung der Kaufmänner in Regal, darunter 3 M. von einem dem es gefaßt hat 8,55, Gabelständer 1,50, Töpfer bei einer Regalpartie in Friedenau-Wilmersdorf, Restaurant Lehmann 2,60, Knopfabrik Rönne, Wollstr. 17/18, 7. Rate 9,-, Alter Parteigenosse, Buchholzerstraße 2,-, Ueberbuch von den Tausen-Berolung und freiwillige Sammlung, Laubenverein „Stein“ 12,-, Für verloren gegangenen Beitrag 4,-, Verein Berliner Buchdruck- u. Maschinenmeister, Fachschulturnus, Straßberg durch B. 3,-, Personal der Berliner Schriftsetzereien und Metallgießereien, durch Reine 204,-, Central-Verband der Maurer, Fachschule Schmargendorf 5,-, Gemittelt durch Götting 7,50, d. Nied 11,50, d. Borch 8,90, d. Börner 12,20, d. Kollweck 11,50, Vom ansehnlichen Reife und Distriktsrat, Stadtheier 175, 10,65, Vilen 729 Gelder 26,06, 778 Venger 10,-, 702 Vgl 7,21, 725 Wärtter Spin u. Sohn 11,-, Vilen 124, 125, 128, 133, 166, 173, 174, 182, 183, 187 durch P. Kollweck, 6. Wollstr. 112,75 (darunter Schulmeister von Krause, Weidenbergweg 3, 14,45, Schraubenfabrik Brandenburg 80, 5,30, Kollweck der Union, Martinstraße, 24,15) Vilen 253, 254, 263, 265, 272, 273, 284, 288, 291, 294 durch Vohl, 6. Wollstr. 125,85 (darunter Union, Elektrisches Gesellschaft, 23,00), Vile 731 E. Woll 9,-, Vilen 1401, 1404, 1405 durch Burgbogen, Schuhmacher, 14,30, Vile 709 Greiter u. Comp., Rindstr. 9,25, Metallarbeiter Berlin, durch Richter Vilen 906, 912, 913, 914, 915, 918, 919, 920, 922, 1691, 1006, 1013, 1071, 1121 = 166,26, Metallarbeiter Berlin d. Richter 1027, 961,

958, 954, 953, 952, 951, 950, 949, 947, 946, 945, 1007, 1008, 1011, 996, 1015, 1016, 1017, 1018 = 241,70. Vile 724 Englische Gasfabrik, Gasmeser-Abteilung 24,45, Vilen d. Hannidel (6. Wollstr.) 203, 204, 207, 208, 215, 219, 220, 230, 237, 238, 239, 241, 245, 246, 248, 1262, 1868, 1874 = 172,90 (darunter Richter u. Wollmann, Canal 35 8,80, Pianomechaniker Richter 15,76 u. 12,80), Vile 738 Gering 6,80, 734 3,95, 747 Buchdrucker J. Garmay Wollstr. 7,95, 714 Christoff 8,40, 1201 Arbeiter der Firma G. A. Laves 11,00, Vilen d. Sange (6. Wollstr.) 751, 753, 754, 756, 757 = 56,45 (darunter Arb. d. Firma G. A. Laves 16,65), 710 verunglückter Metallarbeiter 2,-, Vilen d. R. Telleite 4. Wollstr. Olen 441, 449, 528, 629, 537, 539, 540, 568, 569, 570, 573, 428, 437, 122,50 (darunter Bau Schöneberg, Rosgarbe Seite 25 3,85, bei Widlung 1,00, Richter Richter u. Schmidt 6,65), Vilen d. G. Ernst 6. Wollstr. D. u. W. 26, 36, 38, 39, 57, 60, 66, 68, 79, 81, 84, 1200-211,40 (darunter Arbeiter von Volzani 34,60 und 31,45).

In der Nummer des „Vorwärts“ vom 26. April muß es heißen: Stat.-fabrik E. Regal, Königsbergerstr. 32, 7,25. Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rudolf Willarg, Annenstr. 16, I, entgegen. Gedruckt wochentags 9-11 Uhr vormittags und 6-8 Uhr abends.

Unternehmer-Verbände.

Verordnung rheinisch-westfälischer Schweißereiverke. Nach der „N.-W. Ztg.“ wurde in der jüngst abgehaltenen Versammlung von Vertretern der Schweißereiverke beschloffen, von jetzt ab den Mindestverkaufspreis für Stabeisen (Schweißstabeisen) auf 175 M. pro Tonne zu halten. In der am 3. März in Düsseldorf stattgehabten Zusammenkunft der Interessenten war der Mindestverkaufspreis auf 155 M. pro Tonne festgesetzt. Der jetzige Mindestverkaufspreis bedeutet also eine Erhöhung von 20 M. pro Tonne.

Das Westfälische Coalkohlfabrikat hat im Monat März d. J. 72 455 Tonnen Coals oder 14,10 Prozent mehr produziert als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Gesamt-Coalsabtrag der Zechen und Kokerereien im ersten Vierteljahr 1899 betrug sich auf 1 708 724 Tonnen gegen 1 534 127 Tonnen im ersten Vierteljahr 1898 und gegen 1 728 522 Tonnen im letzten Vierteljahr 1898. Gegen das erste Vierteljahr 1898 ergibt sich demnach ein Mehr von 174 597 Tonnen = 11,88 Proz., während sich gleichzeitig gegen das letzte Vierteljahr 1898 ein Minderungsverband von 19 778 Tonnen gleich 1,14 Proz. ergibt. Dieser Minderungsverband ist auf die Zahl der Arbeitstage sowie Ausbesserungen an den Coalköfen zurückzuführen. Die Kokerereien sind fortgesetzt bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt; dem dringenden Bedarf kann anhaltend nicht genügt werden.

Verkaufsgesellschaft Hannoverischer Ziegeleien. In Hannover ist eine Gesellschaft gebildet worden, die unter der Firma: „Verkaufsgesellschaft Hannoverischer Ziegeleien“ eine gemeinsame Verkaufsstelle begründet hat.

Versammlungen.

Der Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 24. April seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst den Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung über das letzte Halbjahr. Der Samariter-Kursus hatte eine Einnahme von 209,25 M. und eine Ausgabe von 173,27 M. Die Samariter-Kolonnen verfügte über eine Einnahme von 211,60 M. und eine Ausgabe von 18,50 M. Das Gesamtvermögen beträgt 575,03 M. Nach einem Antrage des Schriftführers wird beschloffen, daß der neue Vorstand aus die Leitung der Kolonne übernimmt. Es wird hierauf zur Neuwahl des Vorstandes geschritten; das Resultat ist folgendes: Stein, erster Vorsitzender; Meyer, zweiter Vorsitzender; Dietrich, erster Kassierer; Domke, zweiter Kassierer; Bretschneider, 1. Schriftführer; Pritsch, zweiter Schriftführer; Frau Klotz, Bibliothekarin. Hierzu treten noch die 4 Gruppenführer der Kolonne O. v. Radloff, Klapper und Hellmuth. Da der erste Vorsitzende E. Stein auch zu gleicher Zeit die Leitung der Samariterkolonne übernommen hat, so sind sämtliche Anfragen und Aufträge für die Kolonne nur an diesen zu richten. Derselbe wohnt Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 40. Der Beginn des Sommerkurses findet am 8. Mai in den Kaminhallen und am 15. Mai bei Reumann, Brunnenstr. 150, statt.

Die Korbmacher vollzogen in ihrer Branchenversammlung am 24. April die Wahl der Vertikations-Kontrollkommission, um dann über Vertikationsangelegenheiten zu diskutieren. Ein Redner wünschte, daß zur nächsten Sitzung die Arbeiter der Vertikation der Dambaumöbelbranche eingeladen werden.

Der Verband der in Buchbindereien beschäftigten Personen hielt am 25. April eine Generalversammlung ab. Voreist ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Mitglieder Klahn und Lapinsky in üblicher Weise. Der Vorsitzende giebt den Geschäftsbericht, nach welchem 10 Sitzungen der Ortsverwaltung, eine kombinierte Sitzung mit dem Gauvorstand und eine kurze Besprechung der Ortsverwaltung stattfanden. Im Anschluß hieran wird über die Zahl der Branchenversammlungen und Differenzen in einigen Vertikationen der Bericht gegeben. Die Einnahmen und Ausgaben für die Centralkasse schließen im I. Quartal mit 7116,65 M. ab. An die Verbandskasse wurden 4892,80 M. gefaßt. Die Lokalkasse wies eine Einnahme von 4072,37 M. und eine Ausgabe von 1687,24 M. auf. Im Arbeitsnachweis meldeten sich 416 männliche und 298 weibliche Personen. Vakante Stellen waren 250 für männliche und 306 für weibliche Personen vorhanden. Besetzt wurden die Stellen von 180 männlichen und 161 weiblichen Personen. Die Bibliothek verzeichnet eine Einnahme von 84,20 M. und eine Ausgabe von 51,10 M. Sodann wurde beschloffen, die von der Ortsverwaltung vorge schlagenen Räume im Gewerkschaftshaus am 1. April 1900 zu mieten. Die Hilfskassierer erhalten künftig eine vierteljährliche Entschädigung von 3 M. Zum Vertrauensmann der Buchbinder wurde G. H. O. S. gewählt.

Die Tapezierer (Filiale Berlin - Süd) nahmen in ihrer letzten Mitgliederversammlung den Vierteljahrsbericht entgegen. Danach fanden zwei kombinierte, sieben Vereinsversammlungen mit Vorträgen, sowie zwei Vereinsvergängen und ein gemeinschaftlicher Besuch der Sternwarte in Reptow statt. Der Kassenericht wies eine Einnahme mit allem Bestand von 980,80 M. auf und eine Ausgabe von 496,80 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt 340.

Die Filiale VII des Vereins aller in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, die Vieh- und Schlachthof-Arbeiter, hielten am 2. Mai ihre regelmäßige Versammlung ab, um zunächst die Wahl des Vorstandes zu vollziehen. Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: die Mißstände auf dem städtischen Viehhof, entwickelte sich eine lebhaft Debatt. Zunächst wurde das Verbot der Verwaltung, welches den Arbeitern unterlag sich hier von außerhalb des Viehhofes herein bringen zu lassen, abfällig besprochen. Hervorgehoben wurde, daß die Zeit zu kurz ist, um während der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause hinauszuweichen. Das Braumwasser sei nicht trinkbar und das Fleischvieh von der Viehhofes-Refektorien besaß vielen Mist. Ferner wurde es gerügt, daß sich die Verwaltung immer noch nicht gemüßigt gesehen hat, irgend welche Vorkehrungen zum Schutze der Arbeiter bei der Desinfektion zu treffen. Fast bei jeder größeren Desinfektion passiert es, daß den Arbeitern die Haut an Händen und Füßen zerkratzt wird und auch die Kleidung stark in Mitleidenhaft gezogen wird. Die Arbeiter können es nicht begreifen, daß die Verwaltung, welche nur einen Tagelohn von 2,25 M. bis 2,50 M. ihren Arbeitern zahlt und einen Ueberfluß von über 800 000 M. im vergangenen Jahre erzielte, nicht in der Lage sein sollte, für ausreichende Schutzvorrichtungen zu sorgen. Sodann

wurde über das Accordsystem gesprochen, um dessen Verfeinerung die Arbeiter wiederholt vorstellig geworden sind. Bemerkte wurde, daß die Verwaltung bei Ausführung der Arbeiten im Tagelohn mehr Lohn zahlen möchte. Aber die Verwaltung sollte sich an dieser Ersparnis an Arbeitslohn durch das Accordsystem genügen lassen und nicht die Arbeiter, wenn sie fast die ganze Nacht anstrengend an ihrem Accord gearbeitet haben, und nun im Laufe des Tages mit ihrer Arbeit fertig werden, noch zu anderen Arbeiten an Stundenlohn kommandieren. Arbeitslose, welche gern bereit sind Geld zu verdienen, giebt es genug, wenn die Verwaltung keine Hilfsleute bekommt, so liegt es nur daran, daß der Lohn, welcher gezahlt wird, in keinem Verhältnis zu der anstrengenden Arbeit steht. Zum Beweise hierfür wurde angeführt, daß bei der Heulieferung, welche der Lieferant bis in die Bodenlufe befördern lassen muß, die Arbeiter des Lieferanten bedeutend besser entlohnt werden als die Arbeiter, welche von der Verwaltung angestellt werden, das Heu auf den Boden zu bringen. Dabei muß diese Arbeit in der drückend heißen Bodenluft ausgeführt werden. Die Arbeiter erhalten hierfür einen Tagelohn von 2,75 M. Da ist es denn nur zu erklärlich, wenn die von der Verwaltung angenommenen Leute oft schon nach ein paar Stunden die Arbeit niederlegen, aber unbedingt ist es nicht zu billigen, wenn die schon durch überaus anstrengende Accordarbeit erschöpften Viehhofs-Arbeiter nach Fertigstellung dieser, nur um Arbeitslohn zu sparen, gezwungen werden, oben genannte Arbeiten auszuführen. Die Verammelten nahmen deshalb eine Resolution an, in welcher Herr Direktor Hausburg um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebeten wird, ferner eine in der Versammlung gewählte Deputation zu empfangen, welche die geängsten Mißstände mündlich dem Herrn Direktor vortragen soll.

Der Arbeitervertreter-Verein besprach in seiner Sitzung am 2. Mai mehrere Bescheide des Reichs-Versicherungsamts. In einem Falle hatte das Amt aus Oldenburg als untere Verwaltungsbehörde bei der Versicherungsanstalt zur Rückerstattung der Beiträge, welche für eine Witwe, die nicht als versicherungspflichtig erachtet war, angetragen. Da aber bei der Rückzahlung der Beiträge das Porto in Abzug gebracht wurde, so erob das Amt Besäuerde. Diese wurde aber vom Reichs-Versicherungsamt zurückgewiesen mit der Begründung, es fehle an einem Rechtsgrund, die Anstalt in diesem Falle mit den nötigen Auslagen zu belasten. Die Anstalt habe die Versicherung der Betreffenden nicht veranlaßt; deshalb treffe den Vorstand auch keine Schuld an der zu Unrecht erfolgten Markenverwendung. In einem andern Falle hatte ein Arbeitgeber das Markenleben veräußert und wurde bei dem Rentenanspruch der bei ihm beschäftigten Person vom Schiedsgericht als Zeuge zugezogen. Derselbe verweigerte aber auf Grund des § 849 Ziff. 1 der Civil-Prozess-Ordnung sein Zeugnis, da ihm die Aussage einen vermögensrechtlichen Schaden verursachen könnte. Dies wurde aber vom Reichs-Versicherungsamt verneint, denn die Folge könnte nur die sein, daß er zur Erfüllung einer thatsächlich schon längst bestehenden rechtlichen Verpflichtung angehalten würde, und könnte ihm die Verweigerung des Zeugnisses unter Umständen eine Verzeigerung verschaffen. In einer dritten Sache hatte ein Schiedsgerichtsbeisitzer einen Rentennehmer, welcher wiederholt seine Rechte geltend machen wollte, bei der üblichen Rechtsbeilegung unter anderem auch gewarnt, bei wiederholter Abweisung demselben die Kosten des Verfahrens aufzuliegen. Das Reichs-Versicherungsamt hat dieses als rechtlich unzulässig erkannt, da den Beteiligten nur solche Kosten auferlegt werden können, welche durch unbegründete Verweisanträge veranlaßt werden. Alle anderen Kosten der Klageabweisung haben die Versicherungsanstalten zu tragen. In dem letzten Bescheid hatte eine Versicherungsanstalt bei einem während des Heilverfahrens verstorbenen Versicherten die Vererdigungslosten bezahlt. Dieses bedinge aber auf weitere Fälle keine Verpflichtung, auch könne hieraus nicht der Schluß gezogen werden, daß dies stattfinden müsse, denn die Anstalten hätten wohl das Recht aber nicht die Pflicht, das Heilverfahren zu übernehmen, ebenso verhalte es sich auch mit den Kosten der während des Heilverfahrens verstorbenen betrefß der Vererdigung. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag des Vorstandes, den am 24. d. M. stattfindenden Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose durch den Verein zu beschicken, diskutiert. Sämtliche Redner, u. a. auch Dr. Friedberg, welcher zugleich die Tagesordnung des Kongresses bekannt gab, traten lebhaft dafür ein, und wurde beschloffen, daß der Vorstand zwei Karten löse und dieselben zweckmäßig verwenden solle. Auch wurde bestimmt, daß die betreffenden Delegierten während der ganzen Dauer des Kongresses auf Vereinskosten dort antwefend sein sollen.

Die Holz- und Bretterträger waren am Freitag zahlreich versammelt, um den von Kanahl erstatteten Bericht über die Lohnbewegung entgegenzunehmen. Wie schon früher mitgeteilt, hatte die Lohnkommission der Holz- und Bretterträger einen neuen Tarif ausgearbeitet, in dem u. a. ein Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde und zehnstündige Arbeitszeit von den Unternehmern gefordert wurde. Dieser neue, im April an die Unternehmer abgehandelte Tarif mit durchweg höheren Lohnsätzen für Lohn- und Accordarbeit sollte mit dem 1. Mai cr. in Kraft treten. Vorher einer Anzahl von Holzhändlern, welche anstandslos bewilligten, haben mehr als die Hälfte der Unternehmer, die Forderungen abgelehnt. Es entspann sich eine längere Besprechung über diese Verantwortung bezw. Ablehnung, in deren Verlauf mehrere Redner verlangten, daß sofort gestreikt werde. Kanahl, H. i. n. e und andere saßen sich infolge dessen deklamirten, von einem sofortigen Streik abzuraten, um zu geeigneter Zeit in einigen Wochen den Lohnkampf führen zu können. Ein dementsprechender Antrag wurde einstimmig angenommen. Die nächste Vereinsversammlung der Bretterträger findet am Donnerstag, den 14. Mai, statt.

Charlottenburg. Hier tagte am 30. April eine Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, in der Frä. K. I. M. a. n. u. über die Frau in der Gewerkschaftsbewegung sprach. Dem Vortrag folgte eine Besprechung der Arbeitsverhältnisse bei der Firma Gebauer. Es wurde gegenüber einer Berichtigung, die in bürgerlichen Blättern erschien, festgestellt, daß die Angaben des Verbandes über Lohn-differenzen bei genannter Firma zutreffend sind. Thatsächlich erfolgte eine Arbeitseinstellung, an der 30 Personen beteiligt sind. Den Anwesenden wurde dringend der Anschluß an die Organisation empfohlen.

Socialdemokratischer Gattungsverein für Straßund-Franzberg-Rügen. Heute, vormittags 10 Uhr, bei Wörschel, Jägerstraße 35/36; Sitzung. Tagesordnung: Diskussion über die Vereendungstheorie. Gäste willkommen.

Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins. Sitzung am Dienstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der Berliner Rekreure Kommandantenstraße 57. Tagesordnung: Bericht über den im Mai d. J. stattfindenden Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit und die Beteiligung der Krankenkassen an demselben, sowie Stellungnahme der Krankenkassen zu einer im Anschluß an den Tuberkulose-Kongress am 28. Mai in Berlin stattfindenden Konferenz aller Krankenkassen Deutschlands. Neues Krankenkassengesetz. Obligatorische freie Arztwahl etc. Die Central-Kommission.

Zu Gunsten der Krefelder Weber findet heute, Sonntagmittag 12 Uhr, in Kellers Hofstätten, Roppenstr. 29, eine Ratinee statt, veranstaltet von 3 Gesangsvereinen des Arbeiter-Sängerbundes. Mit Rücksicht auf den guten Zweck ist eine rege Beteiligung der Arbeiterchaft erwünscht. Räheres im Interentell. Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche und Kravattenbranche. Heute, vormittags 10 Uhr: Besuch des Männer-Klubs in der Wollenerstraße. Zahlreicher Besuch wird erwartet. - Dienstag, den 9. Mai: Versammlung der Wäsche, Grenadierstr. 33. Vortrag des Genossen Dr. Wöl über: „Alkoholismus“. Gäste willkommen.



# Volkswirtschaftliche Rundschau.

## Der Existenzkampf des Kleinhandels.

Von gewissen Gesichtspunkten aus ist der Verweirungskampf der Kleinbetriebe im Handel noch bedeutend interessanter, wie die weit mehr beachtete Niederkonkurrenz des Kleinhandels. In der Industrie fallen die wirkenden Kräfte mehr ins Auge, weil die Fabrikfabriken zu Hunderten aus dem Boden wachsen, weil immer neue große Maschinen in Anwendung kommen, weil man allmählich von neuen, die alten Produktionsbedingungen revolutionierenden Methoden lesen kann, weil die Listen der Patentämter zu dickleibigen Werken anwachsen; all diese sich jedermaßen aufdrängenden Ursachen fehlen bei dem Kampfe der Betriebsformen im Handel entweder vollständig oder sie sind nicht von so ausschlaggebender Bedeutung wie in der Industrie. Erwähnt wird das Verhältnis auch noch durch den Umstand, daß die Zahl der selbständigen Handelstreibenden in der überwiegend großen Zahl von Orten weit stärker steigt, als die Bevölkerung.

Der die Verhältnisse im Handel genauer kennt, der weiß, daß auch dort und vielfach noch stärker als in der Industrie die Konzentrationstendenzen wirken, daß der Kampf der Kleinbetriebe auch im Handel ein harter und aussichtsloser ist, daß die übergroße Mehrzahl der Handelsbetriebe nur mit Mühe ihre Existenz behaupten können.

Auch im Detailhandel kämpft der Großbetrieb gegen Mittel-, Klein- und Einzelhandel. Aber nicht die Werkzeugmaschine und die Dampf- und elektrische Kraft sind hier die vornehmsten Waffen des Großkapitalismus. Diese bestehen einfach in der Anwendung des Großkapitals beim Einkauf, im Verkauf gegen Vorzahlung, im raschen Warenumsatz, im Entgegenkommen den Wünschen des Publikums, im Vergleichen mit verhältnismäßig geringen Geschäftsgewinnen bei raschem Umschlag des variablen Kapitals, in der raschen Warenwahl, in guter Organisation, die für das Publikum große Preisermäßigungen, für das Geschäft bei verhältnismäßig luxuriöser Geschäftsausstattung doch verhältnismäßig geringe Geschäftskosten zur Folge hat. Von geringerer Bedeutung ist die systematische Ausnutzung der Preisprellkammer und anderer Mittel der modernen Publizität, die Erziehung des Publikums durch verschiedene Mittel, wie Verkauf einzelner Warenarten zum Selbstkostenpreise und ähnliches. Aber diese letzteren Mittel, die übrigens von Petitionen auf niedrigeren Stufenleiter vielfach nachgeahmt werden, überschätzt man in ihrer Bedeutung im Konkurrenzkampf des großen Kapitals gegen die kleineren Betriebe ganz gewaltig; die Hauptkampfmittel der modernen Handelsbetriebe gegen die alten sind größere Kapitalien und bessere Organisation. Wie die meisten kleinen Läden suchen sich auch die untergeordneten Detailhändler über die Ursachen und die Heilmittel ihrer schweren Krankheit zu täuschen, dies beweisen ja schon die Mittel, welche sie von der Befreiung ihrer Position zur Verteidigung ihrer schwer bedrohten Position fordern. Sie verlangen vor allem die Unterdrückung oder die Bekämpfung aller ihnen Konkurrenz machenden Unternehmungen, so der Warenhäuser, Konsumvereine, der Beamtenvereine, der Warenlager, der Auktionsen, des Hausierhandels usw.; sie übersehen aber, daß dem Detailhandel eine überaus große, fast überall von Jahr zu Jahr steigende Konkurrenz in den eigenen Reihen entsteht. Parallel mit dem Niedergange des Detailhandels geht der rasche Zugang zu diesem Verufe. Alljährlich gehen zehntausende Detailhandelsbetriebe zu Grunde, noch mehr aber entstehen alljährlich! Eine Unmasse von Existenzkämpfen, die in andern Verufen Schiffbruch erlitten haben, oder die sich mit geringen Erparnissen eine selbständige Stellung schaffen wollen, wenden sich dem Detailhandel zu, freilich nur außerordentlich selten können sie sich auf längere Zeit ihre Selbstständigkeit bewahren. Die ungenügende Uebertragung des Detailhandels steigert die allgemeinen Geschäftskosten, die desto größer werden müssen, je geringer der Kundenkreis wird, auf den ein Geschäft rechnen kann. Selbstverständlich wirkt diese Belastung mit allgemeinen Geschäftskosten und die Ansprüche, die an das Geschäft als Erhalterin der Familie des Geschäftsinhabers gestellt werden, auf die Preisgestaltung im Detailhandel hin und äußert sich nicht bloß in ungehörig hohen Preisen, sondern auch, wo eine Preissteigerung nicht angängig ist, in minderer Qualität der Waren. Dingu kommt ferner noch die mangelhafte kaufmännische Schulung und vor allem die ungenügende Warenkenntnis im Detailhandel. Alle diese Momente, die selbst in der Entwicklung unseres Detailhandels liegen, haben naturgemäß zu Abwehrmaßnahmen der schwer geschädigten Konsumenten und zu Konkurrenzversuchen kapitalstärkterer Unternehmungen im Detailhandel führen müssen. Aber trotz der steigenden Konkurrenz scheint der Zugang zum Detailhandel nicht zu ebbem; so vergrößert sich der Wettbewerb im Detailhandel von Jahr zu Jahr. Dementsprechend steigen sich die immer lauter werdenden Wünsche nach einem gesetzlichen Einfluß zu Gunsten des Detail- und Zwischenhandels; eine lärmige Agitation, gepflegt von Parteien, welche aus eigenem Lebensinteresse in der städtischen Bevölkerung den Boden nicht ganz verlieren wollen, hat sich entwickelt; eine Agitation, die oft nicht der Komit entbehrt, so wenn die Agrarier und vor allem der famose Bund der Landwirte sich der städtischen Detail- und Zwischenhändler energisch annehmen; ferner muß das für jeden wissen, der weiß, wie die von den Agrariern und der Central-Genossenschaftsklasse so wirksam geförderten Klassenförmigen Genossenschaften für den direkten Bezug von Maschinen, Futtermitteln, Saatgetreide, Juchtwieg etc. wirken und wenn man weiß, daß der Bund der Landwirte selber einen großen Teil seiner Agitationsmittel sich dadurch beschafft, daß er Detail- und Zwischenhändlern bei den Landwirten möglichst starke Konkurrenz macht, und zwar nicht bloß bei der gerichtlich festgestellten Vermittelung von Thomaspöschphosphatmehl.

Die Not des Kleinhandels hat eine Ueberfülle von Litteratur hervorgerufen, leider steht die Qualität derselben in gar keinem Verhältnis zu dem Eifer der Verfasser. Günstig muß unter Urteil abweichend bezüglich einer Arbeit, die von der Handelskammer zu Hannover herausgegeben, vor kurzem erschienen ist und unter dem Titel „Die Lage des Kleinhandels in Deutschland“ die Ergebnisse der auf Veranlassung von Handelskammern, Handels- und Gewerbetreibenden und von wirtschaftlichen Vereinen angestellten Erhebungen mitteilt. Anhänger und Gegner der Mittelstandspolitik wurden befragt und ihre Angaben ohne Retouche veröffentlicht. Vorläufig liegt ein Band dieser Erhebung vor, ein zweiter wird folgen. Die Herausgeber der Enquete haben sich nicht verhehlt, daß das Ergebnis ihrer Untersuchung nur Stichproben bleiben könne, sie enthalten sich deshalb aller Schlüsse aus ihrem Material, ja jeder überschätzten Zusammenstellung desselben und fordern selbst eine nach streng statistischer Methode durchzuführende amtliche Erhebung über die Lage des Kleinhandels. So wenig wir gegen eine objektive amtliche Enquete großen Eils über die Detailhandelsverhältnisse einzu-

wenden haben, so glauben wir doch, daß auch das vorliegende Material zu einem Urteil über die Ursachen der verschlechterten Lage des Detailhandels und über die Richtung der weiteren Entwicklung ausreicht.

Ueber die Zunahme der Kleinhandelsbetriebe giebt das genannte Buch einige recht charakteristische Angaben. Bei diesen ist aber im Auge zu behalten, daß es sich nur um die am Orte befindlichen Geschäfte handelt, daß es aber gerade eine charakteristische, wenn auch in ihrem Umfange noch nicht festgestellte Erscheinung zur Beurteilung der neuesten Entwicklung des Kleinhandels ist, daß außerhalb des Wohnortes der Kunden befindliche Warenhäuser durch den billigen Paketverkehr, durch Agenten etc. die Warenvermittlung an die Konsumenten in immer steigendem Maße besorgen. Betrachten wir nun, nachdem wir die zur Beurteilung der folgenden Zahlen erforderlichen Einschränkungen gemacht haben, wie sich die Zahl der Detailhandelsbetriebe an sich und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gesteigert hat. In Frankenhäusern stieg in der Zeit von 1867—1897 die Zahl der Kolonialwarengeschäfte von 10 auf 20, die der Samtwarengeschäfte von 6 auf 11 und die der Kurzwarengeschäfte gleichfalls von 6 auf 11. Es kam im Jahre 1897 auf 300 Einwohner ein Kolonialwarengeschäft, auf 350 Einwohner ein Samtwarengeschäft und auf 550 Einwohner ein Kurzwarengeschäft. Ueber den Handel in Kolonial-, Material- und Manufakturwaren im Kreise Gifhorn wird berichtet, daß in früheren Jahren die Zahl der Geschäfte ziemlich beschränkt war, diese prosperierten auch und ihre Inhaber kamen zum Wohlstand; seit den 70er Jahren hat sich indessen die Zahl der Geschäfte wesentlich vermehrt, die Zunahme übersteigt den Zuwachs der Bevölkerung ganz erheblich. Es befinden in den genannten Geschäftszweigen in einer etwa 3500 Einwohner zählenden Stadt 28 Geschäfte, so daß auf 125 Einwohner ein Geschäft kommt. In Hannover-Linden hat der Warenhandel folgende Entwicklung genommen: Die Zahl der großen Engros-Metalgeschäfte hat sich in der Zeit von 1863 auf 1894 von 1 auf 13 gehoben und ist dann bis 1896 auf 11 gesunken; die Geschäfte, die Stab- und Faconstiefel, Oesen, Bleche, grobe Werkzeuge u. dergl., vor allem an Wiederverkäufer abgeben, ist von 1860—1866 von 2 auf 8 gestiegen, in einer folgenden Gruppe, die den Uebergang vom Zwischenhandel zum Detailhandel in den gleichen Warengruppen bildet, ist in der gleichen Zeitperiode die Zahl der Geschäfte von 7 auf 22 hinaufgeschwollen, in der Gruppe der eigentlichen Detailgeschäfte dieser Branche, die von Großhändlern beziehen und fast ausschließlich an das große Publikum verkaufen, hat sich von 1862—1896 die Zahl der Geschäfte von 1 auf 32 vermehrt! Die Zahl der Handwerker, welche Kleinfabrikwaren und Haushaltungsgegenstände im Nebengeschäft führen, ist von 1883—1896 von 1 auf 7 gestiegen. 1892 kamen 9067 Einwohner auf ein Detailgeschäft im Eisenwarenhandel, dagegen 1896 bloß 4078. In Heibelberg kamen 1868 3, 1897 dagegen 27 offene Special-Cigarrengeschäfte mit einander in Konkurrenz. Die Zahl der Lederhandlungen in Hildesheim stieg von 1868 auf 1898 von 3 auf 10. In Königsee (Schwarzburg-Rudolstadt) verdreifachte sich in den 30 Jahren seit 1868 die Zahl der Kolonial- und Materialwarengeschäfte, die Zahl der Galanterie- und Papierwarengeschäfte verdoppelte sich und die Eisenwarenhandlungen vervierfachten ihre Zahl, während die Manufakturgeschäfte von 3 auf 10 stiegen. In Leipzig verdreifachte sich von 1880 bis 1897 die Zahl der Cigarrenhandlungen, die der Droguen- und Farbwarenhandlungen verdoppelte sich in dem gleichen kurzen Zeitraum. In Rudolstadt hat sich die Zahl der Manufaktur- und Kurzwaren-Geschäfte seit 1866 verdoppelt. In 14 kleineren Städten und 26 Landorten des Handelskammer-Bezirks Bilingen (baldiger Schwarzwald) verdreifachte sich der Kleinhandel in der Periode 1868 bis 1897 auch eine sehr charakteristische Entwicklung genommen. In den 14 Kleinstädten stieg die Zahl der Geschäfte von 142 auf 394; es kamen demnach 1866 je 10 Geschäfte auf 1806, 1897 auf je 917 Einwohner; in den Landorten stieg die Zahl dieser Geschäfte von 62 auf 118, so daß die Zahl der Einwohner, die auf ein Geschäft kamen, von 357 auf 182 sank.

In einzelnen Orten beginnt aber schon eine rückläufige Bewegung, hier zeigt sich schon deutlich der Beginn eines voraussichtlich bald angefangen werden Konzentrations- und Accumulationsprozesses im Detail- und Zwischenhandel; so stieg in Barmen seit 1877 die Zahl der Einwohner, die auf ein Geschäft kamen; im Handelskammerbezirk Frankfurt a. O. ging bei Zunahme der Bevölkerung die Zahl der Detailgeschäfte in den letzten zehn Jahren zurück, hauptsächlich durch die Konkurrenz des bekannten Göttinger Waren-Einkaufs-Vereins, dann aber auch durch die Entwicklung der Konsumvereine; die gleiche Entwicklung hat infolge Niederlassung von Filialgeschäften in Hameln stattgefunden; während dort auf ein Manufakturgeschäft im Jahre 1866 600 Konsumenten kamen, war die Zahl der auf ein Geschäft gezählten Konsumenten auf 1100 gestiegen. In Lüdenscheid waren 1885/1886 102, dagegen 1897 bloß noch 53 Spegerei-Geschäfte vorhanden; die Zahl der Einwohner, die auf ein Geschäft dieser Art kamen, stieg von 147 auf 418 Einwohner, drei Konsumvereine haben an der Niederkonkurrenz der nicht widerstandsfähigen Detailgeschäfte ihren Anteil.

Die Gründe der neuen Kleinhandelsgeschäften sind in der Regel mit zu wenig Kapital versehen, ihnen fehlt in den meisten Fällen die Kenntnis der Handelsgebräuche und der Waren; meist ist das einzige, worüber sie verfügen, ein Bekanntenkreis, auf dessen Stundlohn sie rechnen und der Glaube an ihre eigenen Fähigkeiten. Die relative Leichtigkeit, mit der man infolge der großen Konkurrenz im Zwischen- und Engros-Handel Kredit erhält, verleitet viele aus anderen Verufen Stammende, sich dem Detailhandel zuzuwenden. Ueber diese Motive findet sich auch manche wertvolle Beobachtung in dem oben genannten Buche; so heißt es von Dongiz, die Geschäfte werden größtenteils mit sehr geringem Kapital begonnen, das Einkommen ist wesentlich geringer als bei jeder anderen Branche, ein Gewinn kann in der Regel nur erzielt werden durch Betreibung von Nebengeschäften; aus dem Handelskammerbezirk Frankfurt a. O. wird berichtet, daß sich auf den Dörfern nur selten gelehrte Kaufleute befinden, ähnliches wird auch dem Kreise Gifhorn gemeldet. Aus Heibelberg wird erwähnt, daß nicht selten Leute zum Cigarrenhandel übergehen, die in anderen Verufen Schiffbruch erlitten haben und nun glauben, durch Eröffnung eines Cigarrenladens in den Hafen eines ebenso begnemen wie sorglosen Lebens einzulassen. In dieser Hoffnung sehen sich die meisten Geschäftsgründer natürlich sehr bald betrogen. Von den Leipziger Cigarrenhändlern wird berichtet, daß ein Teil aus allen möglichen Branchen und Lebenslagen stammt und leider der Ansicht ist, daß zum Cigarrenhandel weiter nichts gehört, als daß man selbst Raucher sein muß, um alles zu wissen und zu können, dazu kommt vielfach ungenügendes Kapital und ungenügende Thätigkeit im Geschäft. Unter dem Druck übermächtiger Kon-

kurrenz haben sich an manchen Orten die Detailhändler zu gemeinschaftlichen Einkaufsgruppen zusammengethan, sie können dadurch nicht bloß bessere Kaufbedingungen erzielen, sondern sparen auch durch den waggomweisen Bezug erheblich an Frachtkosten; leider sind aber gesunde Fortschritte dieser Art noch immer die Ausnahme, fürchten doch an kleinen und mittleren Orten die Händler nichts mehr, als ihre Verhältnisse den Konkurrenten am gleichen Orte zu enthüllen; andererseits mag, wie das vom Cigarrenhandel behauptet wird, ein gemeinsamer Bezug nicht angängig sein, da viele Geschäfte nur durch häufiges Wechseln der Sorten, Eingehen auf spezielle Wünsche der Käufer und dergleichen sich einen Kundenkreis sichern. Die Detailhändler werden von Reisenden und Agenten überlaufen, täglich bringt der Postbote stückweise Preiscouverts und Prospekte ins Haus, die Detailhändler werden zum leichtsinnigen Kreditnehmen direkt verleitet und selbst bei offenkundiger Zahlungsunfähigkeit werden die Kredite leicht verlängert; da die Großhändler wenig Interesse haben, Konkurrenz anmelden zu lassen, dies auch ihre weiteren Geschäftsverbindungen in der betreffenden Gegend stören könnte, so verlängern sie leicht die Zahlungsfristen und wenn sie selbst weiteren Kredit verlangen, findet der Detailhändler meist leicht weiteren Kredit bei anderen Lieferanten. Drei Monate Ziel, im Cigarrenhandel sogar sechs Monate Ziel sind die Regel, doch kommen bedeutend längere Zahlungsfristen sehr häufig vor. Die ungenügende kaufmännische Bildung führt vielfach zu unangemessenen Kalkulationen; so wird aus Barmen berichtet, daß vielfach die Geschäftskosten überhaupt nicht kalkuliert werden, so daß der Einkaufspreis als Geschäftspreis angenommen wird. Der unerfahrene Geschäftsmann rechnet oft einen Nutzen auf seine Waren, welcher die Geschäftskosten nicht deckt oder er verkauft auch als Kleinhändler zum Selbstkostenpreise oder sogar darunter, ohne an die verlorenen Spesen zu denken, indem er „kalkuliert“, daß ihm eine Annonce mehr kosten würde als dieser Verlust. Die Handelskammer von Frankfurt a. O. behauptet sogar, von einer regulären Preiskalkulation, wie sie in anderen Branchen üblich ist, ist in der Kolonialwaren-Branche nicht die Rede, man möchte fast sagen, es wird gar nicht kalkuliert. Waren nicht vielfach Nebenverdienst wie Destillation und Restauration, so würde der Wechsel der Geschäftsinhaber noch häufiger eintreten als jetzt. Die Handelskammer von Frankfurt a. O. giebt bei reinen Detailgeschäften den Bruttoverdienst an:

Zu Frankfurt a. O. mit	8-10 Proz.
„Kreuznach mit	6-8
„dem übrigen Bezirke mit	10-12

Tabel betragen die geschäftlichen Unkosten in Frankfurt und in den größeren Orten des Bezirkes 60-70 Proz., bei kleineren Geschäften ohne besoldetes Personal 80 Proz. des Bruttoverdienstes. Aus dem Kreise Gifhorn wird gemeldet: Es ist hier über eine große Preiskalkulation zu klagen, ausgehend von Geschäftslenten, die nicht rechnen können. In welcher Weise die Geschäftsinhaber vorgehen, lehrt folgender im vorigen Jahre passierter Fall, der nicht etwa vereinzelt dasteht, sondern nur als typisch herausgegriffen wird: „Ein Kolonialwarenhändler annoncierte Kleinreise 14 1/2 Pfund für 3 M. Gute Kleinreise kostet im Einkaufe 21 bis 22 Pf. das Pfund. Von zwei Konkurrenten wurde festgestellt, daß es sich tatsächlich um gute Qualität handelte. Der Mann setzte also beim Verkaufe Geld zu.“

Erwähnt wird die Lage des Kleinhandels noch dadurch, daß er bloß ein Mittel kennt, um trotz der erdrückenden Konkurrenz der Konsumvereine und der Verbandgeschäfte, Warenhäuser etc. Kunden an sich zu fesseln: die Gewährung langer Zahlungsfristen an die Kunden. Regelmäßige Zahlungsfristen von 3, 6 und 9 Monaten sind keine Seltenheit, es werden Fälle erwähnt, wo die Detailhändler sich auf Jahresrechnungen einlassen müssen und sich dann noch widerspruchslos gefallen lassen müssen, wenn am Jahresanfang nur ein Teil der Rechnung beglichen wird, selbst zweijähriger und noch längerer Kredite geschieht Erwähnung. Bei der ungenügenden finanziellen Fundierung der meisten Detailgeschäfte ist die Seltenheit der Vorzahlung ein sehr schwer ins Gewicht fallender Uebelstand.

Der Mangel der Detailhändler gegen die ihnen überlegene Konkurrenz ist eine begriffliche Erscheinung, mehrwichtig ist aber, daß die Detailhändler nichts anführen können, was vom Standpunkte der Allgemeinheit als berechtigte Beschwerde gegen das moderne System des Kleinhandels und gegen den Zusammenstoß der Käufer zur eigenen Warenverforgung angesehen werden kann.

Wenn wir auch die letzten sind, die das große Uebergewicht des Großbetriebes im Detailhandel irgendwie unterschätzen könnten bei Beurteilung des Konkurrenzkampfes im Handel, so sind doch auch die in dem nach alter Methode betriebenen Detailhandel liegenden Schäden gerade durch die Enquete der Handelskammern so unbestreitbar groß, daß man nicht wohl begreifen kann, woher die Vertreter der Mittelstandspolitik den Mut hernehmen, eine schwere Belastung aller Konsumenten zu Gunsten des meist parasitären Detailhandels zu fordern. Der Kampf des Großbetriebes im Detailhandel gegen die kleinen und Einzelbetriebe bedeutet einen großen wirtschaftlichen Fortschritt, den zu hindern der Socialdemokratie fern liegen muß. Umso weniger haben wir einen Anlaß, uns für die Mehrzahl der Detailhändler zu erwärmen, als sie ihre Arbeitskräfte weit mehr ausbeuten, als die großen Warenhäuser, sehr schlechte Gehälter zahlen und vielfach in der bekannten patriarchalischen Weise ihr Personal in Abhängigkeit halten. Wir können der gewerkschaftlichen Organisation der Handlungsgesellen nur warm empfehlen, das Material in der besprochenen Enquete zur Charakterisierung der Arbeitsverhältnisse im Detailhandel nicht unberücksichtigt zu lassen.

Zur Beurteilung der heute anfänglich der Vernsteinischen Streitschrift vielfach erörterten Frage der Accumulation bietet die Enquete der Handelskammern wertvolles Material, beweist sie doch schlagend, daß ein Operieren mit den Zahlen der „Selbständigen“ in ungenügender Veranschaulichung durchaus ungenügend ist, um über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung ein endgültiges Urteil zu fällen. Die Zahl der „Selbständigen“ mag steigen und doch kann die Accumulation und Konzentration Reizensfortschritte machen. Die Entwicklung des Detailhandels im Deutschen Reich bedeutet dies schlagend. Leben wir nicht in einer Periode starken wirtschaftlichen Aufschwunges, zahllosen Detailgeschäften wäre das Lebenslicht ausgeblasen. Kommt einmal die Krise, dann wird die Zahl der Selbständigen plötzlich gewaltig sinken, dann werden scheinbar blühende Geschäfte ihre Zahlungen einstellen und der Zusammenbruch vieler Detail-Handels-geschäfte wird auch große Beeinträchtigungen in den Reihen des Zwischenhandels und des Großhandels anrichten. Die Wirkungen der nächsten Krise werden nirgends verheerender sein als im Detailhandel und das auch dann, wenn die Wünsche der Mittelstandspolitik berücksichtigt werden.

# Die Socialdemokratie Europas.

Von Dr. Gustav Laug.

(Schluß.)

**Frankreich.** Erst 1879 auf dem Kongress in Marseille wurde unter der Leitung von Jules Guesde eine eigentliche moderne socialdemokratische Bewegung begründet; doch dauerte es mehrere Jahre, bis sie eine gewisse Bedeutung bekam, erstens weil die Arbeiterpartei die republikanische Bourgeoisie in der Erhaltung der Republik unterstützen mußte, dann wegen der verhältnismäßig geringen großindustriellen Entwicklung Frankreichs, ferner weil nach dem Fall der Commune die Elite der Pariser Arbeiterklasse niedergemüht war und endlich infolge des Seltenerwerbens und der Streitigkeiten der verschiedenen Richtungen untereinander. Die 1879 gestiftete „französische Arbeiterpartei“ spaltete sich wenige Jahre später in „Marxisten“ und „Possibilisten“ und diese letzteren wieder in „Brouillisten“ und „Alemannisten“. Eine vierte Richtung bildeten die „Blanquisten“.

Erst 1884 bekam Frankreich sachliche Organisationsfreiheit und selbst diese war sehr beschränkt. Aber der Kampf um die Organisationsfreiheit näherte die einzelnen Richtungen einander, so wurden 1889 auf den beiden gleichzeitigen Arbeiterkongressen der Possibilisten und Marxisten gemeinsame Maßregeln beschlossen.

Die Parteistärke der Socialdemokratie bei den Wahlen betrug 1885: 80 000 St., 1889: 91 000, 1893: 590 000 und 1898: ca. 1 000 000. Die Auflösung der Boulangeristenpartei verstärkte die Socialdemokratie bedeutend, es wurden ihr aber auch „nationale“ Elemente zugeführt, die während der Dreyfus-Bewegung wieder ausgeschieden. Die vier oben genannten Richtungen, samt den „unabhängigen Socialisten“ (Millierand, Jaurès), haben eine gemeinschaftliche Oberleitung begründet: „Le Comité d'entente socialiste“ (Komitee des socialistischen Zusammenwirkens). Die Partei hat 88 Deputierte in der Kammer, die das von Millierand entworfene Minimalprogramm unterzeichnet haben: 1. Socialisierung der Produktionsmittel, 2. Organisation der Arbeiter zur Eroberung der Staatsmacht, 3. Internationale Verständigung der Arbeiter aller Völker. Neben diesen 88 gibt es 20 Deputierte, die sich auch „Socialisten“ nennen und 85 socialistische Radikale. Die Gewerkschaftsverbände hatten 1897: 432 000 Mitglieder. Die socialdemokratische Presse hat seit 1893 einen großen Aufschwung genommen. In Paris erscheinen: „Petite République“ und „Lanterne“, ferner ein Blatt in Nord- und eines in Südfrankreich. Dazu kommen Wochenblätter der verschiedenen Richtungen und mehrere vortreffliche große Revuen. Die Gesamtabonnentenzahl beträgt etwa 100 000.

**Oesterreich.** 1888 wurde eine einheitliche Partei-Organisation gegründet. Die Maidemonstration von 1890 war die erste große Kundgebung der Partei. Wesentlich eine Folge ihrer Agitation war die Erweiterung des Wahlrechts. Bei der ersten Wahl auf Grund des neuen Wahlrechts wurden etwa 1/2 Million socialdemokratischer Stimmen abgegeben, genau halb die Zahl bei dem eigentümlichen Abstimmungsmodus nicht bestimmt werden. 14 socialdemokratische Deputierte wurden in den Reichsrat gewählt. Die Zahl der organisierten Arbeiter wurde Ende 1898 auf 99 434 angegeben, sie war aber größer, da viele Fachverbände ihre Mitgliederzahl nicht angaben. Das Hauptorgan ist die „Arbeiterzeitung“ in Wien, dazu „Právo Lidu“ („Die Menschenrechte“, ezechisch) in Prag. Die Gesamtanzahl der socialdemokratischen Presse beträgt 166 500 Exemplare, wovon 127 000 auf 21 deutsche, 8000 auf 2 polnische, 2000 auf eines im jüdischen Dialekt, 5000 auf 2 italienische, 28 000 auf 10 ezechische und 2500 auf ein slavonisches Blatt kommen. Außerdem erscheinen 37 Fachblätter in 77 000 Exemplaren.

**Ungarn.** Jeder politische Zusammenschluß der Arbeiter ist verboten, die Partei organisiert sich daher teils in Fachverbänden, teils in Vereinen mit verschiedenen Namen: „Arbeiter-Bildungsvereine“, „Leser-Gesellschaften“, „Gesang-Vereine“ etc. Die Anzahl der socialdemokratisch gestimmten Arbeiter kann auf ungefähr 200 000 geschätzt werden. Ebenso kann die Verbreitung der Fachvereine nicht genau angegeben werden, da auch sie den brutalsten Verfolgungen ausgesetzt sind. Ein Fachverein darf nur gebildet werden, wenn die Statuten bewilligt hat, was meist sehr schwer erreichbar ist. Landarbeiterverbände werden niemals anerkannt, und der größte Teil der Arbeiterbevölkerung Ungarns besteht aus Landarbeitern. Man schätzt die Fachvereinsmitglieder auf 40 000. Die Presse besteht aus einem Hauptorgan „Nepsava“ („Volkstimme“) in Budapest, zweimal wöchentlich, etwa 10 000 Exemplare, ferner zehn anderen Parteiblättern von denen 2 wöchentlich, 2 vierzehntägig und 2 monatlich herauskommen. 3 davon sind deutsch mit etwa 8000 Auflage, 6 ungarisch mit 11 000 Exemplaren, eines hiervon mit 5000 Auflage ist ein Landarbeiterblatt, und eines slowakisch mit 2500 Auflage. Dazu gibt es 6 Fachblätter für einige Gewerke. Von diesen Blättern darf sich nur das Hauptorgan beschäftigen, denn um dies Recht zu erlangen, müssen die Blätter eine hohe Kaution stellen, von 5000—10 000 Gulden, je nach der Häufigkeit des Erscheinens.

**Italien.** 1898 nach den Mailänder Unruhen wurde die ganze politische Organisation aufgelöst. Sie zählte zu jener Zeit 27 281 Mitglieder in 623 Vereinen, fast alle in Nord- und Mittel-Italien. Bei den Wahlen, zu denen das Wahlrecht so stark beschränkt ist, sodas nur 9 Proz. der Bevölkerung wahlberechtigt sind, wurden 1892: 25 925 socialdemokratische Stimmen abgegeben, 1896: 73 962 und 1897: 187 852. Es wurden 16 socialdemokratische Deputierte gewählt. Ebenso sind die Gewerkschafts-Verbände als „socialistisch“ aufgelöst und ihre Klassen beklaghaft worden. Am besten organisiert war der Eisenbahnarbeiter-Verband, der 35 000 Mitglieder zählte. Ebenso ist den zahlreichsten Cooperativunternehmungen der Arbeiter von der Regierung der Betrieb unendlich gemacht worden. An Parteiblättern erscheinen unter Censur und ständiger Verfolgung 1 Tagesblatt und 16 Wochenblätter. Das Hauptorgan „Avanti“ erscheint in 20—25 000 Exemplaren in Rom, ebenso das humoristische Wochenblatt „Asino“ (Esel) in 6000 Exemplaren. 14 andere Wochenblätter erscheinen in Norditalien, 1 in Süditalien in Bari mit 1000 Exemplaren, zusammen haben diese Blätter eine Auflage von 36 000. Eine wissenschaftliche Halbmonatszeitschrift „La Critica sociale“ wurde 1896 verboten und der Herausgeber Filippo Turati vom Kriegsgericht zu 12jährigem Kerker verurteilt.

**Schweiz.** Hier betragen die socialdemokratischen Stimmen bei den letzten Wahlen: 55 000. Die socialdemokratische Partei zählte 1894: 5000 Mitglieder und der „Grütlverein“, der in den Hauptpunkten mit dem socialdemokratischen Programm übereinstimmt, 14 000 Mitglieder. Die Zahl der Fachvereinsmitglieder betrug 1896: 9495, doch fehlen die Zahlen einiger Verbände. Blätter erscheinen in Zürich „Arbeiterstimme“ (4500 Aufl.), in Basel, in Bern, in St. Gallen, ferner ein französisches in Chaux-de-Fonds. Der Grütlverband gibt ein Organ „Der Grütliauer“ heraus (Zürich), das 18 000 Aufl. hat, in Lausanne erscheint ein französisches Blatt „Le Grütl“ (2200 Aufl.).

**Spanien.** Die politische Organisation besteht aus 60 Verbänden mit 5000 Mitgliedern. Bei den Wahlen 1897 wurden 14 000 Stimmen abgegeben, 1898: 20 000. Fachvereine sind wenig verbreitet, am besten organisiert sind die Typographen und Textilarbeiter. Die Anzahl der organisierten Arbeiter ist auf etwa 15 000 zu berechnen, von denen etwa 6000 dem Fachverband „Union General de Trabajadores“ angehören, der sich offiziell der Socialdemokratie angeschlossen hat. An Parteiblättern gibt es 5 Wochenblätter, die in Madrid, Bilbao, Santander, Vinales und Ferrol erscheinen, ihre Gesamtanzahl beträgt 15 000; außerdem erscheint in Pontevedra jeden 10. Tag ein Blatt in 1000 Exemplaren.

**Holland.** Nach der Reform des Wahlrechts im Jahre 1887 wurde bei den Wahlen zum erstenmal ein Abgeordneter, Domela Nieuwenhuis, in die II. Kammer gewählt, der aber bald darauf aus der socialdemokratischen Partei austrat und die dem Anarchismus

zugehende „Socialrevolutionäre Partei“ begründete. Seit 1897 wurde die Partei durch 3 Abgeordnete vertreten, und bei einer späteren Ergänzungswahl kam ein vierter hinzu. 1897 wurden 12 000 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Bei der Ergänzungswahl ist die Stimmenzahl um noch 3000 gewachsen. Das Wahlrecht ist dabei noch immer sehr beschränkt, nur 8 Proz. der Bevölkerung ist wahlberechtigt. Die politische Parteiorganisation ist schwach, sie zählt nur 2500 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der Fachvereine ist auf 28 000 zu schätzen. Einer der größten Fachvereine ist der der Volksschullehrer, der 6000 Mitglieder hat und ein eigenes Blatt „Volksonderwijzer“ („Volksschullehrer“) herausgibt. Im übrigen sind die holländischen Verhältnisse der Parteipresse ziemlich verwickelt. Unter den vielen Streitigkeiten zwischen der socialdemokratischen Partei und der Nieuwenhuis'schen Richtung sind eine Menge Blätter entstanden und wieder zu Grunde gegangen. In der letzten Zeit haben aber die Streitigkeiten nachgelassen, weil die Anarchisten fast völlig den Mut verloren haben. Es kommen zur Zeit drei socialdemokratische Blätter heraus: das Centralorgan der Partei „Socialdemocraten“ (2500 Exemplare), ein Blatt in Ordnung (1000 Exemplare) und eins in Leuwarden (1000 Exemplare), ferner eine wissenschaftliche Monatschrift in 800 Exemplaren. Die Nieuwenhuis-Partei gibt vier Blätter heraus in einer Gesamtanzahl von 4200 Exemplaren. Endlich gibt es noch das „Volkstagsblad“ mit 13 000 Abonnenten, das politisch vermittelnd wirkt und hauptsächlich gewerkschaftliche Fragen vertritt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Reformkleidung für Frauen.

Der Verein für Verbesserung der Frauenkleidung hat sich das Verdienst erworben, in bürgerlichen Kreisen für eine bequemere und der Gesundheit förderliche Kleidung Sympathie zu erwecken. Die rasche Ausbreitung des Nadelns, das eine einfache Kleidung notwendig macht, hat ihn dabei wesentlich unterstützt. In den Kreisen der Arbeiterinnen jedoch findet man gar keine oder nur geringes Interesse für diese Reform. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die Arbeiterin ist nur sehr selten in der Lage, sich neue Garderobe anzuschaffen, noch dazu eine, die es notwendig macht, einen Teil des alten Anzuges als unbrauchbar forzuwerfen; sie kann sich auch über die Kleiderreform nicht unterrichten, weil der Verein für seine Ausstellungen Eintrittsgeld verlangt, und die Modenblätter auch Geld kosten. In den Geschäften endlich, wo sie zu kaufen pflegt, findet sie nur die gewöhnlichsten Sachen, die sind „gut genug“ für sie, und zum Nadeln fehlt's ihr an Zeit und Geld. Trotzdem wäre die Einführung der Kleiderreform gerade unter den Arbeiterinnen außerordentlich wünschenswert. Das beweist schon eine kurze Beschreibung ihrer wesentlichen Bestandteile. Zunächst soll an Stelle des beengenden Hohenbeinforts ein weiches Nieder treten, eine Forderung, die zwar von arbeitenden Frauen schon längst befolgt wird, aber leider meist nur an Sonntagen. Sonntags zwingt sich auch die Arbeiterin leider gar zu gern in einen Panzer, weil sie meint, eine dünne Taille sei schön, während sie thätiglich allen Gesetzen der Schönheit widerspricht, die Gesundheit schädigt und — wer wird's leugnen? — das Sonntagsvergnügen sehr beeinträchtigt, gerade wie ein zu enger Schuh. Die nächstwichtigste Reform der Kleidung besteht darin, daß statt der Unterrocke kurze, geschlossene Beinkleider, wie die Madlerinnen sie tragen, angelegt werden. Wie wohlthätig diese Neuerung nach jeder Richtung hin ist, empfindet diejenige am deutlichsten, die sie an sich selbst erprobt hat. Die Unterrocke erschweren die Bewegung ungemein, sie schlingen nicht vor Erhaltung, selbst wenn, wie es häufig geschieht, drei oder vier übereinander angezogen werden, sie schleppen, ihrer Länge und Weite wegen Staub und Schmutz, verbunden mit bössartigen Krankheitserregern, in die Wohnungen, sie bedürfen aus diesem Grunde einer sehr häufigen Reinigung. Die Hofe dagegen ist ungemein bequem und schließt vor den für Frauen besonders gefährlichen Erleichtungen; sie ermöglicht die größte Bewegungsfreiheit, was für Arbeiterinnen in Fabriken und Werkstätten von großem Vorteil ist, da auch Unfälle durch sie verhindert werden, und hält sich weit länger als ein Unterrock. Dazu kommt noch, daß sie in Bezug auf Wärme der Unterrocke übertrifft, so daß sie — von der ersten Anschaffung abgesehen — eine große Ersparnis bedeutet. Ueber diese Hofe soll ein luftfreier Rock und eine lockere Bluse getragen werden, beides Kleidungsstücke, die ebenso der Gesundheit und der Schönheit entsprechen. Arbeiterinnen, die sich selbst aus Sparsamkeit oder Gewohnheit nicht von ihrer alten Kleidung trennen können, sollten die Reformkleidung wenigstens bei ihren Töchtern einführen. Wie viel ungenierter und freier die von den lästigen Unterrocken befreiten kleinen Mädchen sich herumtummeln können, wie viel besser sich infolge dessen ihre Körperkräfte entwickeln, würde jede Mutter schnell einsehen. Die Unterrocke und die langen Kleider haben in ihrer Wirkung große Ähnlichkeit mit den eingeschnürten Hüften der Chinesinnen: sie hindern die Frau, sich frei zu bewegen. Man erzählt sich, daß die Chinesinnen jene grausame Sitte nur deshalb eingeführt hätten, um ihre Frauen an das Haus zu fesseln. Auch unsere vielen und langen Röcke sind eine Reminiszenz an jene Zeit, wo der Wirkungskreis der Frau sich auf das Haus beschränkte. Der modernen wirtschaftlichen Entwicklung, die mehr und mehr darauf hinzielt, das Weib in das öffentliche und industrielle Leben hineinzuziehen, entsprechen sie nicht mehr, sie erschweren ihr vielmehr ihr Leben und ihre Arbeit und hindern die harmonische Ausbildung ihrer Körperkräfte. Darum sollte vor allem die Arbeiterin ihnen den Krieg erklären!

Die Frauenbewegung steht zum erstenmal als besonderer Punkt auf dem Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs, der zu Pfingsten in Brunn stattfindet. Die außerordentlich richtige Leitung der österreichischen Arbeiterinnenbewegung fordert in einem Aufruf die Genossinnen auf, darauf hinzuwirken, daß in den Wahlkreisen neben einem männlichen, auch eine weibliche Delegierte gewählt werde.

Die Friedensdemonstration der bürgerlichen Frauen Deutschlands, die für den 16. Mai geplant wird, verliert schnell das Gepräge der Großartigkeit, das eine aufdringliche Kesseltrommel gegeben hat, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß nur ein kleines Häuflein radikaler Frauenrechtlerinnen sie in Szene setzt. Auf der letzten Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine schwärmte eine der „Führerinnen“, eine Lehrerin, unter lebhaftem Beifall für Militarismus und Reactionismus, und der Hilfsverein weiblicher Angestellter, auf dessen Mitgliedschaft der „Bund“ riefig stolz war, erklärte seinen Austritt, weil — eine Resolution im Sinne des Jaren-Manifestes angenommen wurde! Für die große Masse der arbeitenden Frauen, die sich eins fühlen mit den Männern des Proletariats, gibt es ein Fest, das eine Kesseltrommel nicht nötig hat und eine Friedensdemonstration ohne Gleichen ist: der erste Mai. Sie haben auch nicht gewartet, bis ein gekröntes Haupt die Friedensschalmei blies, denn sie wissen, daß kein Monarch den Frieden dekretieren kann, sondern das organisierte Proletariat ihn erlämpfen muß. Wer unter den Frauen mehr will, als ihn im Grunde führen, der trete darum in seine Schlichtstreifen ein, sonst bleiben auch die schönsten Reden und feurigsten Resolutionen Phrasen, für die das Volk nur ein mitleidiges Lächeln hat.

Im Staate New York stehen zwei Gesekentwürfe in Verhandlung: der eine verlangt, daß im Erziehungsdirektorium mindestens eine Frau Sitz und Stimme erhalte, der zweite verleiht den Frauen das Gemeinde-Wahlrecht. Da die Stimmung in der gesetzgebenden Körperschaft eine den Frauen günstige ist, soll eine starke Gegenbewegung unter den Gegnerinnen des Frauen-Stimmrechts bemerkbar sein.

## Sociales.

Untersuchung über die Lage der Zinshütten-Arbeiter. In aller Stille fand am 14. April in Berlin die vom Reichskanzler einberufene Konferenz statt, in der die Lage der Zinshütten-

Arbeiter besprochen werden sollte. Als Unternehmervertreter waren aus Oberschlesien Bergat Bernhardi, Repräsentant der Aktiengesellschaft G. v. Giesche Erben und der Arzt Dr. Bishopiniski anwesend. Die „Wahl“ der Arbeitervertreter war unter Aufsicht der Gewerbeinspektoren (N) lediglich durch die Unternehmer erfolgt. Von den Resultaten der Konferenzenberatungen ist noch nicht das geringste bekannt geworden; es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie vollständig im Sinne der Unternehmer ausgefallen sind, obgleich die Zustände in den Hütten nach der vorzüglichen Darstellung des Antonienhütten-Arzt Dr. Seiffert entsetzlich, die Lage der Arbeiter elend und die Verdienste der Zinshütten ungeheurer Höhe sind. 18 Proz. Dividende verteilte die Schlesische Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Zinshüttenbetrieb (Wipac) für das Jahr 1897. (Diese Gesellschaft ist dieselbe, deren Direktor Remy jüngst an einen Arbeiter schrieb, daß 34,70 M. zum monatlichen Unterhalt einer dreiföpfigen Familie ausreichen.)

Auf das Drängen der Zinshüttenarbeiter in Antonienhütte (Graß. Hensel v. Donnersmard'sche Hütten) hatte der Reichskanzler einen von den Arbeitern selbst empfohlenen Arbeitervertreter zur Berliner Konferenz eingeladen. Der Hütteninspektor Wegel gab jedoch diesen keinen Urlaub zur Reise nach Berlin und bedrohte ihn mit Entlassung aus der Arbeit, falls er dennoch nach Berlin reise. Der Arbeiter mußte sich fügen — Dies Vorgehen seitens eines Beamten ist selbst den ober-schlesischen Arbeitern unerhört und hat große Erregung hervorgerufen. Die genannten Grafen gehören der katholischen Linie des Geschlechtes der Hensel von Donnersmard an.

### Entbehrungslohn.

Graf Guido Hensel von Donnersmard, Agrar- und Industriemagnat, auch Privatregalherr, hat im Jahre 1898 allein auf der Deutsch-Landsgrube 2 227 500 Mark Reingewinn gehabt. Von einer Erhöhung der Löhne auf Deutschland ist nichts bekannt geworden.

### Die Durchführung des schweizerischen Arbeiterschutzes.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Wenn der Staatssekretär Graf Sadowitz in der Reichstags-Sitzung vom 19. April gegenüber den Gesulichen Anträgen erklärte, daß in Amerika und in der Schweiz man sich keine Sorgen um die Ausführung der erlassenen Bestimmungen mache, während man bei uns verlangt, daß auch alles durchgeführt wird, so hat er mit diesen Ausführungen keineswegs den Befähigungsmaßstab als „Minister für Socialreform“ erbracht. Er hat sich offenbar weder mit dem Studium des bezüglichen schweizerischen noch deutschen Materials große Mühe gegeben, sonst hätte er unmöglich jene Sätze aussprechen können. Ueber die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes schrieb schon vor acht Jahren der gut unterrichtete und sachkundige Geh. Regierungsrat und vortragende Rat im preussischen Handelsministerium, Dr. König, in seiner heute noch wertvollen Schrift u. a.: „Infolge dieser allgemeinen Anerkennung des Ruhens des Fabrikgesetzes werden seine Bestimmungen nunmehr in den großen und ganzen gewissenshaft gehandhabt. Nach menschlicher Voraussicht wird diese Handhabung auch andauern. Die Notwendigkeit des Arbeiterschutzes ist so sehr in das öffentliche Bewußtsein eingedrungen, daß eine Aufhebung oder thätliche Ueberachtlaffung des Fabrikgesetzes für eine absehbare Zeit nicht zu befürchten ist.“ Seitdem ist es in dieser Beziehung durch Vermehrung des Personals des Fabrikinspektorats sowie der bezüglichen kantonalen Organe und der ausgedehnten Mitwirkung der Arbeiterorganisationen noch erheblich besser geworden.

Nicht ganz so befriedigend steht es in mehreren Kantonen mit der Durchführung der kantonalen Arbeiterschutzes, die bekanntlich die kleinsten Betriebe mit nur einer Arbeiterin oder einer Lehrtochter erfassen, oder, wie im Kanton Glarus, auch jeden solchen Hwerbetrieb mit männlichen Arbeitern und Lehrlingen. Aber auch da steht es teilweise ganz gut, wie im Kanton Zürich, dessen Arbeiterinnenschutz-Gesetz den 36 Stunden-tag normiert. Demselben unterstanden Ende 1897 907 Betriebe mit 2289 Arbeiterinnen und 1122 Lehrtochtern, zusammen 3411 weibliche Personen, durchschnittlich 3,7 pro Betrieb. In dem regierungsrechtlichen Rechenschaftsbericht heißt es über die Durchführung des Gesetzes: „Es darf heute gesagt werden, daß sich die Geschäftsinhaber in die vom Gesetz neu geschaffenen Verhältnisse nunmehr eingelebt haben, wenn auch zugegeben ist, daß noch eine Reihe von Uebertretungen der Bestimmungen über die Arbeitszeit ungeahndet bleiben mag, weil seitens der betr. Arbeiterinnen oder Lehrtochter keine Anzeige gemacht wird. Es wäre namentlich seitens der Eltern der jugendlichen Arbeiterinnen eine etwas regere Unterstützung der Behörden beim Gesetzesvollzuge zu wünschen.“ Ueberzeitbewilligungen wurden in der Stadt Zürich vom Polizei-Inspektor 28 und ferner von der Direktion des Jurnern 18 erteilt und 1 Gefuch abgewiesen. „Es wurde an der Praxis festgehalten, keine Bewilligung für länger als 3 Wochen und mehr als 1 Stunde täglich zu erteilen.“ In Zürich allein wurden wegen Uebertretung des Gesetzes außer 12 Verurteilungen 17 Bußen im Betrage von 5 bis 60 und 100 Franken und im Gesamtbetrage von 416 Franken verhängt. In Zürich wurden im Jahre 1897 180 Lokale: Wäschereien, Glättereien, neue Lokale etc. untersucht, in Winterthur von Zeit zu Zeit einzelne Geschäfte inspiert, in einer Anzahl von Landgemeinden ist eine ein- bis zweimalige Inspektion vorgenommen worden. „Das Resultat kann nach den vorliegenden Berichten im allgemeinen als ein befriedigendes bezeichnet werden.“

Vergleicht man damit die deutsche, gegen die schweizerische ohnehin weit zurückstehende Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, die vielen und weittragenden Ausnahmen, die Häufigkeit der Ueberzeitbewilligungen, die fast völlig mangelnde Verstrafung amtlich festgestellter Gesetzesübertretungen — so wurden 1898 in Bayern wegen 6072 Uebertretungen der den Schatz der Jugendlichen und Arbeiterinnen betreffenden Bestimmungen nur 52 Personen bestraft —, so kommt man zu dem sicheren Schluß und zu der festen Ueberzeugung, daß es in der Schweiz im Gegensatz zu den Aeußerungen des Grafen Sadowitz mit der Durchführung der Arbeiterschutzes-Gesetze unvergleichlich besser steht, als in Deutschland. Davon sollte sich der Herr Graf einmal selbst überzeugen, so daß er mit etwas mehr Sachkunde urteilen kann.

## Sociale Rechtspflege.

Dienstmädchen-Behandlung. Gegen den Gastwirt Ziskawsky hatte das Dienstmädchen G. beim Gewerbegericht (Kammer VI) eine Entschädigungsforderung geltend gemacht, indem sie behauptete, sie sei ohne Grund entlassen und von der Frau des Beklagten so geschlagen worden, daß sie bei den Leuten nicht länger hätte bleiben können. Der Beklagte wandte dagegen ein, die Klägerin habe die Arbeit unbefugt verlassen. Sie sei während der Arbeit zu Bekannten gegangen und erst nach beinahe zwei Stunden wiedergekommen. Beklagter legte auch eine sogenannte Ausgleichsquitung vor, wonach Fräulein G. keinerlei Ansprüche an ihn hat. Nichtständigen Lohn in Höhe von 2,88 M. will er freiwillig zahlen. Ein Reklamer des Beklagten behauptete, daß die Frau G. dem Mädchen, das sich entlassen wüßte, das Jadedt heruntergerissen habe, so daß die G. zu Boden gefallen sei. Dann habe die Wittin ein paar mal die Faust erhoben und sie auf die Klägerin niederschlagen lassen. Fräulein G. betonte dann noch, daß sie gezwungen gewesen sei, die Quittung zu unterschreiben, da sie sonst ihre Papiere nicht erhalten sollte. Der Beklagte lehnt jeden Vergleich ab. Mit ihrem Entschädigungsanspruch wurde die Klägerin darauf abgewiesen. Der Gerichtshof unter dem Vorwurf des Gewerbeverrichters v. Schulz erachtete die fragliche Quittung für bindend. Unterschrieben wären nur dann ungültig, wenn sie gegen die Gesetze verstießen oder durch körperlichen Zwang veranlaßt worden seien. — Die Lohnschuld von 2,88 M. wurde der Klägerin ausbezahlt.



**Herren- und Knaben-Garderoben** in reicher Auswahl und in allen Größen.

Die Preise sind streng fest und an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt.  
Ich verpflichte mich, jeden Artikel in besserer Ausführung und bedeutend billiger zu liefern, als die sogen. Ausverkäufe und Reklamegeschäfte.  
**Anerkannt nur gute Arbeit, eigene Fabrikation, elegante Façon, tadelloser Sitz.**  
Für Bestellungen nach Mass reichhaltigste Auswahl der neuesten und besten Stoffe aus dem In- und Ausland.  
Jeder Auftrag wird in kürzester Zeit erledigt. Werkstatt im Hause.  
Der langjährige gute Ruf meiner Firma bürgt für billige und gewissenhafte Bedienung. Jede ergebene zur Besichtigung meiner Geschäftsräume ein.

Fahrgeld vergütet.

**Jacques Raphaëli**  
ih.: **Th. Büsing,**  
Berlin C.,  
An der Spandauer Brücke No. 2.  
**Cigarren.** Billigste Bezugsquelle für  
Rancher, Restaurateure u. Händler.

Um dem Besteller oder Käufer jeden Zweifel eines etwaigen Risikos zu nehmen, versende und verkaufe ich nur zur Ansicht. Der Käufer erlegt den Betrag, und wird derselbe im nicht zureichenden Falle anstandslos zurückerstattet. 1583L

Bei persönlichem Einkauf 10 Stück von jeder Sorte zum Kistenpreise.

**Neu! Versand-Muster-Kiste. Neu!**

- No. 1. Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. gepackt = 100 St. in den Preislagen von Mk. 2,25 bis Mk. 6,- für nur Mk. **3,75**
- No. 2. Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 3 bis Mk. 7,- für nur Mk. **4,60**
- No. 3. Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 4,- bis Mk. 9,- für nur Mk. **5,70**
- No. 4. Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 5,- bis 12,50 für nur Mk. **7,50**
- No. 5. Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 5,- bis 15,- für nur Mk. **8,75**

Cigarren à la Manilla rein aus Tabak, lange Einlage, 100 St. Mk. **1,20**

Marke „Piccolo“ Zwischenakt-Cigarre, voll und würzig, Originalkiste, 200 St. Mk. **4,-**

Marke „Universal“ elegante Verpackung, vorzügl. Geschmack, 100 St. Mk. **3,-**

Marke „Royal Bock“ Sumatra, Brasil, Torpedofaçon, 100 St. Mk. **4,-**

Marke „Felix Brasil“ Regaliafaçon, Felix-Brasil-Decke, 100 St. Mk. **4,50**

Marke „St. Andres“ Mexico - Havana, ca. 13 1/2 cm lang, ca. 5 em Umfang, 100 St. nur Mk. **5,50**

Marke „Import“ St. Felix-Decke, Handarb. (Metzschke Presse), Geschmack einer Import-Cigarre, Originalkiste 250 Stück franco. Mk. **15,-**

Marke „Raphaëli I.“ ca. 13 cm lang, 6 cm Umfang, Vorsten-laden-Decke. Mk. **7,50**

Marke „Santa Lucia“ Havana-Decke, Bock-Façon, 100 St. nur Mk. **7,50**

Original-Größe Marke **Fernardo**, vorzügl. ch. Geschmack, 100 St. Mk. **3,-**

Höchste Leistung, grösstes Lager in **Herren- u. Knaben-Garderobe, Schuhwaren und Spirituosen.**  
Bei Einkauf von Mk. 3,- an Reiseflasche mit Liqueur gratis.  
Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.

**Warnung!**  
An Stelle des alibewährten echten **DR. THOMPSON'S SEIFENPULVER** werden den verehrten Hausfrauen oft minderwertige Produkte verabfolgt!  
Man achte beim Einkauf auf den Namen **„Dr. Thompson“** Schutzmarke „Schwan“.

**Reinhold Werner, Schneidermeister,**  
Kleine Andreasstrasse 12, L. Ecke Androssplatz und Grosse Frankfurterstrasse 70, im Laden.  
Elegante Anzüge und Paletots nach Maß von 30 Mk. an bis zu den feinsten. Für eleganten Sitz und elegante Ausführung bürgt meine seit 16 Jahren bestehende Firma. Grösstes Tuchlager. Teleph. VII. 4678 u. 23.  
Prack- und Gesellschaftsanzüge werden verlichen. (17013)  
Filiale: Friedrichshagen, Friedrich-Strasse 105. Telephon: 28.

**„Meine einzige Schwäche“**  
schreibt ein bekannter Schriftsteller, „ist eine gute Tasse Kaffee“. —  
„Leider bekam er mir nie recht gut, so daß ich häufig auf diese angenehme Anregung verzichten mußte. Ein befreundeter Arzt machte mich nun auf Kathreiner's Malzkaffee aufmerksam. Nach einem Versuch bin ich ein eifriger Anhänger dieses Getränkes geworden. Ich trinke am Morgen stets reinen „Kathreiner“, Nachmittags eine Mischung von halb Bohnenkaffee und halb Malzkaffee und habe bei dieser neuen Ordnung nicht nur den ungeminderten Kaffeegenuß, sondern auch keinerlei Störungen meines Wohlbefindens.“

**Maitrank**  
täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,  
à Fl. 60 Pf., 10 Fl. M. 5,50, 50 Fl. M. 25,- erst.  
Ungarwein med. 1/2 Ausbruch à Liter M. 2,-, 5 Literfordl. M. 8,75.  
Johannisbeer-Wein, weiß u. rot, herb u. süß, 10 Liter M. 8, 100 Liter M. 75,-  
à Fl. 75 Pf. 10 Fl. M. 7,-, 50 Fl. M. 30,- erst.  
Wormut-Wein à Fl. M. 1,60, aus deutschen Früchten für Diabetiker.  
**Gesetzlich geschützt!** (15774)  
Brombeer-Wein à Flasche Mark 1,-  
Apfelwein zur Kur laut Analyse verlesen 10 Fl. M. 3,50, 50 Fl. M. 15,- erst. Fl. in Gebinden v. 30 Litern aufwärts à 35 Pf. pr. Liter.  
Grösste Obst- u. Beerenzellerei Berlin.  
**Verkaufsläden:** Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV 3679, Wilsdrufferstr. 25, Amt II 2632.  
Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 20. — Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Glaserstr. 19.  
Schöneberg: Hauptstr. 129. — Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

**J. Baer,**  
Berlin N., 1702L  
nur **Gesundbrunnen**  
26, Badstraße 26,  
Ecke Prinzen-Allee,  
empfiehlt, wie bekannt, in reicher Ausführung und allerbilligsten Preisen  
**Herren- u. Knaben-Garderobe,**  
- **Arbeitsachen.** -  
Anfertigung nach Mass.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
**Dampf- und Heissluft-Bäder**  
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.  
Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 1700L  
**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**  
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.  
Spezialität:  
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder  
täglich für Damen und Herren.

**Brunnenbad, Brunnenstr. 16.**  
Lohtannin-, Dampf-, Heissluft- und Soolbäder, sowie alle Bäder einzelner Körperteile (Arme, Beine). Kohlenzauer Bäder mit Rausheimer Ritterslange. **Massage-Anstalt** mit neuen mech. Apparaten (1 Tr.). Raffinerie seit 1884. — Kein geprüfter Kurinstituten. — Seit 10 Jahren für sämtliche Krankenkassen.  
Massage-Filiale: **Thurmstr. 46, von 4-8 Uhr.**  
**H. Mania und Frau.** (1708L)

**Belegenheits-Bazar für Schuhwaren**  
Seydelstr. 29.  
Eine Partie schwarzer Herrenstiefel von **3,90 Mk. an**  
Eine Partie brauner Ziegenled. Herrenstiefel **6,50**  
Eine Partie brauner Ziegenled. Damenstiefel **6,50**  
Eine Partie schwarzer Damenstiefel **3,90**  
Eine große Partie brauner Damen-Anopf- u. Schnürschuhe **3,50**

**Teilzahlung** monatlich 10 Pf. liefert elegante Herrengarderobe u. Maß, Tomporowski, Schneiderstr. 19, II, an der Kammstr. (Auch haar Tasse billige Preise.)

**Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“**  
34 Salonschraubendampfer und 1 elektrisches Boot.  
Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen, Gesellschaften, Lehranstalten etc. zu Sommer-Ausflügen **Sonntags wie Wochentags** nach allen Plätzen der Ober- und Unterpreuss. und Havel unsere sämtlich mit Sonnen- und elektrischen Vorrichtungen eleganten Salon-Dampfer zu 90-400 Personen, ferner unsere neuen für ca. 500 Personen eingerichteten mit elektrischer Beleuchtung und Scheinwerfern ausgestatteten Dampfer unter den billigsten Bedingungen als angenehmes Transportmittel. 1589L  
Aufträge nehmen entgegen und erteilen bereitwilligst Kaufaufträge unsere Bureaus:  
**Berlin SO.,** Brückenstr. 13, I. Range Brücke, Wachtgebäude a. d. Dampferstation. Fernph. Amt VII Nr. 1025.  
**Potsdam,** Fernsprecher Nr. 124.

**Kinder-Wagenhaus August Götz**  
10000L  
Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstr.  
Kinderwagen 7,50 Mk., vernickelte 10-60 Mk., Kinder-Klappstühle 4,75-16 Mk., Sportwagen 5,50-20 Mk., Wägen, Leiter und Rastwagen, Kindermöbel, Trümpfhühler, Feldstühle, Hefen-Kudwahl, Beltes-Fabrikat, reizende Neuheiten. Billigste Preise. Teilzahlung gestattet, Woche 1 Mk.

**Herren- und Knaben-Bekleidung**  
**J. Brick, Thurmstr. 33.**  
Beste Bezugsquelle (1506L)  
für Herren- und Knaben-Bekleidung  
zu billigsten Preisen.  
Anfertigung nach Mass unt. persönlicher Leitung.  
Eigene Fabrikation.

**Arkonabad Lohtannin-Bäder**  
34, Anklamerstr. 34 (Schrägen über der Pionierstrasse)  
Damen- u. medizinische Bäder sowie russisch-römisch u. vorzügliche Rastendampfbäder (Kohlensäure) mit Einpackung, Massage etc. Annahme sämtlicher Verordnungen für Bäder der Verordnungs-, Amungs-, Rast- und freien Dillies Krankenkassen Berlin und Umgebung. (14282)

**Billiger Einkauf**  
auf der Grundlag eines jeden Geschäftsmannes sein, weshalb besorgen Sie die feinsten Lagerbiere durch unsere Vermittlung aus der Brauerei „Pichelsdorf“  
Brauerei „Königstadt“ Alt. Gef.  
zum Preise von **14 Pf.** pro Liter per Rasse und bitten um gef. Bestellsaufträge.  
**Pfaff & Voigt, Charlottenburg, Spreekr. 3.** (1685L)

**Central-Leihhaus, 72 Jägerstr. 72, Ecke Kanonierstrasse.**  
Im neu umgebauten Warenhaus. 40 helle Räume in drei Etagen. Elektrische Beleuchtung.  
Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Frühjahrs-Paletots und Frühjahrs-Anzügen (in neu und wenig getragen) von Mk. 10, 12, 15, 20, 25-30 Prima. Knaben-, Jünglings- und Einsegnungs-Anzüge, Kammgarn-Salon-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Alles fabelhaft billig. Goldene und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Ketten, Ringe. Ein grosser Posten Herren- und Damen-Stiefel. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind zum Verkauf gestellt und sind Bauch-Sachen, selbst für die korpulenteren Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden. Auch sind die bekannten Monatsachen (in den feinsten Werkstätten theils auf Seide nach Mass bestellt) vorräthig. (1387L)  
**Damen-Mäntel, Costüme, Capes u. Jacketts neuester Façons zu spottbilligen Preisen.** Poliz. conc. Leihhaus.  
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten!